



# Armut in Bremen <sup>2</sup>

Bericht 2003



## Armut in Bremen

Herausgeberin:  
 Arbeitnehmerkammer Bremen  
 Bürgerstraße 1  
 28195 Bremen  
 Telefon 0421 · 36 301-0  
 Fax 0421 · 36 301-89  
 E-Mail: [info@arbeitnehmerkammer.de](mailto:info@arbeitnehmerkammer.de)  
 Internet: [www.arbeitnehmerkammer.de](http://www.arbeitnehmerkammer.de)

Redaktion:  
 Peter Beier, Volker Pusch, Arbeitnehmerkammer Bremen

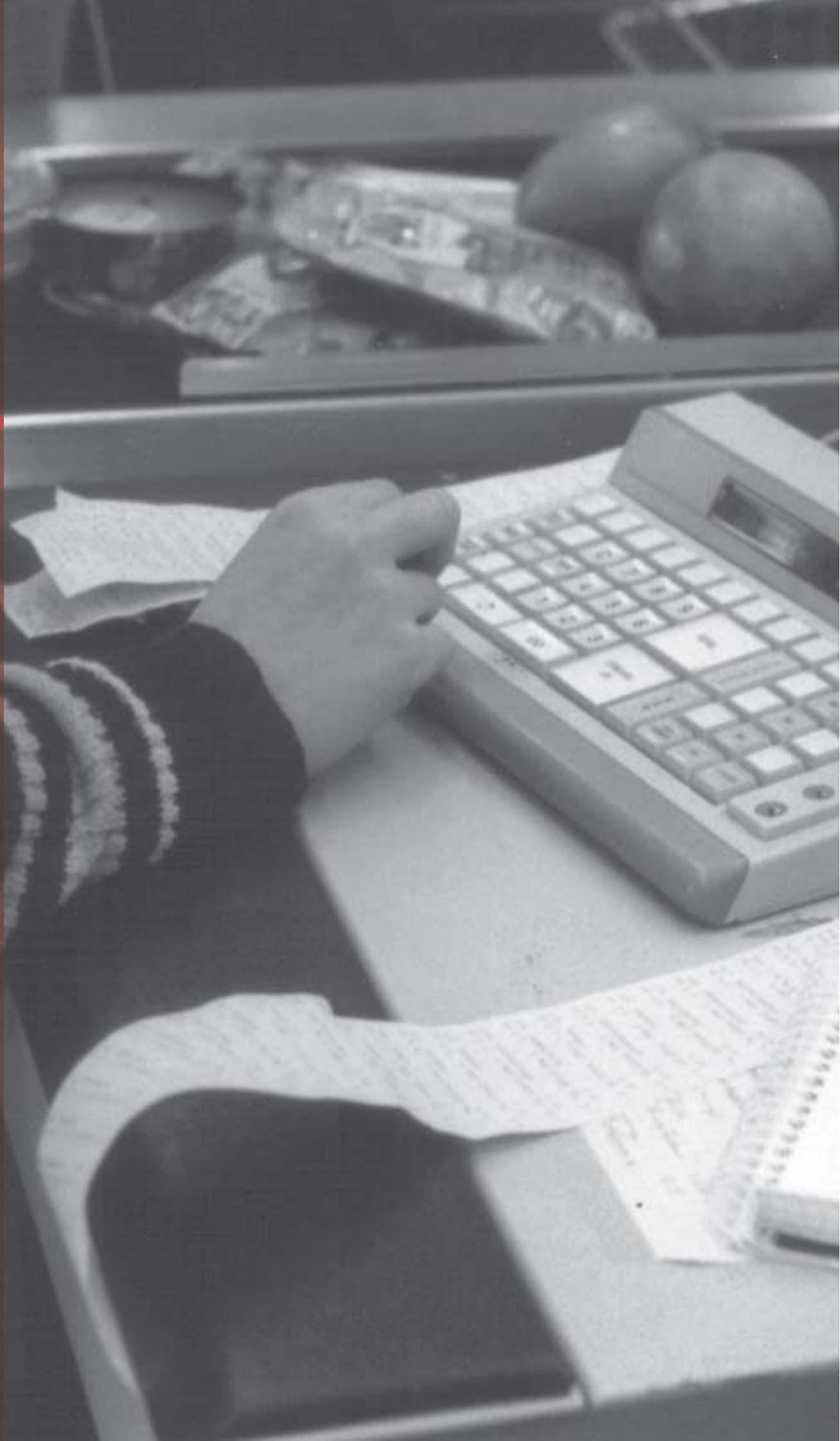
Verfasser:  
 Klaus Jakobowski, Arbeitnehmerkammer Bremen  
 (»Armut in Bremen – Eine politische Bestandsaufnahme«)  
 Paul M. Schröder, Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe  
 (Bremer Armut in Zahlen)  
 Alice Bachmann, Journalistin  
 12 Reportagen – Wie fühlt sich Armut an?

Fotos: Ilse Grunewald  
 \*Die in den Bildunterschriften angegebenen Beträge sind Brutto-Stundenlöhne in Euro nach den geltenden Tarifverträgen in Bremen bzw. in Deutschland (West) nach bestimmten Kriterien.

Gestaltung: jung und pfeffer, Bremen 2003

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. ➔ Vorwort – Warum ein Armutsbericht	6
2. ➔ Einleitung – Schwerpunkt »Armut trotz Arbeit«	8
3. ➔ Armut in Bremen	
3.1. ➔ Allgemeiner Überblick	10
3.2. ➔ Zahlen, Daten, Fakten	20
3.3. ➔ Erläuterungen zum Zahlenwerk	78
4. ➔ Schwerpunkt: Armut trotz Arbeit	92
5. ➔ Ausblick: Mit neuen Konzepten gegen Armut	100
6. ➔ Reportagen aus dem Alltag von Armut	106



## Vorwort

Als wir im Jahr 2002 den ersten Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer Bremen vorlegten, hat uns die große Resonanz überrascht: Die gedruckten Exemplare waren im Nu vergriffen, alle Bremer Medien haben das Thema – z.T. mit Sonderseiten – aufgegriffen, zahlreiche Organisationen haben den Bericht zur Basis von Veranstaltungen gemacht. Noch ein Jahr danach erreichen uns Bestellungen, Presseanfragen und Referenten-Einladungen. Auch in der fachpolitischen und wissenschaftlichen Diskussion hat sich unser Bericht niedergeschlagen.

Darüber sind wir deshalb überrascht, weil wir meinten, da das Thema Armut in der Politik nicht vorkommt und auch die Betroffenen sich kaum zu Wort melden, würde es dafür auch nur ein geringes Interesse geben. Was für ein angenehmer Irrtum. Offensichtlich gibt es jenseits der „offiziellen Politik“ noch eine weitere Politik-Ebene, die sich angesichts der Armutssituation in unserer Stadt Sorgen und Gedanken macht, die darüber mehr wissen und auch mehr machen will, um dieses nicht nur individuelle, sondern eben auch gesellschaftliche Problem zu bewältigen. Wenn wir mit unserem ersten Bericht dazu einen kleinen Beitrag geleistet haben und wenn dieser zweite Bericht das auch schafft, freut uns das sehr.

Seit unserem ersten Bericht hat sich das Armutsproblem um keinen Millimeter entschärft, in Teilbereichen gibt es eine deutliche Verschlechterung. Und was sich jetzt auf den verschiedenen politischen Ebenen zusammenbraut, lässt auch nichts Gutes für den von Armut betroffenen oder bedrohten Bevölkerungsteil erwarten. Sowohl im Bund als auch im Land wird an umfangreichen Programmen gearbeitet, mit denen vor allem diese Personengruppe zur Sanierung der öffentlichen Haushalte herangezogen werden soll. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität, das sind Begriffe, die dabei immer weniger eine Rolle spielen.

Der erste Bericht hatte die Kinderarmut zum Schwerpunkt. Dieser Bericht stellt das Problem „Armut trotz Arbeit“ in den Mittelpunkt. Für immer mehr Menschen reicht das Einkommen, das sie aus Arbeit erzielen, nicht mehr zur Existenzsicherung aus. Vielfach wird das niedrige Einkommen zwar über den Familienzusammenhang aufgefangen, aber immer häufiger sind Erwerbstätige auf Sozialtransfers wie Sozialhilfe und Wohngeld angewiesen. Rund 12 Prozent der bremischen Sozialhilfeempfänger sind erwerbstätig, 40 Prozent davon als voll Erwerbstätige. Und noch viel mehr müssen Wohngeld in Anspruch nehmen. Diese Entwicklung wird angesichts der Ausweitung von Leiharbeit und zunehmenden Niedriglohnbereichen eine deutliche Verschärfung erfahren und insgesamt das bisherige Lohn- und Gehaltsgefüge nach unten drücken. Arbeit als Schutz vor Armut, das gilt zwar immer noch, aber es gilt immer weniger.

Wir wünschen uns, dass auch dieser Bericht große Verbreitung findet, Diskussionen und Reaktionen herausfordert, die gemeinsame Suche nach Lösungen vorantreibt und mithilft, das Armutsthema stärker ins Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu rücken, die gesellschaftlichen und individuellen Folgen von Armut aus dem Schattendasein herauszuholen.

Hans Driemel (Präsident)



## 2. Einleitung

### Armut trotz Arbeit

Die aktuellen Meldungen aus dem Bereich der Sozialpolitik bestätigen die Diagnose des 1. Armutsberichts. Um bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht noch mehr Kinder in die Armut abrutschen zu lassen, sollen ab Juli 2004 gering verdienende Eltern einen Kindergeld-Zuschlag bekommen. Also – und das war ja das zentrale Thema des 1. Armutsberichts der Arbeitnehmerkammer: Kinder-Armut ist ein zentrales Thema in unserem Lande.

Leider gibt es noch ein weiteres Thema, das fast noch erschreckender ist als das der Kinder-Armut: das der „Armut trotz Arbeit“ – erschreckend deshalb, weil bisher immer der gesellschaftliche Konsens unterstellt wurde, dass Arbeit zumindest so bezahlt werden muss, dass sie vor Armut schützt. Arbeit schien Armut auszuschließen.

Dass es trotzdem „Armut trotz Arbeit“ gibt, zeigt der diesjährige Bericht. Die neuerliche Ausweitung des Niedriglohnssektors, Mini-Jobs und zum Teil auch Ich-AG's, durchlöchern die Sicherungsfunktion von Arbeit immer mehr. Wir sollen zwar alle mehr und länger arbeiten; gleichzeitig verliert Arbeit aber immer mehr den Charakter des Kerns und des Garanten unseres sozialen Sicherungssystems.

Der vorliegende Armutsbericht liefert die Daten und Fakten, die den aktuellen Status quo von Armut in Bremen beschreiben, gibt aber auch Einblick in den Alltag von Armut. Denn Armut ist nicht nur eine Frage der Zahlen, sondern vor allem der Erfahrungen.

*Wenn wir die ganze Menschheit auf ein Dorf von 100 Einwohnern reduzieren und auf die Proportionen aller bestehenden Völker achten würden, so wäre dieses Dorf so zusammengestellt:*

*57 Asiaten,  
21 Europäer,  
14 Amerikaner (Nord u. Süd),  
8 Afrikaner;  
52 wären Frauen, 48 wären Männer;  
70 Nicht-Weiße, 30 Weiße;  
70 Nicht-Christen, 30 Christen;  
80 hätten keine ausreichenden Wohnverhältnisse, 70 wären Analphabeten,  
50 wären unterernährt, 1 würde sterben,  
2 würden geboren, 1 hätte einen PC,  
1 hätte einen akademischen Abschluss.*



## 3. Armut in Bremen

### 3.1 Allgemeiner Überblick

Vor dem Hintergrund immer leerer werdender Kassen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, angesichts damit verbundener immer drastischerer Sparzwänge und der auch schon erfolgten oder angekündigten Sparmaßnahmen steht die Frage, wie sich Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebedürftigkeit und Armut in Bremen entwickelt haben.

Wenn man auf die bloßen Zahlen schaut, die landläufig als Indikatoren für Armutsentwicklungen herangezogen werden, dann hat sich im Vergleich mit dem Vorjahr keine dramatische Veränderung vollzogen, dennoch zeigen sie an, dass die Lage sich noch einmal verschlechtert hat. Die Arbeitslosigkeit in Bremen ist zum Ende des Jahres 2002 angestiegen und hat im Land Bremen eine jahresdurchschnittliche Quote von 13,7 Prozent (gegenüber 13,6 Ende 2001) erreicht, in der Stadt Bremen ist die Quote mit 12,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben, in Bremerhaven ist sie von 17,7 Prozent auf 18,4 gestiegen. Ohne die Arbeitsmarktentlastung durch verschiedene Instrumente der Arbeitsmarktpolitik würde die Quote deutlich höher gelegen haben. Die offenen Stellen sind um 12,7 Prozent zurückgegangen. Das Verhältnis von Arbeitslose pro offene Stelle hat sich von 8,0 auf 9,7 erhöht, in Bremerhaven sogar von 11,2 auf 18,7. Das alles ist nicht unerheblich.

Schaut man auf die Entwicklung der inneren Struktur von Arbeitslosigkeit, sind auch hier durchgehend Verschlechterungen der Lage zu registrieren. Nur schlaglichtartig einige wesentliche Daten. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich im Land Bremen gegenüber dem Vorjahr nochmals um 2,3 Prozent erhöht, in Bremen Stadt um 1,3 Prozent und in Bremerhaven um beträchtliche 5,2 Prozent. Ähnlich ist es mit der Zahl von Arbeitslosen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Auch hier Steigerungen. Im Land Bremen um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, in der Stadt Bremen ebenfalls um 2,3 Prozent und in

Bremerhaven um 2,6 Prozent. Dabei ist auch der Anteil der Arbeitslosen, die ohne jeden Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe auskommen müssen nochmals deutlich angestiegen. So könnte man weiter fortfahren. Im Jahr 2002 gibt es gegenüber dem Vorjahr Verschlechterungen bei praktisch allen relevanten Kennziffern. Unter dem Strich hat sich die Arbeitslosigkeit erhöht, damit einher geht die Verschärfung der Probleme die aus Arbeitslosigkeit entstehen.

#### Sozialhilfe und Wohngeld

Ähnlich ist die Entwicklung bei der Sozialhilfe. Die Zahl der Sozialhilfebezieher, die immer in einer gewissen Abhängigkeit von der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen steht, ist gegen Ende des Jahres 2002 deutlich angestiegen. Dabei ist die Gesamtentwicklung des Jahres 2002 gegenüber dem Vorjahr durchaus positiv, jedenfalls wenn man allein auf die Zahlen schaut. Die Jahresdurchschnittszahl von Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt lag 2002 bei 46.599, gegenüber 47.558 im Jahr 2001. Das ist ein jahresdurchschnittlicher Rückgang um rund 2 Prozent. Gemessen an den Anstrengungen der neu gegründeten bezirklichen Sozialzentren, die als eine ihrer Hauptaufgaben die Absenkung der Sozialhilfezahlen haben, ist der Rückgang aber eher gering. Und es bleibt auch ein schaler Beigeschmack, wenn man von Mitarbeitern der Sozialzentren und aus Kreisen der Sozialhilfieberatungsinrichtungen hört, dass der Rückgang der Zahlen auch verstärkten Zwangsmaßnahmen geschuldet ist mit denen Sozialhilfeempfänger aus dem Leistungsbezug herausgedrängt worden sind und es sich insofern nur um einen unechten Rückgang der Zahlen handelt. Denn um es in Erinnerung zu rufen: Die Unternehmensberatung Berger hatte mit der Reorganisation der Sozialen Dienste und der Gründung von Sozialzentren die Möglichkeit verbunden, jährlich 25 Millionen Euro an Sozialhilfeausgaben einzusparen, was dann von der Sozialverwaltung bei der Reorganisation auch als Zielstellung

ausgegeben wurde. Trotzdem: was positiv ist, soll auch positiv bewertet werden. Die Zahlen sind rückläufig, auch wenn sie auf sehr hohem Niveau verharren.

Wirft man einen Blick auf die innere Struktur der Sozialhilfepopulation ist festzustellen, dass einige Betroffenen-Gruppen besonders herausragen und sich über die Jahre verfestigt haben. Rund ein Viertel aller Sozialhilfebezieher sind Alleinstehende, wovon mehr als die Hälfte weiblich sind. Weitere 13 Prozent aller Sozialhilfeempfänger sind Alleinerziehende, wovon wiederum 97 Prozent weiblich sind. In den Alleinerziehenden-Haushalten leben rund 10.000 Kinder, die insofern auch zur Sozialhilfe-Population gehören. Allein diese Angaben verweisen darauf, dass die Sozialhilfebezieher in Bremen sehr jung sind. Knapp 50 Prozent sind unter 27 Jahren, starten also unter ungünstigen Voraussetzungen ins Leben.

Eine besonders große Gruppe von Hilfebezieher sind ausländischer Nationalität, und zwar über 30 Prozent. Anders ausgedrückt: von 1.000 ausländischen stadtbremischen Bürgern bezogen über 200 Hilfe zum Lebensunterhalt. Auch hier ist ein großer Teil der Bezieher sehr jung, über 37 Prozent sind minderjährig.

Darüber hinaus gibt es eine weitere Gruppe ausländischer Bürger, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Sie erhalten Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz, was im Niveau nochmals deutlich unter der Sozialhilfe angesiedelt ist. Über 3.500 Menschen müssen auf diese Weise auf absolut unterster Stufe und unter schwierigsten Armutsbedingungen ihr Leben fristen, was das Umgehen mit den Ängsten um künftige Lebensperspektiven nicht unbedingt vereinfacht.

Beim Wohngeld und beim besonderen Mietzuschuss für Sozialhilfeempfänger verhält es sich genau andersrum. Hier werden nicht einzelne Personen gezählt, sondern Fälle, wobei sich hinter einzelnen Fällen oftmals mehrere

Personen und auch ganze Familien verbergen können. Während die Jahresdurchschnittszahl 2001 noch bei 19.782 Fällen lag, liegt diese Zahl für 2002 bei 20.722 Fällen. Das bedeutet einen Anstieg um 4,75 Prozent und weist aus, dass bei relativ konstantem Mietpreinsniveau die Einkommenssituation bei Sozialhilfebeziehern sich weiter verschlechtert.

Darüber hinaus gibt es noch das Wohngeld für Menschen ohne, oder nur mit ergänzendem Sozialhilfeanspruch. Diese Zahlen geben immer in besonderer Weise einen Hinweis darauf, wie sich die Einkommenssituation am unteren Rand der Gesellschaft entwickelt hat, dies insbesondere, wenn das Mietpreinsniveau stabil geblieben ist, wie es in Bremen in den letzten Jahren der Fall war. Während Ende 2001 13.297 Menschen Wohngeld in Anspruch nehmen mussten, waren dies Ende 2002 bereits 14.493 Personen. Das ist eine Steigerung um knapp 9 Prozent!

Insgesamt kommt man in Bremen auf gut 34.000 Wohngeldfälle, wovon sich noch eine Menge Menschen mehr befinden. Oder anders gerechnet: Zählt man die Sozialhilfeempfänger (inklusive derer mit Wohngeldleistungen) mit denen zusammen, die keinen Sozialhilfeanspruch haben, aber mit ihrem Einkommen diesen nur knapp verpassen und auch auf Wohngeld angewiesen sind, dann kommt man auf eine Größenordnung von rund 60.000 Bremerinnen und Bremern, die regierungsstatistisch festgestellt, auf dem Niveau der Sozialhilfe ihr Leben organisieren müssen und das mit starker Abkoppelungstendenz von der gesellschaftlichen Durchschnittlichkeit.

#### **Wer Sozialhilfe bezieht ist arm und wird immer ärmer**

Die Sozialhilfe setzt sich zusammen aus den Regelsätzen, den mit 15 Prozent des Regelsatzes statistisch ermittelten einmaligen Beihilfen, den Wohnkosten mit dem Höchstsatz entsprechend der jeweiligen Personenzahl und den maximal anerkannten Heizkosten.

Mit diesen Rechengrößen kann man die durchschnittliche Höhe von Hilfe zum Lebensunterhalt für die jeweiligen Familiengrößen ermitteln. Wenn man die Ergebnisse ins Verhältnis zum Durchschnittseinkommen setzt, stellt man eine Entfernung dieser beiden Größen voneinander fest. Bei einem Ein-Personen-Haushalt bedeutete 1988 die durchschnittliche Hilfe zum Lebensunterhalt einen Anteil von 42,7 Prozent des Durchschnittseinkommens, bei einem Zwei-Personen-Haushalt 42,8 Prozent, bei einem Drei-Personen-Haushalt 46 Prozent und bei einem Vier-Personen-Haushalt 48,3 Prozent. 1998 sah die Situation dramatisch verändert aus. Ein Ein-Personen-Haushalt verfügte nur noch über 35 Prozent, ein Zwei-Personen-Haushalt über 35,8 Prozent, ein Drei-Personen-Haushalt über 38,6 Prozent und ein Vier-Personen-Haushalt über 40,6 Prozent vom Durchschnittseinkommen. Insgesamt hat sich das Sozialhilfeniveau in Bremen um gut 7 Prozent vom durchschnittlichen Einkommen entfernt. Das ist ein großer Schritt.

Nimmt man die von der Europäischen Union definierte Armutsgrenze von 50 Prozent des gewichteten Durchschnittseinkommens als Bezugsgröße, dann wird die voranschreitende Verarmung der Sozialhilfepopulation noch deutlicher.

Diese Abkoppelungstendenz hat sich bis heute fortgesetzt und findet beschleunigt statt. Das ergibt sich aus mehreren Umständen. Die nettolohnbezogene Anpassung bewirkt diese Abkoppelung in besonderer Weise, aber auch das Einfrieren der Wohnkosten-Obergrenzen oder auch die verschiedenen Anrechnungssysteme. Neuere Daten, mit denen der Abkoppelungsprozess bis in die Gegenwart beschrieben wird liegen zurzeit nicht vor, sie werden gegenwärtig erhoben. Der Armutsbericht 2004 wird diese Entwicklung aufgreifen.

#### **Private Insolvenzen**

Mit dem neuen Insolvenzrecht hat sich ein weiterer Indikator für die Armutsprozesse in dieser Stadt herausgebildet. Wer auch nur beiläufig den Blick auf die amtlichen Mitteilungen im WESER-KURIER fallen lässt, dem sticht die massenhafte Zunahme von Anzeigen ins Auge, in denen Verbraucherinsolvenzen angezeigt werden. Im Jahr 2001 fing es an, aber die Zahlen hielten sich in Grenzen. Es waren gerade mal 200 Insolvenzen, die allermeisten davon privater Natur. Im Jahr 2002, nachdem die Verfahrenskostenhürde abgeschafft worden ist, dann die Explosion um 500 Prozent: 1030 Insolvenzen, davon 563 Verbraucherinsolvenzen und 467 Regelinsolvenzen, wovon auch wieder geschätzt 370 Verbraucherinsolvenzen sind. Das heißt, allein in einem einzigen Jahr und nur im Amtsgerichtsbezirk Bremen sind knapp 1.000 Einzelpersonen Pleite gegangen, haben ihre wirtschaftliche Existenz voll an die Wand gefahren, brauchen das Insolvenzrecht, um einen langjährigen, mühsamen Neuanfang zu versuchen. Da man davon ausgehen kann, dass an den jeweiligen Einzelpersonen nochmals im Schnitt zwei Familienangehörige dranhängen, dann ist man schnell bei 3.000 Bremerinnen und Bremern, die ökonomisch schlichtweg am Ende sind. Und das in nur einem Jahr. Denn die Flut von Verbraucherinsolvenzen, die über Bremen hereinschwappt geht auch in 2003 weiter.

Was die harten Fakten angeht, so ist die Lage eindeutig. Trotz aller regierungsamtlicher Erfolgsmeldungen darüber, dass es Bremen und den Bremern besser geht, ist für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung das Gegenteil der Fall. Sie sind arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht, existieren in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die nicht existenzsichernd sind, leben abhängig von Sozialhilfe und Wohngeld, versuchen am Rande des Existenzminimums irgendwie ihr Leben zu meistern. Und sie werden durch angedrohte Einschränkungen, Kürzungen etc., wie sie vom Hartz-Konzept und anderen so genann-



ten Reformprojekten ausgehen werden, in noch größere Schwierigkeiten geraten.

Der arme bzw. in prekären Verhältnissen lebende Teil der Bevölkerung hält sich von der Größenordnung über die Jahre relativ konstant, entscheidend ist, dass er in kleinen Schritten, aber merklich von der gesellschaftlichen Durchschnittlichkeit abgekoppelt wird. Dieses Gesellschaftssegment tritt immer wieder in Erscheinung. Wenn es um Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Wohngeld, Überschuldung oder Privatinsolvenzen geht, wenn es um bildungsferne Schichten geht, wie sie im Zusammenhang mit der PISA-Studie thematisiert werden, wenn es um prekäre Wohnverhältnisse oder bestimmte Kriminalitätsformen geht, in all diesen und verschiedenen anderen Zusammenhängen geht es weitgehend immer um die gleiche Personengruppe, während andere Segmente der Gesellschaft davon völlig unberührt sind. Dies wird auch deutlich, wenn man einen Blick auf die so genannten weichen Faktoren wirft, an denen sich Armutsprozesse ablesen lassen.

### Armut und Bildung

Bildung ist die zentrale Schlüsselinstanz für die Verteilung von Chancen, für künftige Teilhabeperspektiven. Diese Instanz entscheidet darüber, ob überhaupt eine soziale Statusveränderung auf der Lebenszeitachse erreicht werden kann oder nicht. Wenn nach Abschluss der Bildungsphase dann doch noch ein Statuswechsel erreicht werden sollte, so ist das die absolute Ausnahme und ist im doppelten Sinne mit einem Sechser im Lotto gleichzusetzen.

Die PISA-Studie hat viele bedeutsame Erkenntnisse hervorgebracht. Unter unserem Focus wollen wir auf zwei das Augenmerk legen. Eine Erkenntnis gilt für die Bundesebene. Es wird festgestellt, dass die Bildungschancen extrem abhängig sind von den materiellen Voraussetzungen des Elternhauses und die Möglichkeiten, diese Abhängigkeit zu durchbrechen in diesem Land kaum vorhanden und im Vergleich zu anderen Ländern besonders schlecht sind. Wer also arm ist, der bleibt es auch.

Aufstiegsmöglichkeiten sind nicht vorhanden, weil da, wo die Voraussetzungen zu schaffen wären, werden sie nicht geschaffen, womit dann umgekehrt natürlich zur Verfestigung der gegebenen Strukturen beigetragen wird.

Dieses Ergebnis von PISA gilt für »Bildungsnotlageland Bremen« (WESER KURIER) gleichermaßen. Hier kommt dann allerdings noch verschärfend hinzu, dass Bremen bei den Ergebnissen über den Bildungsstand seiner Schüler im Bundesvergleich besonders schlecht abschneidet. Dieses Ergebnis ist vor allem dem extrem schlechten Bildungsstand der so genannten bildungsfernen Schichten geschuldet. Dies sind nicht nur Migranten-Familien, sondern auch die Familien, in denen sich Bildungsferne reproduziert. Wenn 60 Prozent der Sozialhilfeempfänger keinen Schulabschluss und/oder keine Berufsausbildung aufweisen, ist es kein Wunder, wenn Kinder aus diesen Familien keine besondere Nähe zu Bildung entwickeln, insbesondere wenn – wie PISA zeigt – die Durchlässigkeit in Deutschland besonders erschwert ist. Aus diesen Schichten rekrutieren sich denn auch die 10 Prozent der Bremer Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen und auch die, die mit einem wenig zukunftsweisenden Hauptschulabschluss ins Leben treten. Da verwundert es nicht, wenn in Bremen 60 Prozent der Arbeitslosen unter 25 Jahren keine Ausbildung vorweisen können.

Alle Untersuchungen weisen darauf hin, dass der Bildungsgrad in einem direkten Verhältnis zum Armutsrisiko steht. Das höchste Risiko mit 22,4 Prozent tragen Personen ohne Schulabschluss. Je höher der Bildungsgrad, umso mehr geht das Armutsrisiko gegen Null. In Zukunft wird dieser Mechanismus noch stärker wirken. Der Chef des Bremer Arbeitsamtes Christian Hawel formuliert es spitz: »Ohne Ausbildung keine Zukunft.« Wer heute keine Ausbildung hat, weil er auch schon keinen Schulabschluss oder nur einen schlecht zu verwertenden Hauptschulabschluss hat, der bekommt morgen keinen

Arbeitsplatz, höchstens einen unsicheren und unsteten am Rande der Arbeitsgesellschaft, der hat übermorgen angesichts eines Arbeitsmarktes, der lebenslanges Lernen zur Voraussetzung macht, überhaupt keine Perspektive mehr. »Der Arbeitsmarkt für gering Qualifizierte ist praktisch weggebrochen«, so das Bremer Arbeitsamt. Und er wird wohl auch kaum wieder auferstehen.

Überall im Land, so auch in Bremen, hat PISA die Alarmglocken klingeln lassen. Viele Maßnahmen sind eingeleitet worden, von einer höheren Gewichtung der Kindertagesheime bis zum Ausbau der Ganztagschule. Das sind Schritte in die richtige Richtung, ohne jede Frage. Bleibt zu hoffen, dass sie kein Strohfeuer bleiben, dass sie konsequent weitergegangen werden und die Ergebnisse denn auch zu einer nachhaltigen Verbesserung der Bildungslandschaft beitragen. Diese Maßnahmen sind auf die Zukunft des Bildungswesens gerichtet. Was aber mit den Menschen passiert, die schon in der Vergangenheit durch die Rosten des Bildungssystems gefallen sind bleibt offen bzw. sie werden in ihrer Situation belassen. Für sie sind keine Maßnahmen vorgesehen, im Gegenteil, die Fördermaßnahmen der Arbeitsämter werden eher abgebaut. Für sie gilt das Hartz-Konzept und alles was oben schon beschrieben ist.

### Armut und Krankheit

Unsere Gesellschaft ist auf das Arbeitsleben ausgerichtet. Die Teilhabe daran entscheidet über Einkommen, sozialen Status und individuellen Lebensstandard. In Zeiten, die immer leistungs- und konkurrenzorientierter sind, die immer höhere Belastungen mit sich bringen, die durch einen Jugendwahn gekennzeichnet sind, der bereits über 50-jährige aus den Erwerbsprozessen herausdrängt, in solchen Zeiten sind Menschen, die gesundheitlich beeinträchtigt sind, besonderen Armutsrisiken ausgesetzt. Chronische Krankheiten und Behinderungen, insbesondere wenn sie auf der Lebenszeitachse früh

auftreten, bilden ein erhebliches Risiko, natürlich abhängig vom Schweregrad. Besonders arm dran ist in des Wortes doppelter Bedeutung, wer von beidem betroffen ist.

Nun ist Krankheit nicht gleich Krankheit, und Behinderung nicht gleich Behinderung. Die Erwerbsfähigkeit kann, muss aber nicht eingeschränkt sein. Dies gilt gerade auch für Suchtkranke, also für Alkohol-, Drogen- und Tablettenabhängige, wovon wir in Bremen nach Schätzungen 50.000 bis 60.000 haben. Je nach Art der Einschränkung, gibt es unterschiedlich zuständige Versicherungs- und Transfersysteme, die Nachteile auszugleichen versuchen. Trotzdem: Behinderung und Krankheit erschweren den Weg in die Arbeitswelt und machen es schwierig sich in dieser zu behaupten. Dabei ist Arbeit gerade für diese gesellschaftliche Gruppe mehr als die schlichte Einkommensquelle, mit Arbeit entscheiden sich Fragen nach Unabhängigkeit, Anerkennung, Selbstverwirklichung, sozialem Status und gesellschaftlicher Integration. Vielfach sind diese Faktoren viel bedeutsamer als materielle Not und machen erst die eigentliche Qualität von Armut aus. Aber wenn zu all dem noch materielle Not dazu kommt, wird es erst richtig schwierig.

In Zeiten, in denen auf dem ersten Punkt der politischen Agenda das Sparen und Kürzen steht, und zwar insbesondere bei den sozial Schwächeren, bleiben auch die kranken und behinderten Menschen nicht außen vor. Sie stehen nicht im Zentrum der öffentlichen Debatte, sie sind eine eher stille und wehrlose Minderheit. Gerade das aber macht die Sparpolitik ihnen gegenüber eher perfide. Ab jetzt gelten arbeitssuchende behinderte Menschen nicht mehr als besonders förderungswürdige Zielgruppen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Entsprechend sind die Eingliederungszuschüsse drastisch gekürzt worden, um bis zu 20 Prozent. »Das ist eine Katastrophe«, so die Bremer Beratungsstelle »Selbstbestimmtes Leben«. Eine Katastrophe für viele Menschen die arbeiten wollen, dies aber ohne Unterstützung nicht können, die bislang eine eigenständige Existenzsicherung

erreicht haben, nun aber in die sozialen Sicherungssysteme oder den Familienzusammenhang zurückgeworfen werden, die ihren Selbstwert über Arbeit herstellen konnten, jetzt aber auf sich und ihre Krankheit begrenzt sind.

Hier soll aber vor allem der materielle Aspekt berücksichtigt werden. Wer erst gegen Ende des Erwerbslebens in seiner Erwerbsfähigkeit eingeschränkt ist, wird kaum mit Einbußen zu rechnen haben. Kompliziert wird es, wenn die Beeinträchtigungen früh einsetzen. Vor allem für geistig Behinderte, psychisch Kranke, Mehrfachbehinderte oder chronisch Kranke sind die Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz außerordentlich gering. Mit der Verlagerung einfacher Produktionstätigkeiten und der immer stärkeren Rationalisierung innerhalb der Unternehmen, werden die Aussichten für diese Personengruppe immer schlechter. Die Werkstätten für Behinderte machen dieses Defizit kaum wett und sie decken auch nur einen Teil des Personenkreises ab. Für die allermeisten Betroffenen gilt, sie halten nur kurzzeitig dem Druck des Erwerbslebens stand, tragen das materielle Risiko privat, indem sie durch familiäre Hilfesysteme aufgefangen werden, oder aber fallen in die Zuständigkeit der verschiedenen Sozialversicherungsträger bzw. der Transfersysteme. Reale Integrationsmöglichkeiten gibt es kaum, vor allem für diejenigen nicht, die erst einmal aufgrund von Erwerbsbeeinträchtigung herausgefallen sind.

Vor diesem Hintergrund sind die Aussagen der Arbeitslosenstatistik, die für Bremen rund 1.500 schwerbehinderte Arbeitslose registriert wenig aussagekräftig. Gerade in diesem Arbeitslosensegment ist der Rückzug ins Private und in familiäre Auffangnetze besonders hoch. Sie landen aber auch oftmals in den Sozialhilfestatistiken, gelten auch hier als unvermittelbar und werden in nicht wenigen Fällen zu Dauerbeziehern von Sozialhilfe. Mit der Einführung der Grundversorgung auch für dauerhaft Erwerbsunfähige ab dem 1.1.2003 fällt ein großer

Teil dieser Personengruppe zwar aus der Sozialhilfe heraus und in ein neues System hinein, muss aber weiterhin auf der Basis der Sozialhilfesätze sein Einkommen bestreiten.

Krankheit und Behinderung machen in unserer Konkurrenzgesellschaft zunehmend arm. Das ist vielfach untersucht und dokumentiert. Aber Armut macht auch krank und setzt von der anderen Seite her einen nicht minder schwierigen Kreislauf in Gang. Psychische Beeinträchtigungen, Schädigung des Selbstwertgefühls, Qualifikationsverlust, Reduktion der Sozialkontakte und damit der sozialen Kompetenz, Vernachlässigung von Hygiene-Standards, Gleichgültigkeit gegenüber Krankheitssymptomen, Qualitätsminderung der Nahrungsmittel, verstärkter Alkohol- und Tabakverbrauch und so weiter, und so weiter. Alles bekannt. Und es ist auch bekannt, was das alles für Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche hat, die unter entsprechenden Bedingungen groß werden. Kinderärzte, Erzieher und Lehrer haben dieses Phänomen oft beschrieben. Das macht auch der Armutsbericht der Bundesregierung deutlich und verweist auf die Gefahr der Armutsreproduktion, die sich aus solchen Lebensumständen heraus entwickelt.

### Armut und Wohnen

Je ärmer jemand ist, desto schlechter ist der Zustand seiner Wohnung, desto schlechter ist die Lage der Wohnung und desto geringer ist der Quadratmeter-Verbrauch pro Kopf. Jedenfalls im Prinzip ist das so. Wenn allerdings der Mietwohnungsmarkt entspannt ist, dann gilt das nicht immer und im vollen Umfang. So ist es auch zurzeit. Während in den vergangenen Jahren die Beleger von Sozialwohnungen an den städtischen Rand abgedrängt wurden, franst dieser aktuell aus. Es gibt einen starken Drang vom Rand in den Kern. So stehen von den rund 2.700 Wohnungen in Tenever ca. 820 leer. Ähnlich ist es in Lüssum und in anderen vergleichbaren Quartieren. Einerseits meidet die betref-

fene Bevölkerungsgruppe diese Stadtteile, genauso wie die zuweisende Sozialbehörde, für die es in anderen Stadtteilen günstigeren Wohnraum anzumieten gibt. Das entzerrt die sozialen Problemlagen in den einschlägigen Quartieren – auch wenn noch genügend zurückbleiben - und schafft durchmischtere Wohnverhältnisse an anderer Stelle, in diesem Zuge auch durchmischtere Verhältnisse in Kindergärten, Schulen etc. Das ist eine sehr positive Entwicklung und bietet auch eine Reihe von Chancen.

Die Frage ist, wie lange die Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt bestehen bleibt. Jedenfalls wird für anders werdende Zeiten kaum Vorsorge getroffen. Der soziale Wohnungsbau ist in Bremen quasi zusammengebrochen, es wird in nicht nennenswertem Umfang gebaut. Weder wollen das die Wohnungsbaugesellschaften, die ihre Liebe zum sozialen Wohnungsbau längst verloren haben, noch will das zurzeit die Politik. Ob das eine richtige Weichenstellung ist, kann angesichts zurückliegender Erfahrungen und sozialer Prognosen bezweifelt werden, möglicherweise ist sie angesichts demographischer Trends aber auch richtig. Allerdings: Angesichts einer immer größer werdenden Zahl von Menschen, die nicht aus eigener Kraft das jetzige Mietpreisniveau aufbringen können und auf öffentliche Unterstützung durch Sozialhilfe oder Wohngeld angewiesen sind, bleibt die Frage nach der Zukunft des sozialen Wohnungsbaus weiter auf der Tagesordnung. Und erst recht für die, die bereits aus der Normalität herausgefallen sind, die von Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind. Der Verein für innere Mission, der sich in Bremen dieser Menschen annimmt, sieht eine politisch gewollte Reduzierung des Wohnangebots für diese Betroffenen-Gruppe und damit verbunden die Gefahr, dass diesen Menschen immer öfter nur die Alternative auf der Straße bleibt.



## Armut und Familie

»Gesellschaftliche Problemfelder und Belastungen zeigen sich in ihren Auswirkungen besonders deutlich in Familien«, so die Feststellung der Bundesregierung in ihrem Armutsbericht. Wenn es um das Armutsproblem geht, gilt die Faustregel, je unvollständiger und zerrissener eine Familie ist, desto größer sind die Auswirkungen. Allein aus dieser Faustregel lässt sich ableiten, dass der größte Teil der Familien völlig unberührt ist von jedweder Armutproblematik, dass der größte Teil der Kinder unter wohl behüteten und gut versorgten Bedingungen groß wird. Aber angesichts einer fortschreitenden Auflösung der Kleinfamilie, größer werdender Bereitschaft zur Auflösung eingegangener Bindungen und allgemeiner Versingelungs-Tendenzen werden die Armutprobleme von Familien insgesamt nicht geringer. Da all diese Entwicklungen zwar zeitverzögert, aber zunehmend auch auf Migranten-Familien zutreffen, bleiben die von diesen Entwicklungen betroffenen Kinder das größte Problem der gesamten Armutsdiskussion.

Die erfreulichste Entwicklung, die es im Rahmen der Armutsberichterstattung zu vermelden gibt, ist die, dass sich die statistisch erfasste Kinderarmut in Bremen als rückläufig darstellt. Das Gesamtproblem und der dahinter stehende gesellschaftliche Skandal bleibt riesengroß, und trotzdem: es gibt positive Tendenzen. Der Anteil von Kindern zwischen 0 und 18 Jahren unter den Sozialhilfeempfängern ist zurückgegangen, sowohl absolut als auch relativ. Waren 2001 jahresdurchschnittlich noch 17.569 Kinder auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen, waren dies im Jahr 2002 »nur« noch 17.070. Damit ist der Anteil von Kindern an allen Sozialhilfeempfängern um 0,3 Prozent von 36,9 auf 36,6 Prozent gesunken.

Zu dieser erfreulichen Entwicklung haben verschiedene Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen beigetragen. Im Kern sind es Maßnahmen, die den Eltern, überwiegend sind es allein erziehende Mütter, den Weg zurück in die Erwerbs-

tätigkeit erleichtert haben. Dazu zählen arbeitsmarktpolitische Instrumente, als auch Betreuungsmaßnahmen für Kinder, die zielgerichteter eingesetzt worden sind.

Diese Entwicklung darf allerdings nicht als Entwarnung missinterpretiert werden. 17.000 unter Sozialhilfebedingungen aufwachsende Kinder, hinzu kommen geschätzte 10.000 Kinder die in der Nähe des Sozialhilfeniveaus groß werden, damit bleibt auch für die Zukunft eines der größten sozialen Probleme dieser Stadt auf der Tagesordnung. Diese Kinder starten nicht nur unter materiellen Notbedingungen ins Leben, sondern starten auch unter oftmals defizitären Familienbedingungen, da der größte Teil dieser Kinder in Ein-Eltern-Familien aufwächst. Dieser Familientyp wird in Bremen mit 30.000 angesetzt, Tendenz steigend.

Ein-Eltern-Familien leben überwiegend unter Armutbedingungen, oftmals als Bezieher von Sozialhilfe, oder mit nicht existenzsichernden Einkommen, die durch die Elternfunktion erzwungene Teilzeitarbeit begründet ist. Auf die sozialen Implikationen dieser Lebenssituation, sowohl für die Kinder als auch die Eltern sind wir in einem Schwerpunkt im ersten Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer Bremen ausführlich eingegangen.

Kinder werden immer mehr zu einem Armutrisiko. Für Alleinerziehende liegt dieser Zusammenhang auf der Hand. Aber auch bei Paar-Eltern ist die Situation schwierig. Insbesondere aufgrund der mangelnden Kinderbetreuungs-Möglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren, ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern dieser Kinder mit rund 25 Prozent außerordentlich gering, was die erwerbstätigen Väter zu Alleinernährern macht. Oftmals reicht unter den heutigen Lebensbedingungen ein einzelnes Einkommen zur Versorgung der Familie nicht mehr aus, dies insbesondere, wenn mehrere Kinder zu versorgen sind. Hier sind die Gefahren, in einen Prozess der Verarmung hinein zu geraten, besonders groß. Trennung, Arbeitslosigkeit des Alleinverdieners, Unfall, Krankheit,

Finanzierungsprobleme beim Haus, Auto oder Ähnlichem, und schon bricht alles zusammen. Der Grat auf dem diese Familien gehen müssen ist äußerst schmal.

Materielle Unterversorgung von Familien ist für sich genommen schon ein großes Problem für diese Familien. Bedeutsamer noch sind die Langfristwirkungen für die Kinder, die unter solchen Bedingungen aufwachsen müssen. Oftmals werden deren Entwicklungs-, Sozialisations- und Lernprozesse beeinträchtigt, die Kommunikation mit Gleichaltrigen wird in Mitleidenschaft gezogen, sie machen verstärkt Erfahrungen der Ausgrenzung und Gewalt, kommen häufiger und früher mit Alkohol und Nikotin in Berührung, werden verstärkt sozial auffällig, sind häufiger ungesund

ernährt. Je mehr diese Faktoren kumulieren, desto prekärer sind denn auch die Entwicklungsperspektiven. Der Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Bremer Krankenhaus-Ost Dr. Arno Richard, der die Lebensbedingungen von Kindern als zunehmend schlechter ansieht meint denn auch: »Armut ist eine Krankheitsrisiko«.

Über die letzten Jahre hat sich an dieser Beschreibung nichts geändert. Allein erziehende, bzw. Eltern mit mehreren Kindern sind einer besonderen Armutgefährdung ausgesetzt und haben ein höheres Verbleibensrisiko in Armutslagen. Die Kinder sind von besonders hohen Entwicklungsrisiken bedroht. Das ist nach wie vor die Lage in dieser Stadt.



## 3.2 Zahlen, Daten, Fakten

**Tabelle 1/2001: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 2001**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)  
Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.2001)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2001)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.2001)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	14.295	7.287	7.008	49,0%	3.466	1.796	1.670	48,2%	242	246	238
3 – unter 7	19.635	10.167	9.468	48,2%	4.215	2.148	2.067	49,0%	215	211	218
7 – unter 11	19.598	10.083	9.515	48,6%	3.884	2.024	1.860	47,9%	198	201	195
11 – unter 15	20.472	10.478	9.994	48,8%	3.598	1.879	1.719	47,8%	176	179	172
15 – unter 18	14.506	7.352	7.154	49,3%	2.174	1.086	1.088	50,0%	150	148	152
18 – unter 21	16.936	8.340	8.596	50,8%	1.489	611	878	59,0%	88	73	102
21 – unter 25	25.389	12.412	12.977	51,1%	2.197	791	1.406	64,0%	87	64	108
25 – unter 30	34.446	17.242	17.204	49,9%	3.320	1.205	2.115	63,7%	96	70	123
30 – unter 40	89.667	46.971	42.696	47,6%	8.079	2.981	5.098	63,1%	90	63	119
40 – unter 50	76.495	38.210	38.285	50,0%	5.497	2.370	3.127	56,9%	72	62	82
50 – unter 60	68.851	34.226	34.625	50,3%	3.812	1.755	2.057	54,0%	55	51	59
60 – unter 65	39.740	19.422	20.318	51,1%	2.008	880	1.128	56,2%	51	45	56
65 – unter 70	29.587	13.562	16.025	54,2%	1.228	496	732	59,6%	42	37	46
70 – unter 75	24.150	10.184	13.966	57,8%	831	291	540	65,0%	34	29	39
75 – unter 80	20.185	6.786	13.399	66,4%	493	136	357	72,4%	24	20	27
80 – unter 85	13.572	4.006	9.566	70,5%	264	47	217	82,2%	19	12	23
85 und älter	13.426	3.475	9.951	74,1%	284	28	256	90,1%	21	8	26
<b>Zusammen</b>	<b>540.950</b>	<b>260.203</b>	<b>280.747</b>	<b>51,9%</b>	<b>46.839</b>	<b>20.524</b>	<b>26.315</b>	<b>56,2%</b>	<b>87</b>	<b>79</b>	<b>94</b>
darunter:											
18 – unter 65	351.524	176.823	174.701	49,7%	26.402	10.593	15.809	59,9%	75	60	90

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 I Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 1/2000: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 2000**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)  
Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.2000)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2000)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.2000)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	14.517	7.391	7.126	49,1%	3.588	1.835	1.753	48,9%	247	248	246
3 – unter 7	19.548	10.103	9.445	48,3%	4.364	2.263	2.101	48,1%	223	224	222
7 – unter 11	19.933	10.332	9.601	48,2%	4.175	2.198	1.977	47,4%	209	213	206
11 – unter 15	20.148	10.236	9.912	49,2%	3.699	1.901	1.798	48,6%	184	186	181
15 – unter 18	14.388	7.286	7.102	49,4%	2.254	1.117	1.137	50,4%	157	153	160
18 – unter 21	16.871	8.347	8.524	50,5%	1.509	614	895	59,3%	89	74	105
21 – unter 25	24.497	11.924	12.573	51,3%	2.311	854	1.457	63,0%	94	72	116
25 – unter 30	35.171	17.650	17.521	49,8%	3.527	1.281	2.246	63,7%	100	73	128
30 – unter 40	90.686	47.488	43.198	47,6%	8.748	3.290	5.458	62,4%	96	69	126
40 – unter 50	75.223	37.519	37.704	50,1%	5.732	2.578	3.154	55,0%	76	69	84
50 – unter 60	70.228	35.039	35.189	50,1%	3.918	1.833	2.085	53,2%	56	52	59
60 – unter 65	39.438	19.238	20.200	51,2%	2.013	862	1.151	57,2%	51	45	57
65 – unter 70	27.628	12.497	15.131	54,8%	1.161	468	693	59,7%	42	37	46
70 – unter 75	24.465	10.125	14.340	58,6%	831	275	556	66,9%	34	27	39
75 – unter 80	20.769	6.788	13.981	67,3%	505	120	385	76,2%	24	18	28
80 – unter 85	11.861	3.511	8.350	70,4%	232	40	192	82,8%	20	11	23
85 und älter	14.032	3.636	10.396	74,1%	307	28	279	90,9%	22	8	27
<b>Zusammen</b>	<b>539.403</b>	<b>259.110</b>	<b>280.293</b>	<b>52,0%</b>	<b>48.874</b>	<b>21.557</b>	<b>27.317</b>	<b>55,9%</b>	<b>91</b>	<b>83</b>	<b>97</b>
darunter:											
18 – unter 65	352.114	177.205	174.909	49,7%	27.758	11.312	16.446	59,2%	79	64	94

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 I Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2000 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 1/1999: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 1999**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)  
Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.1999)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.1999)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.1999)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	14.939	7.662	7.277	48,7%	3.829	1.947	1.882	49,2%	256	254	259
3 – unter 7	19.407	9.969	9.438	48,6%	4.632	2.369	2.263	48,9%	239	238	240
7 – unter 11	20.279	10.427	9.852	48,6%	4.414	2.349	2.065	46,8%	218	225	210
11 – unter 15	19.615	10.008	9.607	49,0%	3.787	1.944	1.843	48,7%	193	194	192
15 – unter 18	14.690	7.393	7.297	49,7%	2.350	1.147	1.203	51,2%	160	155	165
18 – unter 21	16.488	8.262	8.226	49,9%	1.580	633	947	59,9%	96	77	115
21 – unter 25	24.181	11.852	12.329	51,0%	2.474	889	1.585	64,1%	102	75	129
25 – unter 30	37.049	18.826	18.223	49,2%	3.988	1.465	2.523	63,3%	108	78	138
30 – unter 40	91.593	47.854	43.739	47,8%	9.562	3.696	5.866	61,3%	104	77	134
40 – unter 50	74.595	37.196	37.399	50,1%	5.873	2.657	3.216	54,8%	79	71	86
50 – unter 60	72.019	36.143	35.876	49,8%	4.127	1.950	2.177	52,8%	57	54	61
60 – unter 65	38.363	18.435	19.928	51,9%	1.952	829	1.123	57,5%	51	45	56
65 – unter 70	26.417	11.871	14.546	55,1%	1.076	421	655	60,9%	41	35	45
70 – unter 75	24.522	9.888	14.634	59,7%	753	232	521	69,2%	31	23	36
75 – unter 80	21.282	6.788	14.494	68,1%	480	109	371	77,3%	23	16	26
80 – unter 85	10.742	3.211	7.531	70,1%	246	34	212	86,2%	23	11	28
85 und älter	14.149	3.654	10.495	74,2%	321	35	286	89,1%	23	10	27
<b>Zusammen</b>	<b>540.330</b>	<b>259.439</b>	<b>280.891</b>	<b>52,0%</b>	<b>51.444</b>	<b>22.706</b>	<b>28.738</b>	<b>55,9%</b>	<b>95</b>	<b>88</b>	<b>102</b>
darunter:											
18 – unter 65	354.288	178.568	175.720	49,6%	29.556	12.119	17.437	59,0%	83	68	99

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 1/1998: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 1998**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)  
Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.2000)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2000)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.2000)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	15.294	7.958	7.336	48,0%	3.963	2.057	1.906	48,1%	259	258	260
3 – unter 7	19.547	10.012	9.535	48,8%	4.536	2.358	2.178	48,0%	232	236	228
7 – unter 11	20.360	10.430	9.930	48,8%	4.306	2.229	2.077	48,2%	211	214	209
11 – unter 15	18.931	9.590	9.341	49,3%	3.731	1.896	1.835	49,2%	197	198	196
15 – unter 18	15.174	7.725	7.449	49,1%	2.412	1.212	1.200	49,8%	159	157	161
18 – unter 21	16.147	8.145	8.002	49,6%	1.749	705	1.044	59,7%	108	87	130
21 – unter 25	24.204	12.004	12.200	50,4%	2.633	1.004	1.629	61,9%	109	84	134
25 – unter 30	39.942	20.352	19.590	49,0%	4.245	1.560	2.685	63,3%	106	77	137
30 – unter 40	92.179	48.226	43.953	47,7%	9.843	3.765	6.078	61,7%	107	78	138
40 – unter 50	74.633	37.286	37.347	50,0%	5.788	2.616	3.172	54,8%	78	70	85
50 – unter 60	73.654	37.029	36.625	49,7%	4.341	2.004	2.337	53,8%	59	54	64
60 – unter 65	37.090	17.793	19.297	52,0%	1.880	804	1.076	57,2%	51	45	56
65 – unter 70	25.663	11.467	14.196	55,3%	1.061	409	652	61,5%	41	36	46
70 – unter 75	24.343	9.428	14.915	61,3%	757	208	549	72,5%	31	22	37
75 – unter 80	21.220	6.793	14.427	68,0%	489	106	383	78,3%	23	16	27
80 – unter 85	11.091	3.305	7.786	70,2%	289	40	249	86,2%	26	12	32
85 und älter	13.807	3.552	10.255	74,3%	338	35	303	89,6%	24	10	30
<b>Zusammen</b>	<b>543.279</b>	<b>261.095</b>	<b>282.184</b>	<b>51,9%</b>	<b>52.361</b>	<b>23.008</b>	<b>29.353</b>	<b>56,1%</b>	<b>96</b>	<b>88</b>	<b>104</b>
darunter:											
18 – unter 65	357.849	180.835	177.014	49,5%	30.479	12.458	18.021	59,1%	85	69	102

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 2/2001: Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 2001 – Stadt Bremen**  
insgesamt – deutsch – nichtdeutsch

Alter	Bevölkerung am 31.12.2001				HLU-Empfänger/innen am 31.12.2001*				HLU-Empfäng. pro 1.000 EW		
	insges.	deutsch	nicht-dt.		insges.	deutsch	nicht-dt.		insges.	deutsch	nicht-dt.
unter 3	14.295	12.138	2.157	15,1%	3.466	2.447	1.019	29,4%	242	202	42
3 – unter 7	19.635	15.886	3.749	19,1%	4.215	2.860	1.355	32,1%	215	180	36
7 – unter 11	19.598	16.166	3.432	17,5%	3.884	2.584	1.300	33,5%	198	160	37
11 – unter 15	20.472	17.083	3.389	16,6%	3.598	2.394	1.204	33,5%	176	140	35
15 – unter 18	14.506	11.820	2.686	18,5%	2.174	1.361	813	37,4%	150	115	30
18 – unter 21	16.936	13.884	3.052	18,0%	1.489	1.008	481	32,3%	88	73	15
21 – unter 25	25.389	20.023	5.366	21,1%	2.197	1.544	653	29,7%	87	77	10
25 – unter 30	34.446	26.265	8.181	23,8%	3.320	2.110	1.210	36,4%	96	80	16
30 – unter 40	89.667	75.575	14.092	15,7%	8.079	5.590	2.489	30,8%	90	74	17
40 – unter 50	76.495	67.898	8.597	11,2%	5.497	3.944	1.553	28,3%	72	58	14
50 – unter 60	68.851	61.669	7.182	10,4%	3.812	2.611	1.201	31,5%	55	42	13
60 – unter 65	39.740	37.241	2.499	6,3%	2.008	1.349	659	32,8%	51	36	15
65 – unter 70	29.587	28.094	1.493	5,0%	1.228	779	449	36,6%	42	28	14
70 – unter 75	24.150	23.269	881	3,6%	831	508	323	38,9%	34	22	12
75 – unter 80	20.185	19.676	509	2,5%	493	351	142	28,8%	24	18	6
80 – unter 85	13.572	13.262	310	2,3%	264	199	65	24,6%	19	15	4
85 und älter	13.426	13.034	392	2,9%	284	234	50	17,6%	21	18	3
<b>Zusammen</b>	<b>540.950</b>	<b>472.983</b>	<b>67.967</b>	<b>12,6%</b>	<b>46.839</b>	<b>31.873</b>	<b>14.966</b>	<b>32,0%</b>	<b>87</b>	<b>67</b>	<b>20</b>
davon:											
18 – unter 65	351.524	302.555	48.969	13,9%	26.402	18.156	8.246	31,2%	75	60	15
unter 18	88.506	73.093	15.413	17,4%	17.337	11.646	5.691	32,8%	196	159	37
65 und älter	100.920	97.335	3.585	3,6%	3.100	2.071	1.029	33,2%	31	21	10

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 3/2001: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 2001 – Stadt Bremen**  
Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2001)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insg.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	männl. abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	1.489	611	878	59,0%	99	6,6%	40	6,5%	59	6,7%	380	25,5%	194	31,8%	186	21,2%
21 – unter 25	2.197	791	1.406	64,0%	197	9,0%	77	9,7%	120	8,5%	930	42,3%	511	64,6%	419	29,8%
25 – unter 30	3.320	1.205	2.115	63,7%	326	9,8%	139	11,5%	187	8,8%	1.356	40,8%	805	66,8%	551	26,1%
30 – unter 40	8.079	2.981	5.098	63,1%	1.174	14,5%	369	12,4%	805	15,8%	3.123	38,7%	1.944	65,2%	1.179	23,1%
40 – unter 50	5.497	2.370	3.127	56,9%	894	16,3%	283	11,9%	611	19,5%	2.355	42,8%	1.465	61,8%	890	28,5%
50 – unter 60	3.812	1.755	2.057	54,0%	357	9,4%	89	5,1%	268	13,0%	1.654	43,4%	1.047	59,7%	607	29,5%
60 – unter 65	2.008	880	1.128	56,2%	133	6,6%	31	3,5%	102	9,0%	457	22,8%	288	32,7%	169	15,0%
18 – unter 65	26.402	10.593	15.809	59,9%	3.180	12,0%	1.028	9,7%	2.152	13,6%	10.255	38,8%	6.254	59,0%	4.001	25,3%
davon:																
18 – unter 30	7.006	2.607	4.399	62,8%	622	8,9%	256	9,8%	366	8,3%	2.666	38,1%	1.510	57,9%	1.156	26,3%
30 – unter 65	19.396	7.986	11.410	58,8%	2.558	13,2%	772	9,7%	1.786	15,7%	7.589	39,1%	4.744	59,4%	2.845	24,9%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 3/2000: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 2000 – Stadt Bremen**  
 Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2000)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insges.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	1.509		614	59,3%	133	8,8%	63	10,3%	70	7,8%	138	9,1%	68	11,1%	70	7,8%
21 – unter 25	2.311		854	63,0%	232	10,0%	114	13,3%	118	8,1%	631	27,3%	298	34,9%	333	22,9%
25 – unter 30	3.527		1.281	63,7%	387	11,0%	156	12,2%	231	10,3%	1.014	28,7%	575	44,9%	439	19,5%
30 – unter 40	8.748		3.290	62,4%	1.363	15,6%	452	13,7%	911	16,7%	2.595	29,7%	1.597	48,5%	998	18,3%
40 – unter 50	5.732		2.578	55,0%	914	15,9%	300	11,6%	614	19,5%	2.059	35,9%	1.305	50,6%	754	23,9%
50 – unter 60	3.918		1.833	53,2%	354	9,0%	111	6,1%	243	11,7%	1.539	39,3%	974	53,1%	565	27,1%
60 – unter 65	2.013		862	57,2%	111	5,5%	30	3,5%	81	7,0%	384	19,1%	233	27,0%	151	13,1%
18 – unter 65	27.758		11.312	59,2%	3.494	12,6%	1.226	10,8%	2.268	13,8%	8.360	30,1%	5.050	44,6%	3.310	20,1%
davon:																
18 – unter 30	7.347		2.749	62,6%	752	10,2%	333	12,1%	419	9,1%	1.783	24,3%	941	34,2%	842	18,3%
30 – unter 65	20.411		8.563	58,0%	2.742	13,4%	893	10,4%	1.849	15,6%	6.577	32,2%	4.109	48,0%	2.468	20,8%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2000 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 3/1999: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 1999 – Stadt Bremen**  
 Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.1999)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insges.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	1.580		633	59,9%	146	9,2%	71	11,2%	75	7,9%	355	22,5%	179	28,3%	176	18,6%
21 – unter 25	2.474		889	64,1%	255	10,3%	109	12,3%	146	9,2%	1.059	42,8%	540	60,7%	519	32,7%
25 – unter 30	3.988		1.465	63,3%	456	11,4%	170	11,6%	286	11,3%	1.568	39,3%	938	64,0%	630	25,0%
30 – unter 40	9.562		3.696	61,3%	1.567	16,4%	504	13,6%	1.063	18,1%	3.668	38,4%	2.334	63,1%	1.334	22,7%
40 – unter 50	5.873		2.657	54,8%	903	15,4%	302	11,4%	601	18,7%	2.548	43,4%	1.615	60,8%	933	29,0%
50 – unter 60	4.127		1.950	52,8%	357	8,7%	100	5,1%	257	11,8%	1.800	43,6%	1.154	59,2%	646	29,7%
60 – unter 65	1.952		829	57,5%	93	4,8%	26	3,1%	67	6,0%	375	19,2%	237	28,6%	138	12,3%
18 – unter 65	29.556		12.119	59,0%	3.777	12,8%	1.282	10,6%	2.495	14,3%	11.373	38,5%	6.997	57,7%	4.376	25,1%
davon:																
18 – unter 30	8.042		2.987	62,9%	857	10,7%	350	11,7%	507	10,0%	2.982	37,1%	1.657	55,5%	1.325	26,2%
30 – unter 65	21.514		9.132	57,6%	2.920	13,6%	932	10,2%	1.988	16,1%	8.391	39,0%	5.340	58,5%	3.051	24,6%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 3/1998: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 1998 – Stadt Bremen**  
 Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.1998)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insges.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	1.749		705	40,3%	137	7,8%	55	7,8%	82	7,9%	400	22,9%	180	25,5%	220	21,1%
21 – unter 25	2.633		1.004	38,1%	232	8,8%	110	11,0%	122	7,5%	1.110	42,2%	618	61,6%	492	30,2%
25 – unter 30	4.245		1.560	36,8%	472	11,1%	193	12,4%	279	10,4%	1.549	36,5%	975	62,5%	574	21,4%
30 – unter 40	9.843		3.765	38,3%	1.383	14,1%	459	12,2%	924	15,2%	3.702	37,6%	2.357	62,6%	1.345	22,1%
40 – unter 50	5.788		2.616	45,2%	780	13,5%	258	9,9%	522	16,5%	2.460	42,5%	1.571	60,1%	889	28,0%
50 – unter 60	4.341		2.004	46,2%	331	7,6%	89	4,4%	242	10,4%	1.758	40,5%	1.127	56,2%	631	27,0%
60 – unter 65	1.880		804	42,8%	59	3,1%	12	1,5%	47	4,4%	294	15,6%	193	24,0%	101	9,4%
18 – unter 65	30.479		12.458	40,9%	3.394	11,1%	1.176	9,4%	2.218	12,3%	11.273	37,0%	7.021	56,4%	4.252	23,6%
davon:																
18 – unter 30	8.627		3.269	38,0%	841	9,7%	358	11,0%	483	9,0%	3.059	35,5%	1.773	54,2%	1.286	24,0%
30 – unter 65	21.852		9.189	42,1%	2.553	11,7%	818	8,9%	1.735	13,7%	8.214	37,6%	5.248	57,1%	2.966	23,4%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 I Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 4/2001: Sozialhilfe: Arbeitslose 2001 – Stadt Bremen**  
 Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.2001)			darunter: arbeitslos gemeldet						
	insg.		weiblich	insgesamt		männlich		weiblich		
	abs.	in v.H.	abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	
18 – unter 21	1.489		611	41,1%	380	25,5%	194	31,8%	186	21,2%
21 – unter 25	2.197		791	35,9%	930	42,3%	511	64,6%	419	29,8%
25 – unter 30	3.320		1.205	36,3%	1.356	40,8%	805	66,8%	551	26,1%
30 – unter 40	8.079		2.981	36,9%	3.123	38,7%	1.944	65,2%	1.179	23,1%
40 – unter 50	5.497		2.370	43,1%	2.355	42,8%	1.465	61,8%	890	28,5%
50 – unter 60	3.812		1.755	46,0%	1.654	43,4%	1.047	59,7%	607	29,5%
60 – unter 65	2.008		880	43,8%	457	22,8%	288	32,7%	169	15,0%
18 – unter 65	26.402		10.593	40,1%	10.255	38,8%	6.254	59,0%	4.001	25,3%
davon:										
18 – unter 30	7.006		2.607	37,2%	2.666	38,1%	1.510	57,9%	1.156	26,3%
30 – unter 65	19.396		7.986	41,2%	7.589	39,1%	4.744	59,4%	2.845	24,9%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	51	3,4%	22	3,6%	29	3,3%	329	22,1%	172	28,2%	157	17,9%
21 – unter 25	291	13,2%	139	17,6%	152	10,8%	639	29,1%	372	47,0%	267	19,0%
25 – unter 30	597	18,0%	329	27,3%	268	12,7%	759	22,9%	476	39,5%	283	13,4%
30 – unter 40	1.501	18,6%	896	30,1%	605	11,9%	1.622	20,1%	1.048	35,2%	574	11,3%
40 – unter 50	1.245	22,6%	759	32,0%	486	15,5%	1.110	20,2%	706	29,8%	404	12,9%
50 – unter 60	863	22,6%	562	32,0%	301	14,6%	791	20,8%	485	27,6%	306	14,9%
60 – unter 65	162	8,1%	98	11,1%	64	5,7%	295	14,7%	190	21,6%	105	9,3%
18 – unter 65	4.710	17,8%	2.805	26,5%	1.905	12,1%	5.545	21,0%	3.449	32,6%	2.096	13,3%
davon:												
18 – unter 30	939	13,4%	490	18,8%	449	10,2%	1.727	24,7%	1.020	39,1%	707	16,1%
30 – unter 65	3.771	19,4%	2.315	29,0%	1.456	12,8%	3.818	19,7%	2.429	30,4%	1.389	12,2%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 I Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 4/2000: Sozialhilfe: Arbeitslose 2000 – Stadt Bremen**  
Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.2000)			darunter: arbeitslos gemeldet					
	insg.		w.	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	m. abs.	abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	1.509	614	895	138	9,1%	68	11,1%	70	7,8%
21 – unter 25	2.311	854	1.457	631	27,3%	298	34,9%	333	22,9%
25 – unter 30	3.527	1.281	2.246	1.014	28,7%	575	44,9%	439	19,5%
30 – unter 40	8.748	3.290	5.458	2.595	29,7%	1.597	48,5%	998	18,3%
40 – unter 50	5.732	2.578	3.154	2.059	35,9%	1.305	50,6%	754	23,9%
50 – unter 60	3.918	1.833	2.085	1.539	39,3%	974	53,1%	565	27,1%
60 – unter 65	2.013	862	1.151	384	19,1%	233	27,0%	151	13,1%
18 – unter 65	27.758	11.312	16.446	8.360	30,1%	5.050	44,6%	3.310	20,1%
davon:									
18 – unter 30	7.347	2.749	4.598	1.783	24,3%	941	34,2%	842	18,3%
30 – unter 65	20.411	8.563	11.848	6.577	32,2%	4.109	48,0%	2.468	20,8%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	39	2,6%	18	2,9%	21	2,3%	99	6,6%	50	8,1%	49	5,5%
21 – unter 25	300	13,0%	129	15,1%	171	11,7%	331	14,3%	169	19,8%	162	11,1%
25 – unter 30	570	16,2%	324	25,3%	246	11,0%	444	12,6%	251	19,6%	193	8,6%
30 – unter 40	1.580	18,1%	963	29,3%	617	11,3%	1.015	11,6%	634	19,3%	381	7,0%
40 – unter 50	1.234	21,5%	784	30,4%	450	14,3%	825	14,4%	521	20,2%	304	9,6%
50 – unter 60	932	23,8%	596	32,5%	336	16,1%	607	15,5%	378	20,6%	229	11,0%
60 – unter 65	138	6,9%	80	9,3%	58	5,0%	246	12,2%	153	17,7%	93	8,1%
18 – unter 65	4.793	17,3%	2.894	25,6%	1.899	11,5%	3.567	12,9%	2.156	19,1%	1.411	8,6%
davon:												
18 – unter 30	909	12,4%	471	17,1%	438	9,5%	874	11,9%	470	17,1%	404	8,8%
30 – unter 65	3.884	19,0%	2.423	28,3%	1.461	12,3%	2.693	13,2%	1.686	19,7%	1.007	8,5%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2000 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 4/1999: Sozialhilfe: Arbeitslose 1999 – Stadt Bremen**  
Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.1999)			darunter: arbeitslos gemeldet					
	insg.		w.	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	m. abs.	abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	1.580	633	947	355	22,5%	179	28,3%	176	18,6%
21 – unter 25	2.474	889	1.585	1.059	42,8%	540	60,7%	519	32,7%
25 – unter 30	3.988	1.465	2.523	1.568	39,3%	938	64,0%	630	25,0%
30 – unter 40	9.562	3.696	5.866	3.668	38,4%	2.334	63,1%	1.334	22,7%
40 – unter 50	5.873	2.657	3.216	2.548	43,4%	1.615	60,8%	933	29,0%
50 – unter 60	4.127	1.950	2.177	1.800	43,6%	1.154	59,2%	646	29,7%
60 – unter 65	1.952	829	1.123	375	19,2%	237	28,6%	138	12,3%
18 – unter 65	29.556	12.119	17.437	11.373	38,5%	6.997	57,7%	4.376	25,1%
davon:									
18 – unter 30	8.042	2.987	5.055	2.982	37,1%	1.657	55,5%	1.325	26,2%
30 – unter 65	21.514	9.132	12.382	8.391	39,0%	5.340	58,5%	3.051	24,6%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	69	4,4%	22	3,5%	47	5,0%	286	18,1%	157	24,8%	129	13,6%
21 – unter 25	470	19,0%	232	26,1%	238	15,0%	589	23,8%	308	34,6%	281	17,7%
25 – unter 30	720	17,0%	462	29,6%	258	9,6%	829	19,5%	513	32,9%	316	11,8%
30 – unter 40	2.050	21,4%	1.288	34,8%	762	13,0%	1.618	16,9%	1.046	28,3%	572	9,8%
40 – unter 50	1.421	24,2%	891	33,5%	530	16,5%	1.127	19,2%	724	27,2%	403	12,5%
50 – unter 60	1.045	25,3%	670	34,4%	375	17,2%	755	18,3%	484	24,8%	271	12,4%
60 – unter 65	146	7,5%	87	10,5%	59	5,3%	229	11,7%	150	18,1%	79	7,0%
18 – unter 65	6.008	20,3%	3.670	30,3%	2.338	13,4%	5.365	18,2%	3.327	27,5%	2.038	11,7%
davon:												
18 – unter 30	1.346	16,7%	734	24,6%	612	12,1%	1.636	20,3%	923	30,9%	713	14,1%
30 – unter 65	4.662	21,7%	2.936	32,2%	1.726	13,9%	3.729	17,3%	2.404	26,3%	1.325	10,7%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 4/1998: Sozialhilfe: Arbeitslose 1998 – Stadt Bremen**

Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.1998)			darunter: arbeitslos gemeldet					
	insg.	m.	w.	insgesamt	männlich		weiblich		
21 – unter 25	2.633	1.004	1.629	1.110	42,2%	618	61,6%	492	30,2%
30 – unter 40	9.843	3.765	6.078	3.702	37,6%	2.357	62,6%	1.345	22,1%
50 – unter 60	4.341	2.004	2.337	1.758	40,5%	1.127	56,2%	631	27,0%
davon:									
30 – unter 65	21.852	9.189	12.663	8.214	37,6%	5.248	57,1%	2.966	23,4%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
21 – unter 25	461	17,5%	251	25,0%	210	12,9%	649	24,6%	367	36,6%	282	17,3%
30 – unter 40	1.833	18,6%	1.160	30,8%	673	11,1%	1.869	19,0%	1.197	31,8%	672	11,1%
50 – unter 60	928	21,4%	616	30,7%	312	13,4%	830	19,1%	511	25,5%	319	13,6%
davon:												
30 – unter 65	4.056	18,6%	2.596	28,3%	1.460	11,5%	4.158	19,0%	2.652	28,9%	1.506	11,9%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 5/2001: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 2001**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.) Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.2001)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2001)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.2001)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	3.215	1.643	1.572	48,9%	835	427	408	48,9%	260	260	260
3 – unter 7	4.500	2.306	2.194	48,8%	980	505	475	48,5%	218	219	216
7 – unter 11	4.639	2.434	2.205	47,5%	949	514	435	45,8%	205	211	197
11 – unter 15	5.135	2.604	2.531	49,3%	1.162	586	576	49,6%	226	225	228
15 – unter 18	3.964	2.046	1.918	48,4%	780	395	385	49,4%	197	193	201
18 – unter 21	4.263	2.084	2.179	51,1%	664	273	391	58,9%	156	131	179
21 – unter 25	5.293	2.761	2.532	47,8%	868	368	500	57,6%	164	133	197
25 – unter 30	6.606	3.467	3.139	47,5%	1.097	437	660	60,2%	166	126	210
30 – unter 40	17.472	9.312	8.160	46,7%	2.335	923	1.412	60,5%	134	99	173
40 – unter 50	17.048	8.570	8.478	49,7%	1.686	720	966	57,3%	99	84	114
50 – unter 60	14.971	7.736	7.235	48,3%	1.059	470	589	55,6%	71	61	81
60 – unter 65	8.661	4.356	4.305	49,7%	616	247	369	59,9%	71	57	86
65 – unter 70	6.532	3.003	3.529	54,0%	296	119	177	59,8%	45	40	50
70 – unter 75	5.720	2.344	3.376	59,0%	202	71	131	64,9%	35	30	39
75 – unter 80	4.944	1.771	3.173	64,2%	149	24	125	83,9%	30	14	39
80 – unter 85	3.187	1.031	2.156	67,6%	70	6	64	91,4%	22	6	30
85 und älter	2.551	716	1.835	71,9%	91	18	73	80,2%	36	25	40
<b>Zusammen</b>	<b>118.701</b>	<b>58.184</b>	<b>60.517</b>	<b>51,0%</b>	<b>13.839</b>	<b>6.103</b>	<b>7.736</b>	<b>55,9%</b>	<b>117</b>	<b>105</b>	<b>128</b>
darunter:											
18 – unter 65	74.314	38.286	36.028	48,5%	8.325	3.438	4.887	58,7%	112	90	136

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen



**Tabelle 5/2000: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 2000**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)  
Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.2000)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2000)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.2000)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	3.356	1.754	1.602	47,7%	732	383	349	47,7%	218	218	218
3 – unter 7	4.538	2.323	2.215	48,8%	1.033	538	495	47,9%	228	232	223
7 – unter 11	4.940	2.559	2.381	48,2%	1.045	555	490	46,9%	212	217	206
11 – unter 15	5.161	2.632	2.529	49,0%	1.097	576	521	47,5%	213	219	206
15 – unter 18	4.053	2.080	1.973	48,7%	770	392	378	49,1%	190	188	192
18 – unter 21	4.271	2.089	2.182	51,1%	598	250	348	58,2%	140	120	159
21 – unter 25	5.416	2.780	2.636	48,7%	793	310	483	60,9%	146	112	183
25 – unter 30	7.049	3.709	3.340	47,4%	1.039	396	643	61,9%	147	107	193
30 – unter 40	18.232	9.747	8.485	46,5%	2.302	884	1.418	61,6%	126	91	167
40 – unter 50	17.154	8.593	8.561	49,9%	1.703	723	980	57,5%	99	84	114
50 – unter 60	15.221	7.874	7.347	48,3%	1.094	471	623	56,9%	72	60	85
60 – unter 65	8.673	4.359	4.314	49,7%	575	234	341	59,3%	66	54	79
65 – unter 70	6.248	2.819	3.429	54,9%	298	118	180	60,4%	48	42	52
70 – unter 75	5.924	2.413	3.511	59,3%	205	53	152	74,1%	35	22	43
75 – unter 80	5.054	1.753	3.301	65,3%	134	23	111	82,8%	27	13	34
80 – unter 85	2.853	966	1.887	66,1%	73	6	67	91,8%	26	6	36
85 und älter	2.679	707	1.972	73,6%	76	11	65	85,5%	28	16	33
<b>Zusammen</b>	<b>120.822</b>	<b>59.157</b>	<b>61.665</b>	<b>51,0%</b>	<b>13.567</b>	<b>5.923</b>	<b>7.644</b>	<b>56,3%</b>	<b>112</b>	<b>100</b>	<b>124</b>
darunter:											
18 – unter 65	76.016	39.151	36.865	48,5%	8.104	3.268	4.836	59,7%	107	83	131

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2000 nach Altersjahren ... eigene Berechnungen

**Tabelle 5/1999: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 1999**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)  
Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.1999)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.1999)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.1999)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	3.487	1.764	1.723	49,4%	906	464	442	48,8%	260	263	257
3 – unter 7	4.711	2.444	2.267	48,1%	963	525	438	45,5%	204	215	193
7 – unter 11	5.139	2.655	2.484	48,3%	1.064	559	505	47,5%	207	211	203
11 – unter 15	5.218	2.705	2.513	48,2%	1.129	597	532	47,1%	216	221	212
15 – unter 18	4.046	2.022	2.024	50,0%	786	400	386	49,1%	194	198	191
18 – unter 21	4.301	2.136	2.165	50,3%	611	231	380	62,2%	142	108	176
21 – unter 25	5.490	2.810	2.680	48,8%	844	331	513	60,8%	154	118	191
25 – unter 30	7.513	3.905	3.608	48,0%	1.083	412	671	62,0%	144	106	186
30 – unter 40	18.922	10.063	8.859	46,8%	2.483	919	1.564	63,0%	131	91	177
40 – unter 50	17.102	8.576	8.526	49,9%	1.713	739	974	56,9%	100	86	114
50 – unter 60	15.731	8.193	7.538	47,9%	1.175	509	666	56,7%	75	62	88
60 – unter 65	8.479	4.236	4.243	50,0%	551	222	329	59,7%	65	52	78
65 – unter 70	6.128	2.723	3.405	55,6%	300	117	183	61,0%	49	43	54
70 – unter 75	5.978	2.384	3.594	60,1%	202	45	157	77,7%	34	19	44
75 – unter 80	5.202	1.779	3.423	65,8%	142	18	124	87,3%	27	10	36
80 – unter 85	2.556	893	1.663	65,1%	65	7	58	89,2%	25	8	35
85 und älter	2.732	703	2.029	74,3%	71	4	67	94,4%	26	6	33
<b>Zusammen</b>	<b>122.735</b>	<b>59.991</b>	<b>62.744</b>	<b>51,1%</b>	<b>14.088</b>	<b>6.099</b>	<b>7.989</b>	<b>56,7%</b>	<b>115</b>	<b>102</b>	<b>127</b>
darunter:											
18 – unter 65	77.538	39.919	37.619	48,5%	8.460	3.363	5.097	60,2%	109	84	135

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 5/1998: Sozialhilfe und Sozialhilfedichte 1998**

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.)  
Stadt Bremen

Alter (Jahre)	Einwohner/innen (31.12.1998)				Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.1998)				Empfänger/innen pro 1.000 EW (31.12.1998)		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 3	3.572	1.814	1.758	49,2%	774	391	383	49,5%	217	216	218
3 – unter 7	4.866	2.520	2.346	48,2%	1.252	630	622	49,7%	257	250	265
7 – unter 11	5.303	2.718	2.585	48,7%	1.317	686	631	47,9%	248	252	244
11 – unter 15	5.215	2.682	2.533	48,6%	1.232	645	587	47,6%	236	240	232
15 – unter 18	4.112	2.032	2.080	50,6%	867	432	435	50,2%	211	213	209
18 – unter 21	4.230	2.145	2.085	49,3%	599	236	363	60,6%	142	110	174
21 – unter 25	5.590	2.868	2.722	48,7%	822	344	478	58,2%	147	120	176
25 – unter 30	8.375	4.387	3.988	47,6%	1.242	442	800	64,4%	148	101	201
30 – unter 40	19.517	10.353	9.164	47,0%	2.854	1.067	1.787	62,6%	146	103	195
40 – unter 50	17.025	8.584	8.441	49,6%	1.840	795	1.045	56,8%	108	93	124
50 – unter 60	16.167	8.407	7.760	48,0%	1.289	563	726	56,3%	80	67	94
60 – unter 65	8.160	4.029	4.131	50,6%	528	195	333	63,1%	65	48	81
65 – unter 70	6.070	2.662	3.408	56,1%	335	125	210	62,7%	55	47	62
70 – unter 75	6.005	2.380	3.625	60,4%	237	57	180	75,9%	39	24	50
75 – unter 80	5.254	1.789	3.465	65,9%	151	14	137	90,7%	29	8	40
80 – unter 85	2.539	872	1.667	65,7%	75	8	67	89,3%	30	9	40
85 und älter	2.686	691	1.995	74,3%	86	7	79	91,9%	32	10	40
<b>Zusammen</b>	<b>124.686</b>	<b>60.933</b>	<b>63.753</b>	<b>51,1%</b>	<b>15.500</b>	<b>6.637</b>	<b>8.863</b>	<b>57,2%</b>	<b>124</b>	<b>109</b>	<b>139</b>
darunter:											
18 – unter 65	79.064	40.773	38.291	48,4%	9.174	3.642	5.532	60,3%	116	89	144

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 6/2001: Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 2001 – Stadt Bremerhaven**

insgesamt - deutsch - nichtdeutsch

Alter (Jahre)	Bevölkerung am 31.12.2001				HLU-Empfänger/innen am 31.12.2001				HLU-Empfäng. pro 1.000 EW		
	insges.	deutsch	nicht-deutsch		insges.	deutsch	nicht-deutsch		insges.	deutsch	nicht-dt.
unter 3	3.215	2.870	345	10,7%	835	771	64	7,7%	260	269	186
3 – unter 7	4.500	3.917	583	13,0%	980	859	121	12,3%	218	219	208
7 – unter 11	4.639	4.104	535	11,5%	949	815	134	14,1%	205	199	250
11 – unter 15	5.135	4.398	737	14,4%	1.162	1.032	130	11,2%	226	235	176
15 – unter 18	3.964	3.433	531	13,4%	780	692	88	11,3%	197	202	166
18 – unter 21	4.263	3.696	567	13,3%	664	601	63	9,5%	156	163	111
21 – unter 25	5.293	4.396	897	16,9%	868	764	104	12,0%	164	174	116
25 – unter 30	6.606	5.224	1.382	20,9%	1.097	925	172	15,7%	166	177	124
30 – unter 40	17.472	14.816	2.656	15,2%	2.335	2.041	294	12,6%	134	138	111
40 – unter 50	17.048	15.400	1.648	9,7%	1.686	1.507	179	10,6%	99	98	109
50 – unter 60	14.971	13.573	1.398	9,3%	1.059	910	149	14,1%	71	67	107
60 – unter 65	8.661	8.230	431	5,0%	616	533	83	13,5%	71	65	193
65 – unter 70	6.532	6.307	225	3,4%	296	255	41	13,9%	45	40	182
70 – unter 75	5.720	5.646	74	1,3%	202	175	27	13,4%	35	31	365
75 – unter 80	4.944	4.891	53	1,1%	149	141	8	5,4%	30	29	151
80 – unter 85	3.187	3.170	17	0,5%	70	68	2	2,9%	22	21	118
85 und älter	2.551	2.500	51	2,0%	91	90	1	1,1%	36	36	20
<b>Zusammen</b>	<b>118.701</b>	<b>106.571</b>	<b>12.130</b>	<b>10,2%</b>	<b>13.839</b>	<b>12.179</b>	<b>1.660</b>	<b>12,0%</b>	<b>117</b>	<b>114</b>	<b>137</b>
davon:											
18 – unter 65	74.314	65.335	8.979	12,1%	8.325	7.281	1.044	12,5%	112	111	116
unter 18	21.453	18.722	2.731	12,7%	4.706	4.169	537	11,4%	219	223	197
65 und älter	22.934	22.514	420	1,8%	808	729	79	9,8%	35	32	188

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 7/2001: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 2001 – Stadt Bremen**  
 Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2001)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insges.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	664	58,9%	273	58,9%	38	5,7%	15	5,5%	23	5,9%	220	33,1%	100	36,6%	120	30,7%
21 – unter 25	868	57,6%	368	57,6%	76	8,8%	32	8,7%	44	8,8%	391	45,0%	234	63,6%	157	31,4%
25 – unter 30	1.097	60,2%	437	60,2%	73	6,7%	29	6,6%	44	6,7%	496	45,2%	313	71,6%	183	27,7%
30 – unter 40	2.335	60,5%	923	60,5%	226	9,7%	90	9,8%	136	9,6%	934	40,0%	607	65,8%	327	23,2%
40 – unter 50	1.686	57,3%	720	57,3%	206	12,2%	65	9,0%	141	14,6%	786	46,6%	485	67,4%	301	31,2%
50 – unter 60	1.059	55,6%	470	55,6%	93	8,8%	29	6,2%	64	10,9%	498	47,0%	294	62,6%	204	34,6%
60 – unter 65	616	59,9%	247	59,9%	34	5,5%	8	3,2%	26	7,0%	125	20,3%	66	26,7%	59	16,0%
18 – unter 65	8.325	58,7%	3.438	58,7%	746	9,0%	268	7,8%	478	9,8%	3.450	41,4%	2.099	61,1%	1.351	27,6%
davon:																
18 – unter 30	2.629	59,0%	1.078	59,0%	187	7,1%	76	7,1%	111	7,2%	1.107	42,1%	647	60,0%	460	29,7%
30 – unter 65	5.696	58,6%	2.360	58,6%	559	9,8%	192	8,1%	367	11,0%	2.343	41,1%	1.452	61,5%	891	26,7%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 7/2000: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 2000 – Stadt Bremen**  
 Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.2000)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insges.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	598	58,2%	250	58,2%	41	6,9%	18	7,2%	23	6,6%	180	30,1%	96	38,4%	84	24,1%
21 – unter 25	793	60,9%	310	60,9%	66	8,3%	23	7,4%	43	8,9%	376	47,4%	226	72,9%	150	31,1%
25 – unter 30	1.039	61,9%	396	61,9%	107	10,3%	47	11,9%	60	9,3%	434	41,8%	280	70,7%	154	24,0%
30 – unter 40	2.302	61,6%	884	61,6%	257	11,2%	98	11,1%	159	11,2%	959	41,7%	627	70,9%	332	23,4%
40 – unter 50	1.703	57,5%	723	57,5%	231	13,6%	82	11,3%	149	15,2%	815	47,9%	493	68,2%	322	32,9%
50 – unter 60	1.094	56,9%	471	56,9%	89	8,1%	28	5,9%	61	9,8%	511	46,7%	291	61,8%	220	35,3%
60 – unter 65	575	59,3%	234	59,3%	30	5,2%	7	3,0%	23	6,7%	101	17,6%	61	26,1%	40	11,7%
18 – unter 65	8.104	59,7%	3.268	59,7%	821	10,1%	303	9,3%	518	10,7%	3.376	41,7%	2.074	63,5%	1.302	26,9%
davon:																
18 – unter 30	2.430	60,7%	956	60,7%	214	8,8%	88	9,2%	126	8,5%	990	40,7%	602	63,0%	388	26,3%
30 – unter 65	5.674	59,3%	2.312	59,3%	607	10,7%	215	9,3%	392	11,7%	2.386	42,1%	1.472	63,7%	914	27,2%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2000 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 7/1999: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 1999 – Stadt Bremen**  
 Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.1999)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insges.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	611	62,2%	231	62,2%	19	3,1%	10	4,3%	9	2,4%	176	28,8%	94	40,7%	82	21,6%
21 – unter 25	844	60,8%	331	60,8%	61	7,2%	22	6,6%	39	7,6%	404	47,9%	239	72,2%	165	32,2%
25 – unter 30	1.083	62,0%	412	62,0%	82	7,6%	31	7,5%	51	7,6%	481	44,4%	315	76,5%	166	24,7%
30 – unter 40	2.483	63,0%	919	63,0%	268	10,8%	88	9,6%	180	11,5%	1.001	40,3%	640	69,6%	361	23,1%
40 – unter 50	1.713	56,9%	739	56,9%	200	11,7%	63	8,5%	137	14,1%	851	49,7%	533	72,1%	318	32,6%
50 – unter 60	1.175	56,7%	509	56,7%	90	7,7%	28	5,5%	62	9,3%	519	44,2%	304	59,7%	215	32,3%
60 – unter 65	551	59,7%	222	59,7%	20	3,6%	5	2,3%	15	4,6%	112	20,3%	76	34,2%	36	10,9%
18 – unter 65	8.460	60,2%	3.363	60,2%	740	8,7%	247	7,3%	493	9,7%	3.544	41,9%	2.201	65,4%	1.343	26,3%
davon:																
18 – unter 30	2.538	61,6%	974	61,6%	162	6,4%	63	6,5%	99	6,3%	1.061	41,8%	648	66,5%	413	26,4%
30 – unter 65	5.922	59,7%	2.389	59,7%	578	9,8%	184	7,7%	394	11,2%	2.483	41,9%	1.553	65,0%	930	26,3%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 7/1998: Sozialhilfe: Erwerbstätige und Arbeitslose 1998 – Stadt Bremen**  
 Erwerbstätige und arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Alter (Jahre)	Empfänger/innen von HLU a.v.E. (31.12.1998)				darunter: erwerbstätig						arbeitslos gemeldet					
	insges.		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	599	60,6%	236	60,6%	9	1,5%	1	0,4%	8	2,2%	159	26,5%	84	35,6%	75	20,7%
21 – unter 25	822	58,2%	344	58,2%	46	5,6%	18	5,2%	28	5,9%	448	54,5%	287	83,4%	161	33,7%
25 – unter 30	1.242	64,4%	442	64,4%	83	6,7%	30	6,8%	53	6,6%	546	44,0%	356	80,5%	190	23,8%
30 – unter 40	2.854	62,6%	1.067	62,6%	274	9,6%	77	7,2%	197	11,0%	1.260	44,1%	822	77,0%	438	24,5%
40 – unter 50	1.840	56,8%	795	56,8%	184	10,0%	42	5,3%	142	13,6%	1.017	55,3%	629	79,1%	388	37,1%
50 – unter 60	1.289	56,3%	563	56,3%	88	6,8%	22	3,9%	66	9,1%	566	43,9%	349	62,0%	217	29,9%
60 – unter 65	528	63,1%	195	63,1%	22	4,2%	4	2,1%	18	5,4%	78	14,8%	54	27,7%	24	7,2%
18 – unter 65	9.174	60,3%	3.642	60,3%	706	7,7%	194	5,3%	512	9,3%	4.074	44,4%	2.581	70,9%	1.493	27,0%
davon:																
18 – unter 30	2.663	61,6%	1.022	61,6%	138	5,2%	49	4,8%	89	5,4%	1.153	43,3%	727	71,1%	426	26,0%
30 – unter 65	6.511	59,8%	2.620	59,8%	568	8,7%	145	5,5%	423	10,9%	2.921	44,9%	1.854	70,8%	1.067	27,4%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 8/2001: Sozialhilfe: Arbeitslose 2001 – Stadt Bremerhaven**  
Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.2001)			darunter: arbeitslos gemeldet					
	insg.	m.	w.	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	abs.	abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	664	273	391	220	33,1%	100	36,6%	120	30,7%
21 – unter 25	868	368	500	391	45,0%	234	63,6%	157	31,4%
25 – unter 30	1.097	437	660	496	45,2%	313	71,6%	183	27,7%
30 – unter 40	2.335	923	1.412	934	40,0%	607	65,8%	327	23,2%
40 – unter 50	1.686	720	966	786	46,6%	485	67,4%	301	31,2%
50 – unter 60	1.059	470	589	498	47,0%	294	62,6%	204	34,6%
60 – unter 65	616	247	369	125	20,3%	66	26,7%	59	16,0%
18 – unter 65	8.325	3.438	4.887	3.450	41,4%	2.099	61,1%	1.351	27,6%
davon:									
18 – unter 30	2.629	1.078	1.551	1.107	42,1%	647	60,0%	460	29,7%
30 – unter 65	5.696	2.360	3.336	2.343	41,1%	1.452	61,5%	891	26,7%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	37	5,6%	17	6,2%	20	5,1%	183	27,6%	83	30,4%	100	25,6%
21 – unter 25	147	16,9%	100	27,2%	47	9,4%	244	28,1%	134	36,4%	110	22,0%
25 – unter 30	234	21,3%	156	35,7%	78	11,8%	262	23,9%	157	35,9%	105	15,9%
30 – unter 40	424	18,2%	290	31,4%	134	9,5%	510	21,8%	317	34,3%	193	13,7%
40 – unter 50	365	21,6%	264	36,7%	101	10,5%	421	25,0%	221	30,7%	200	20,7%
50 – unter 60	241	22,8%	169	36,0%	72	12,2%	257	24,3%	125	26,6%	132	22,4%
60 – unter 65	25	4,1%	13	5,3%	12	3,3%	100	16,2%	53	21,5%	47	12,7%
18 – unter 65	1.473	17,7%	1.009	29,3%	464	9,5%	1.977	23,7%	1.090	31,7%	887	18,2%
davon:												
18 – unter 30	418	15,9%	273	25,3%	145	9,3%	689	26,2%	374	34,7%	315	20,3%
30 – unter 65	1.055	18,5%	736	31,2%	319	9,6%	1.288	22,6%	716	30,3%	572	17,1%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 8/2000: Sozialhilfe: Arbeitslose 2000 – Stadt Bremerhaven**  
Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.2000)			darunter: arbeitslos gemeldet					
	insg.	m.	w.	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	abs.	abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	598	250	348	180	30,1%	96	38,4%	84	24,1%
21 – unter 25	793	310	483	376	47,4%	226	72,9%	150	31,1%
25 – unter 30	1.039	396	643	434	41,8%	280	70,7%	154	24,0%
30 – unter 40	2.302	884	1.418	959	41,7%	627	70,9%	332	23,4%
40 – unter 50	1.703	723	980	815	47,9%	493	68,2%	322	32,9%
50 – unter 60	1.094	471	623	511	46,7%	291	61,8%	220	35,3%
60 – unter 65	575	234	341	101	17,6%	61	26,1%	40	11,7%
18 – unter 65	8.104	3.268	4.836	3.376	41,7%	2.074	63,5%	1.302	26,9%
davon:									
18 – unter 30	2.430	956	1.474	990	40,7%	602	63,0%	388	26,3%
30 – unter 65	5.674	2.312	3.362	2.386	42,1%	1.472	63,7%	914	27,2%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	18	3,0%	10	4,0%	8	2,3%	162	27,1%	86	34,4%	76	21,8%
21 – unter 25	120	15,1%	71	22,9%	49	10,1%	256	32,3%	155	50,0%	101	20,9%
25 – unter 30	184	17,7%	125	31,6%	59	9,2%	250	24,1%	155	39,1%	95	14,8%
30 – unter 40	439	19,1%	288	32,6%	151	10,6%	520	22,6%	339	38,3%	181	12,8%
40 – unter 50	363	21,3%	264	36,5%	99	10,1%	452	26,5%	229	31,7%	223	22,8%
50 – unter 60	264	24,1%	183	38,9%	81	13,0%	247	22,6%	108	22,9%	139	22,3%
60 – unter 65	27	4,7%	14	6,0%	13	3,8%	74	12,9%	47	20,1%	27	7,9%
18 – unter 65	1.415	17,5%	955	29,2%	460	9,5%	1.961	24,2%	1.119	34,2%	842	17,4%
davon:												
18 – unter 30	322	13,3%	206	21,5%	116	7,9%	668	27,5%	396	41,4%	272	18,5%
30 – unter 65	1.093	19,3%	749	32,4%	344	10,2%	1.293	22,8%	723	31,3%	570	17,0%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2000 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 8/1999: Sozialhilfe: Arbeitslose 1999 – Stadt Bremerhaven**  
Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.1999)			darunter: arbeitslos gemeldet					
	insg.	m.	w.	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	abs.	abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	611	231	380	176	28,8%	94	40,7%	82	21,6%
21 – unter 25	844	331	513	404	47,9%	239	72,2%	165	32,2%
25 – unter 30	1.083	412	671	481	44,4%	315	76,5%	166	24,7%
30 – unter 40	2.483	919	1.564	1.001	40,3%	640	69,6%	361	23,1%
40 – unter 50	1.713	739	974	851	49,7%	533	72,1%	318	32,6%
50 – unter 60	1.175	509	666	519	44,2%	304	59,7%	215	32,3%
60 – unter 65	551	222	329	112	20,3%	76	34,2%	36	10,9%
18 – unter 65	8.460	3.363	5.097	3.544	41,9%	2.201	65,4%	1.343	26,3%
davon:									
18 – unter 30	2.538	974	1.564	1.061	41,8%	648	66,5%	413	26,4%
30 – unter 65	5.922	2.389	3.533	2.483	41,9%	1.553	65,0%	930	26,3%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	51	8,3%	27	11,7%	24	6,3%	125	20,5%	67	29,0%	58	15,3%
21 – unter 25	227	26,9%	137	41,4%	90	17,5%	177	21,0%	102	30,8%	75	14,6%
25 – unter 30	295	27,2%	209	50,7%	86	12,8%	186	17,2%	106	25,7%	80	11,9%
30 – unter 40	553	22,3%	378	41,1%	175	11,2%	448	18,0%	262	28,5%	186	11,9%
40 – unter 50	453	26,4%	322	43,6%	131	13,4%	398	23,2%	211	28,6%	187	19,2%
50 – unter 60	289	24,6%	192	37,7%	97	14,6%	230	19,6%	112	22,0%	118	17,7%
60 – unter 65	50	9,1%	35	15,8%	15	4,6%	62	11,3%	41	18,5%	21	6,4%
18 – unter 65	1.918	22,7%	1.300	38,7%	618	12,1%	1.626	19,2%	901	26,8%	725	14,2%
davon:												
18 – unter 30	573	22,6%	373	38,3%	200	12,8%	488	19,2%	275	28,2%	213	13,6%
30 – unter 65	1.345	22,7%	927	38,8%	418	11,8%	1.138	19,2%	626	26,2%	512	14,5%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 8/1998: Sozialhilfe: Arbeitslose 1998 – Stadt Bremerhaven**  
Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit/ohne Leistung nach dem SGB III

Alter (Jahre)	Empfänger/innen (31.12.1998)			darunter: arbeitslos gemeldet					
	insg.	m.	w.	insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	abs.	abs.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	599	236	363	159	26,5%	84	35,6%	75	20,7%
21 – unter 25	822	344	478	448	54,5%	287	83,4%	161	33,7%
25 – unter 30	1.242	442	800	546	44,0%	356	80,5%	190	23,8%
30 – unter 40	2.854	1.067	1.787	1.260	44,1%	822	77,0%	438	24,5%
40 – unter 50	1.840	795	1.045	1.017	55,3%	629	79,1%	388	37,1%
50 – unter 60	1.289	563	726	566	43,9%	349	62,0%	217	29,9%
60 – unter 65	528	195	333	78	14,8%	54	27,7%	24	7,2%
18 – unter 65	9.174	3.642	5.532	4.074	44,4%	2.581	70,9%	1.493	27,0%
davon:									
18 – unter 30	2.663	1.022	1.641	1.153	43,3%	727	71,1%	426	26,0%
30 – unter 65	6.511	2.620	3.891	2.921	44,9%	1.854	70,8%	1.067	27,4%

Alter (Jahre)	arbeitslos gemeldet mit SGB III-Leistung						arbeitslos gemeldet ohne SGB III-Leistung					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.	abs.	in v.H.
18 – unter 21	48	8,0%	24	10,2%	24	6,6%	111	18,5%	60	25,4%	51	14,0%
21 – unter 25	299	36,4%	193	56,1%	106	22,2%	149	18,1%	94	27,3%	55	11,5%
25 – unter 30	343	27,6%	230	52,0%	113	14,1%	203	16,3%	126	28,5%	77	9,6%
30 – unter 40	708	24,8%	510	47,8%	198	11,1%	552	19,3%	312	29,2%	240	13,4%
40 – unter 50	543	29,5%	397	49,9%	146	14,0%	474	25,8%	232	29,2%	242	23,2%
50 – unter 60	317	24,6%	215	38,2%	102	14,0%	249	19,3%	134	23,8%	115	15,8%
60 – unter 65	35	6,6%	24	12,3%	11	3,3%	43	8,1%	30	15,4%	13	3,9%
18 – unter 65	2.293	25,0%	1.593	43,7%	700	12,7%	1.781	19,4%	988	27,1%	793	14,3%
davon:												
18 – unter 30	690	25,9%	447	43,7%	243	14,8%	463	17,4%	280	27,4%	183	11,2%
30 – unter 65	1.603	24,6%	1.146	43,7%	457	11,7%	1.318	20,2%	708	27,0%	610	15,7%

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Tabelle 9/2001: Erwerbstätige Sozialhilfeempfänger/innen\* in den 16 Bundesländern**  
 sortiert nach dem Anteil der erwerbstätigen HLU-Empfänger/innen an den HLU-Empfänger/innen im Alter von 16 bis unter 65 Jahren insgesamt

Land	HLU-Empfänger/innen**			darunter: erwerbstätige HLU-Empfänger/innen					
	insges.	Männer	Frauen	insgesamt	Männer		Frauen		
1 Hamburg	69.780	30.870	38.910	9.702	13,9%	4.276	13,9%	5.426	13,9%
2 Schleswig-Holstein	64.734	25.721	39.013	7.384	11,4%	2.585	10,1%	4.799	12,3%
3 Bremen	34.727	14.031	20.696	3.926	11,3%	1.296	9,2%	2.630	12,7%
Bremen Stadt	26.402	10.593	15.809	3.180	12,0%	1.028	9,7%	2.152	13,6%
Bremerhaven	8.325	3.438	4.887	746	9,0%	268	7,8%	478	9,8%
4 Hessen	127.552	52.210	75.342	14.333	11,2%	5.837	11,2%	8.496	11,3%
5 Rheinland-Pfalz	53.152	19.637	33.515	5.833	11,0%	1.913	9,7%	3.920	11,7%
6 Baden-Württemberg	113.082	43.323	69.759	12.284	10,9%	3.814	8,8%	8.470	12,1%
7 Niedersachsen	164.094	64.396	99.698	16.930	10,3%	5.977	9,3%	10.953	11,0%
8 Sachsen	67.903	27.221	40.682	6.585	9,7%	2.854	10,5%	3.731	9,2%
9 Nordrhein-Westfalen	359.048	133.408	225.640	32.270	9,0%	10.064	7,5%	22.206	9,8%
10 Bayern	116.919	45.570	71.349	10.250	8,8%	3.446	7,6%	6.804	9,5%
11 Saarland	25.419	9.661	15.758	2.162	8,5%	758	7,8%	1.404	8,9%
12 Mecklenburg-Vorpommern	34.078	14.884	19.194	2.219	6,5%	885	5,9%	1.334	7,0%
13 Brandenburg	39.577	17.172	22.405	2.448	6,2%	1.089	6,3%	1.359	6,1%
14 Berlin	160.071	75.417	84.654	9.555	6,0%	4.652	6,2%	4.903	5,8%
15 Sachsen-Anhalt	51.436	22.053	29.383	3.057	5,9%	1.192	5,4%	1.865	6,3%
16 Thüringen	28.535	11.489	17.046	1.672	5,9%	720	6,3%	952	5,6%
Bundesrepublik Deutschland	1.510.107	607.063	903.044	140.610	9,3%	51.358	8,5%	89.252	9,9%
Westdeutschland	1.128.507	438.827	689.680	115.074	10,2%	39.966	9,1%	75.108	10,9%
Ostdeutschland (mit Berlin)	381.600	168.236	213.364	25.536	6,7%	11.392	6,8%	14.144	6,6%

\*erwerbstätige Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (18 - unter 65 Jahre)  
 \*\*Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (18 - unter 65 Jahre)  
 Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

**Tabelle 10/2001: Registrierte Arbeitslose\* und arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfänger/innen\*\* in den 16 Bundesländern**  
 sortiert nach Anteil der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger/innen an den registrierten Arbeitslosen

Land	Arbeitslose (registriert)				HLU-Empfänger/innen: arbeitslos gemeldet					
	Quote***	insges.	Männer	Frauen	insgesamt	Männer		Frauen		
1 Bremen	13,4%	39.302	23.620	15.682	13.759	35,0%	8.384	35,5%	5.375	34,3%
Bremen Stadt	12,4%	30.000	17.896	12.104	10.300	34,3%	6.279	35,1%	4.021	33,2%
Bremerhaven	17,7%	9.302	5.724	3.578	3.459	37,2%	2.105	36,8%	1.354	37,8%
2 Berlin	18,2%	278.116	162.051	116.065	94.505	34,0%	53.997	33,3%	40.508	34,9%
3 Hamburg	9,6%	72.892	44.101	28.791	19.146	26,3%	10.907	24,7%	8.239	28,6%
4 Hessen	7,6%	207.134	116.957	90.177	54.022	26,1%	31.203	26,7%	22.819	25,3%
5 Saarland	9,7%	44.818	26.493	18.325	11.028	24,6%	6.116	23,1%	4.912	26,8%
6 Schleswig-Holstein	9,9%	122.962	72.395	50.567	26.104	21,2%	15.614	21,6%	10.490	20,7%
7 Niedersachsen	10,2%	358.386	201.400	156.986	67.596	18,9%	38.748	19,2%	28.848	18,4%
8 Nordrhein-Westfalen	9,9%	797.651	462.091	335.560	147.435	18,5%	80.486	17,4%	66.949	20,0%
9 Baden-Württemberg	5,8%	280.869	148.403	132.466	45.026	16,0%	24.827	16,7%	20.199	15,2%
10 Rheinland-Pfalz	7,9%	141.710	78.721	62.989	20.335	14,3%	10.907	13,9%	9.428	15,0%
11 Sachsen-Anhalt	20,2%	254.925	125.701	129.224	33.809	13,3%	16.794	13,4%	17.015	13,2%
12 Mecklenburg-Vorpommern	19,6%	167.415	85.242	82.173	21.756	13,0%	11.123	13,0%	10.633	12,9%
13 Bayern	6,6%	369.131	202.266	166.865	46.713	12,7%	25.339	12,5%	21.374	12,8%
14 Brandenburg	18,6%	231.552	116.912	114.640	25.761	11,1%	12.969	11,1%	12.792	11,2%
15 Sachsen	19,2%	402.061	199.657	202.404	38.326	9,5%	19.341	9,7%	18.985	9,4%
16 Thüringen	16,6%	194.579	93.721	100.858	17.167	8,8%	8.627	9,2%	8.540	8,5%
Bundesrepublik Deutschland	10,6%	3.963.503	2.159.731	1.803.772	682.488	17,2%	375.382	17,4%	307.106	17,0%
Westdeutschland	8,3%	2.434.855	1.376.447	1.058.408	451.164	18,5%	252.531	18,3%	198.633	18,8%
Ostdeutschland (mit Berlin)	18,7%	1.528.648	783.284	745.364	231.324	15,1%	122.851	15,7%	108.473	14,6%

\*ohne arbeitslose, aber nicht als Arbeitslose registrierte Leistungsempfänger/innen  
 \*\*arbeitslos gemeldete Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (15 - unter 65 Jahre)  
 \*\*\*nachrichtlich: Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Männer und Frauen zusammen)  
 Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

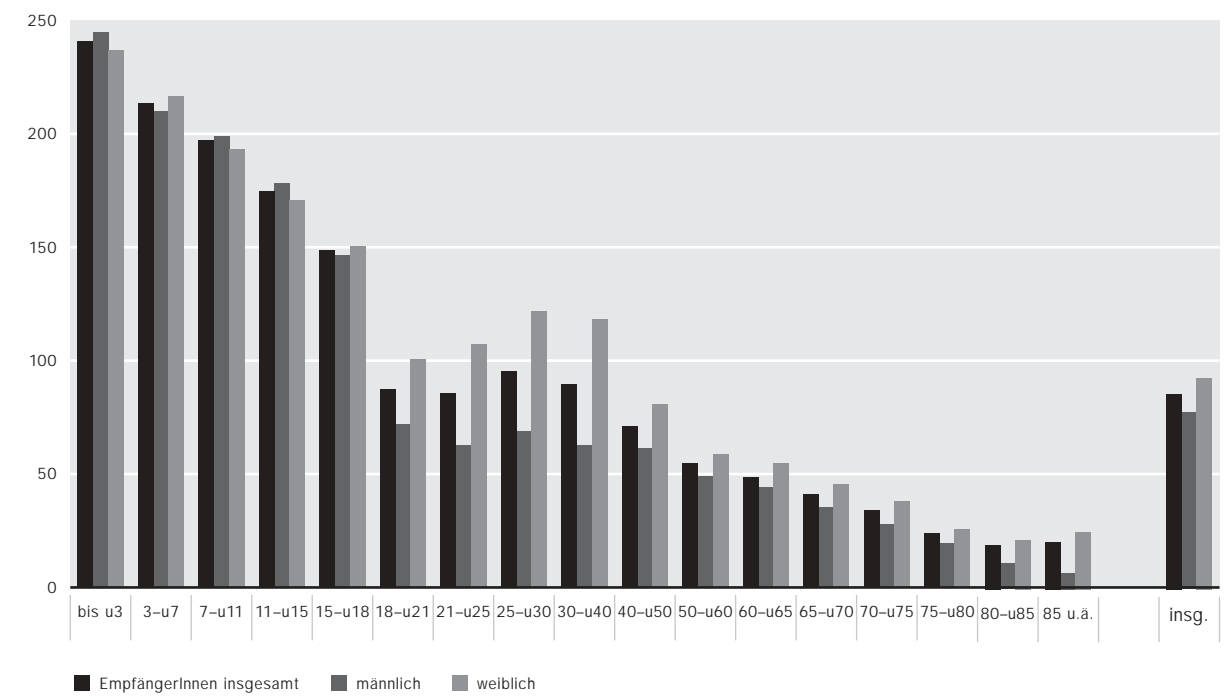
**Tabelle 11/2001: Arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfänger/innen mit Leistungen nach dem SGB III\* in den 16 Bundesländern** sortiert nach Anteil der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger/innen mit SGB III-Leistung an den arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger/innen

Land	arbeitslos gemeldete Empfänger/innen von lfd. Hilfe z. Lebensunterhalt außerhalb v. Einrichtungen								
	zusammen			darunter: mit SGB III-Leistung					
	insges.	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
1 Bremen	13.705	8.353	5.352	6.183	45,1%	3.814	45,7%	2.369	44,3%
Bremen Stadt	10.255	6.254	4.001	4.710	45,9%	2.805	44,9%	1.905	47,6%
Bremerhaven	3.450	2.099	1.351	1.473	42,7%	1.009	48,1%	464	34,3%
2 Brandenburg	25.651	12.922	12.729	10.478	40,8%	4.613	35,7%	5.865	46,1%
3 Berlin	94.049	53.769	40.280	37.322	39,7%	20.731	38,6%	16.591	41,2%
4 Mecklenburg-Vorpommern	21.618	11.053	10.565	8.425	39,0%	3.761	34,0%	4.664	44,1%
5 Sachsen	38.180	19.277	18.903	14.641	38,3%	6.811	35,3%	7.830	41,4%
6 Saarland	10.883	6.043	4.840	4.063	37,3%	2.607	43,1%	1.456	30,1%
7 Niedersachsen	67.253	38.586	28.667	24.944	37,1%	15.127	39,2%	9.817	34,2%
8 Sachsen-Anhalt	33.615	16.698	16.917	12.153	36,2%	5.074	30,4%	7.079	41,8%
9 Thüringen	17.092	8.593	8.499	5.690	33,3%	2.452	28,5%	3.238	38,1%
10 Rheinland-Pfalz	20.140	10.815	9.325	6.567	32,6%	3.847	35,6%	2.720	29,2%
11 Hamburg	19.103	10.882	8.221	6.171	32,3%	3.660	33,6%	2.511	30,5%
12 Hessen	53.588	30.969	22.619	17.085	31,9%	10.350	33,4%	6.735	29,8%
13 Nordrhein-Westfalen	146.912	80.202	66.710	46.355	31,6%	29.093	36,3%	17.262	25,9%
14 Schleswig-Holstein	25.898	15.508	10.390	7.729	29,8%	4.803	31,0%	2.926	28,2%
15 Bayern	46.378	25.163	21.215	12.531	27,0%	6.284	25,0%	6.247	29,4%
16 Baden-Württemberg	44.849	24.728	20.121	11.361	25,3%	5.958	24,1%	5.403	26,9%
Bundesrepublik Deutschland	678.914	373.561	305.353	231.698	34,1%	128.985	34,5%	102.713	33,6%
Westdeutschland	448.709	251.249	197.460	142.989	31,9%	85.543	34,0%	57.446	29,1%
Ostdeutschland (mit Berlin)	230.205	122.312	107.893	88.709	38,5%	43.442	35,5%	45.267	42,0%

\*arbeitslos gemeldete Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (18 - unter 65 Jahre)

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

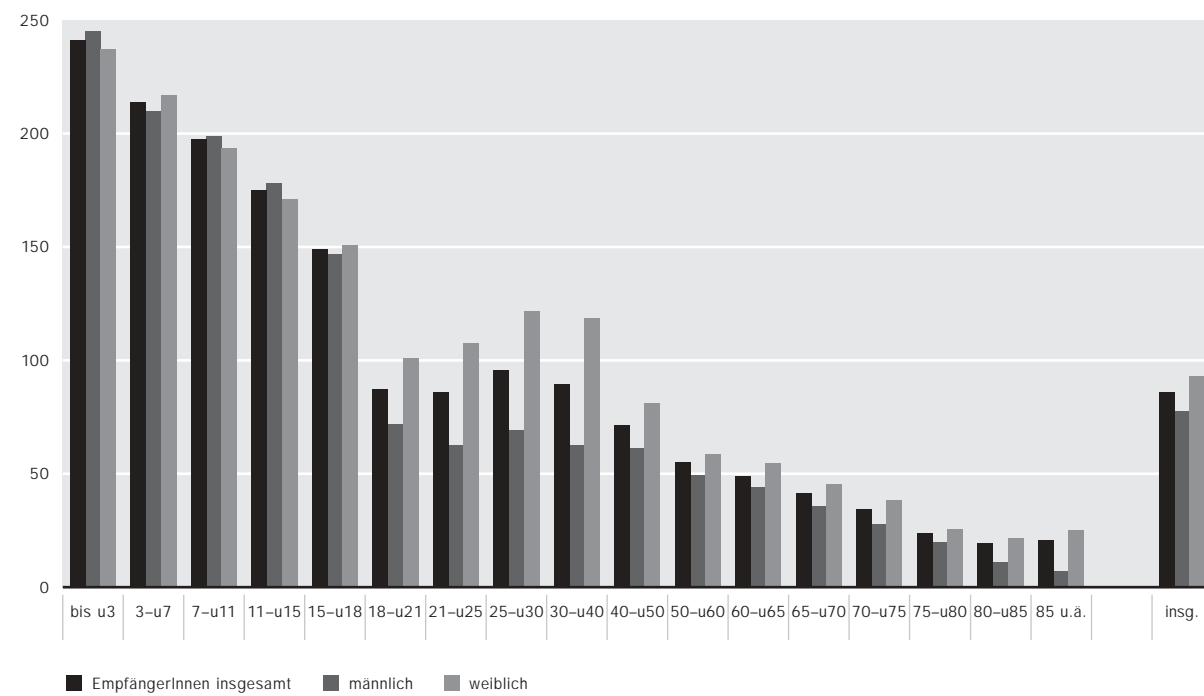
**Abbildung 1/2001: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen und Geschlecht**  
Stadt Bremen EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

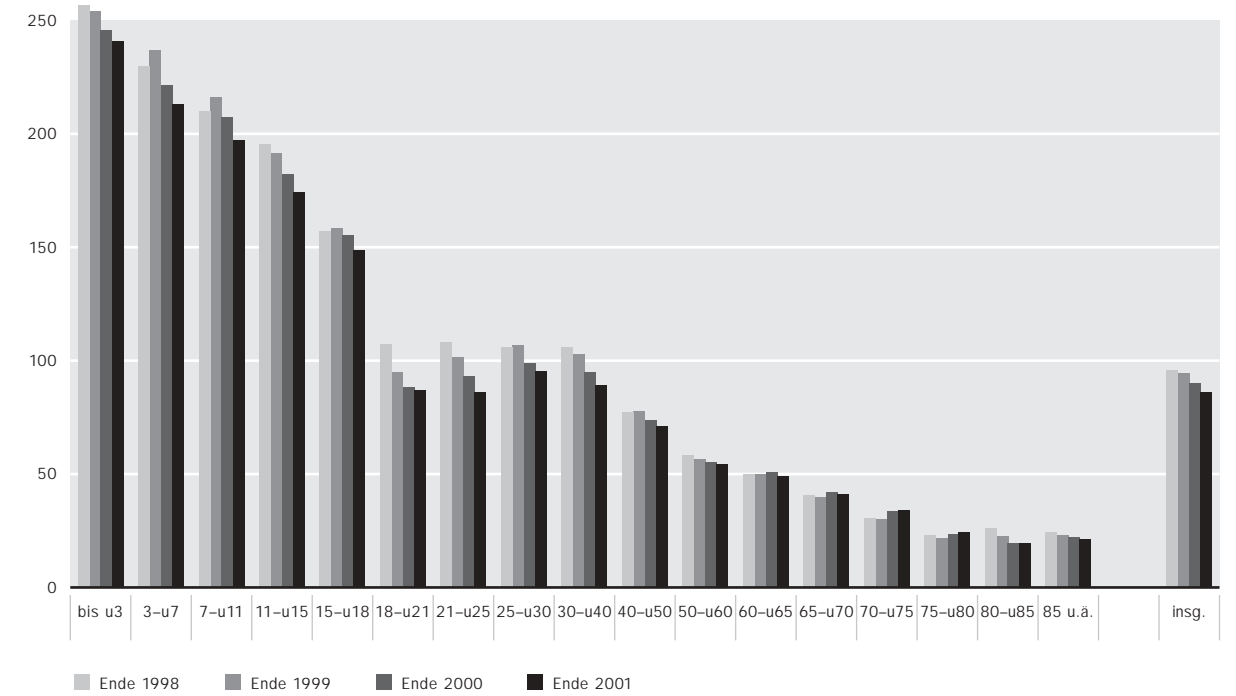


**Abbildung 1/2001: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen und Geschlecht  
Stadt Bremen EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 2001)**



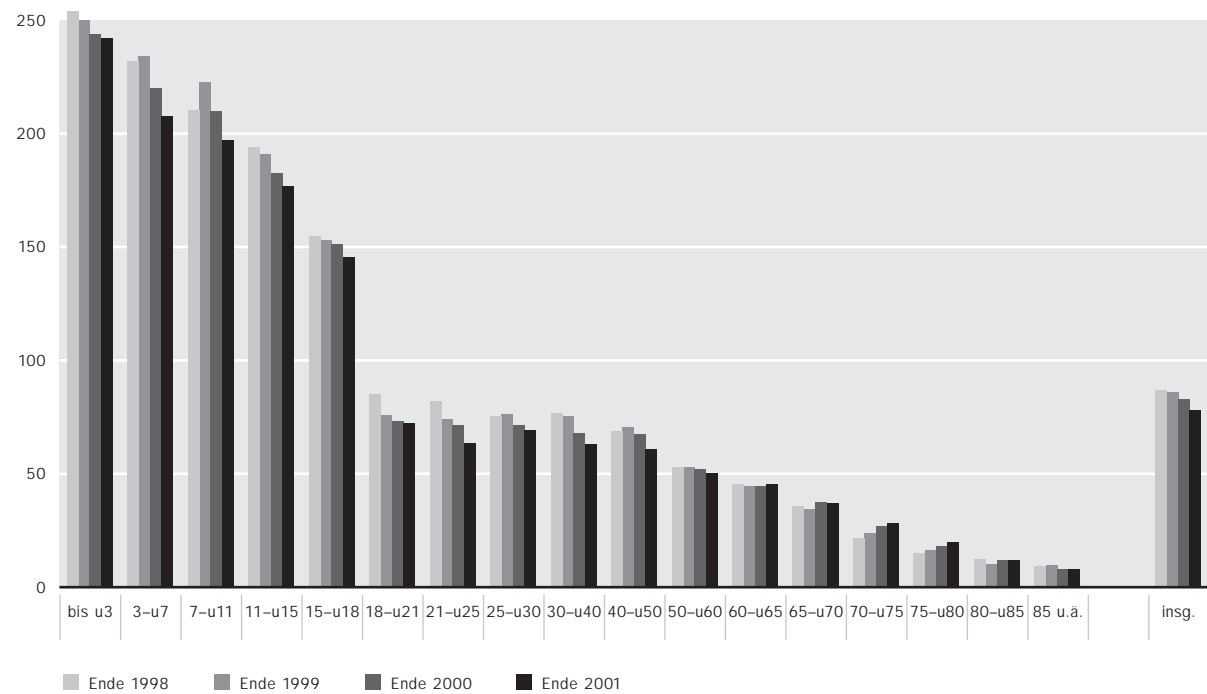
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 1/1998-2001g: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen – Stadt Bremen  
EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)**



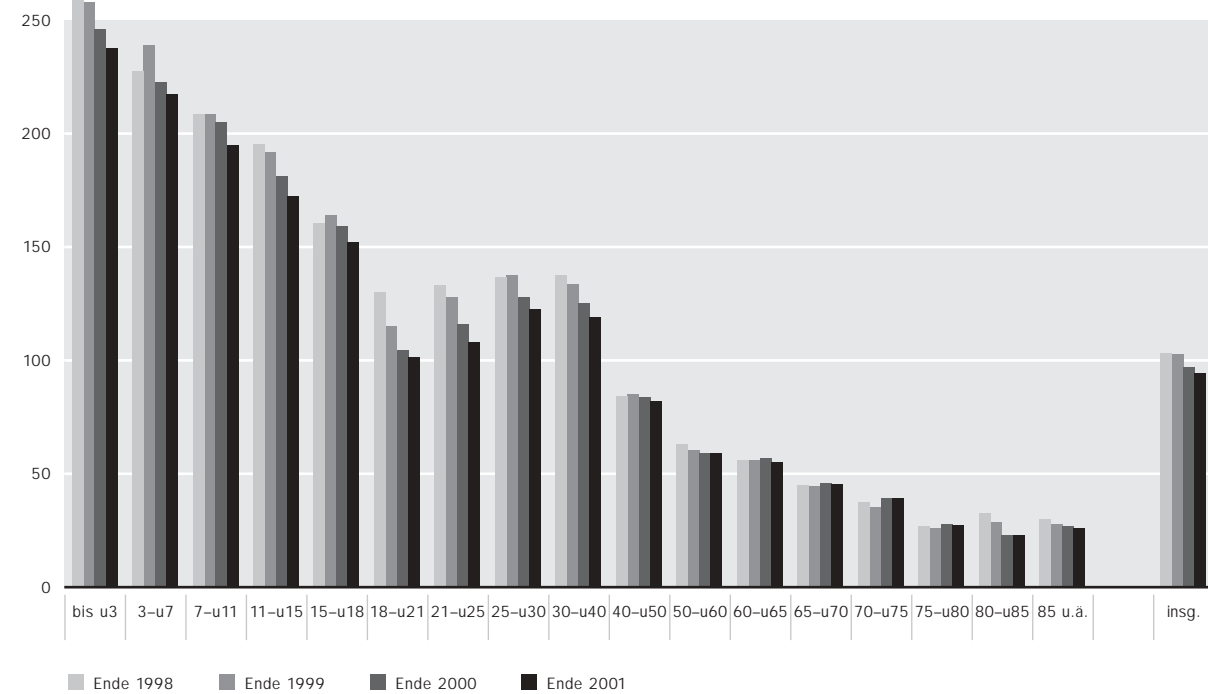
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 1/1998–2001m: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen  
Stadt Bremen (männlich) Empfänger pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)**



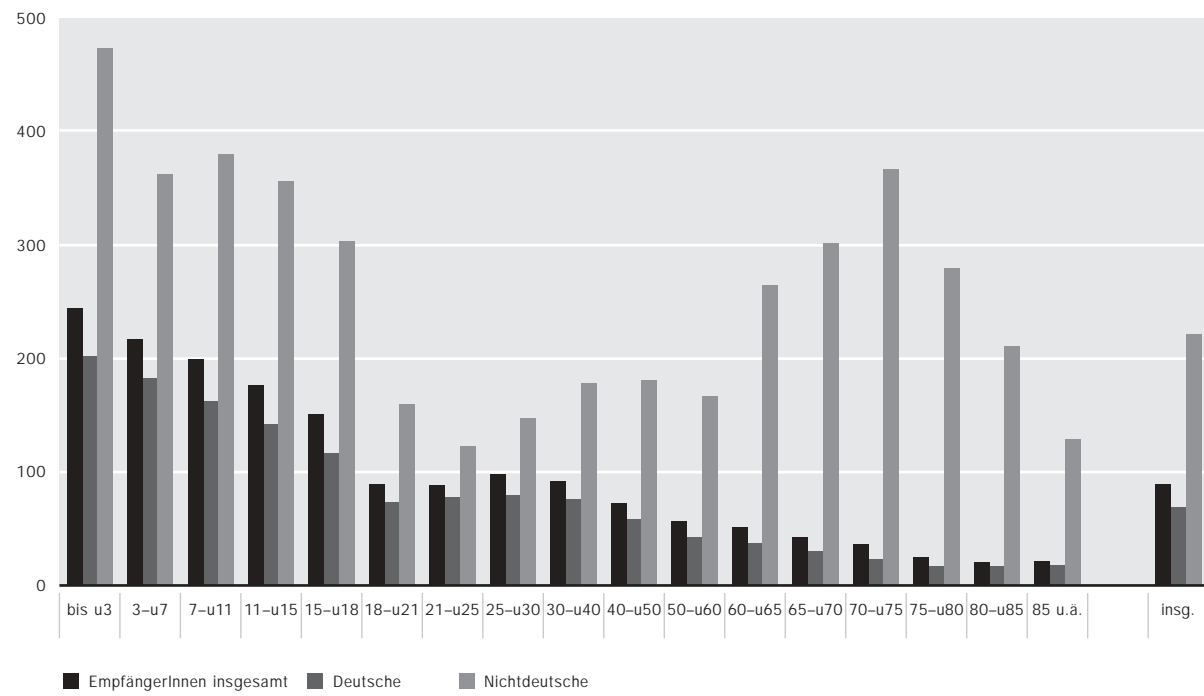
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 1/1998–2001g: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen  
Stadt Bremen (weiblich) EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)**



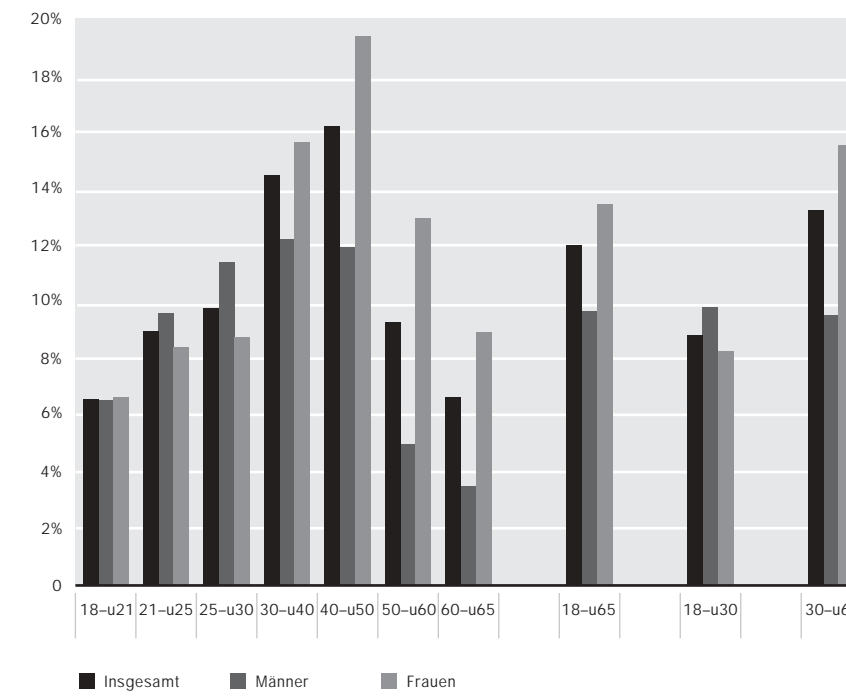
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 2/2001: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit  
Stadt Bremen EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)**



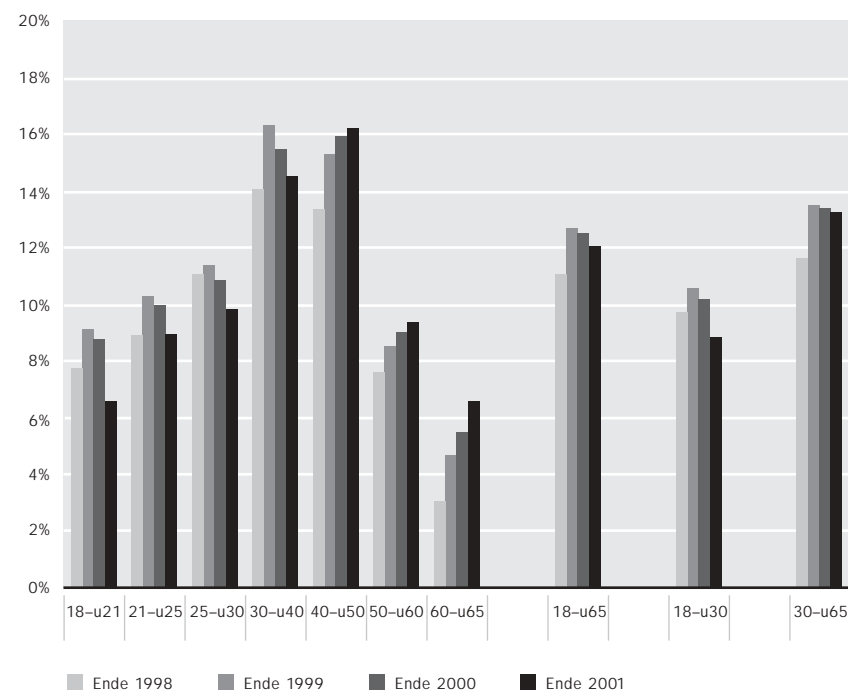
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 3/2001: Erwerbstätige SozialhilfeempfängerInnen – Stadt Bremen  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)**



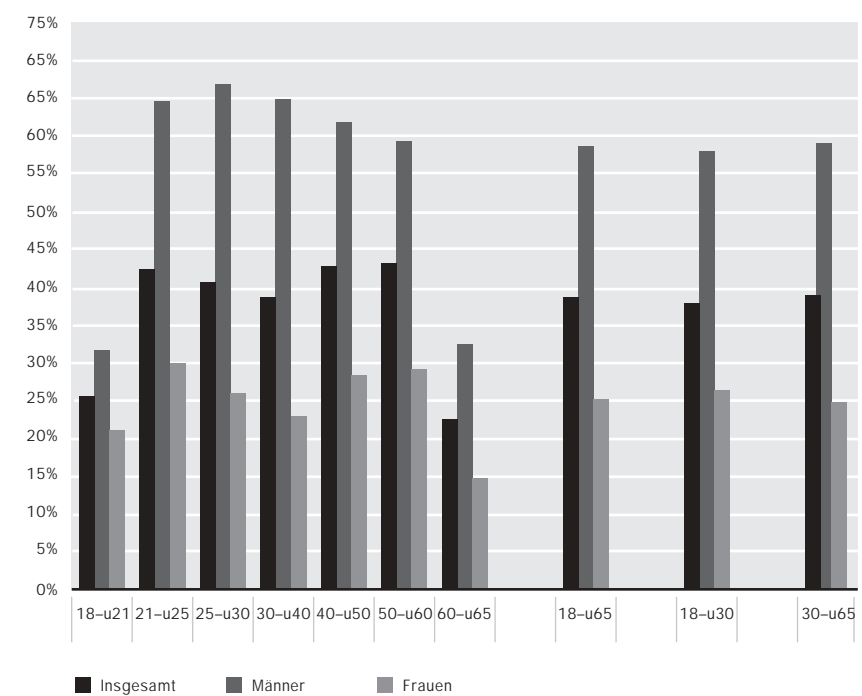
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 3/ 1998–2001: Erwerbstätige SozialhilfeempfängerInnen – Stadt Bremen**  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



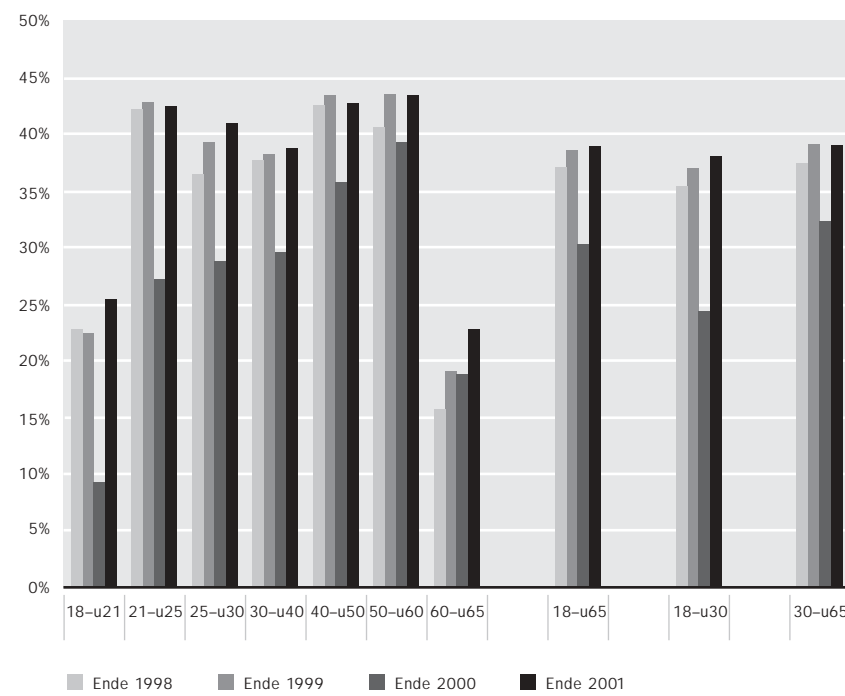
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 4/ 2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen – Stadt Bremen**  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



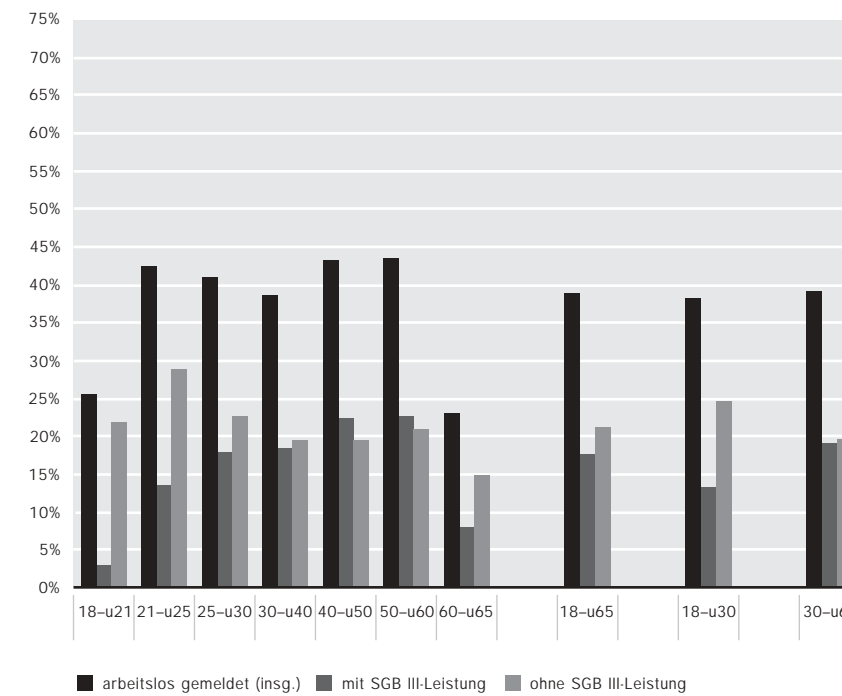
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 4 / 1998–2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen  
Stadt Bremen**  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



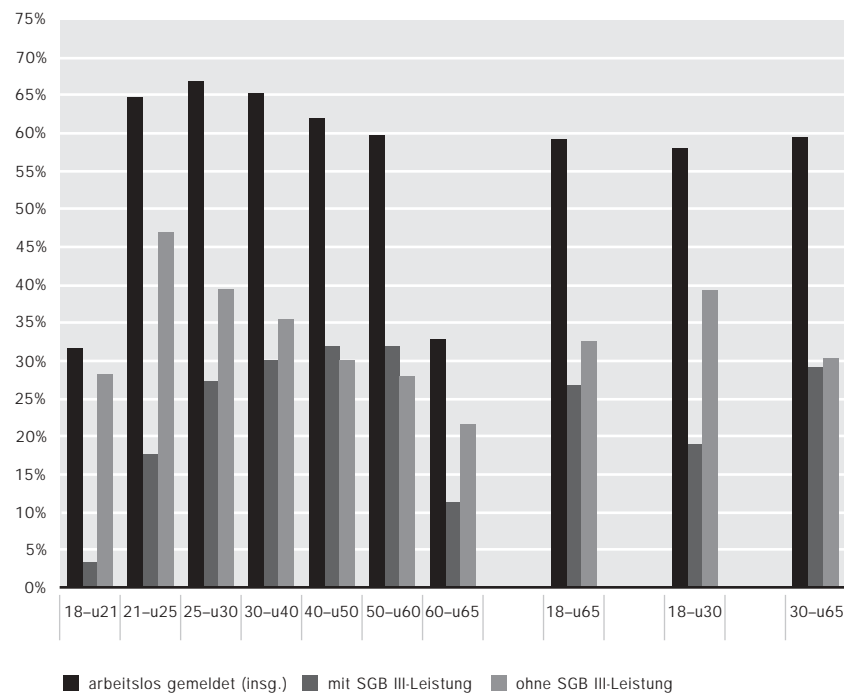
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 5 / 2001g: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit bzw. ohne  
SGB III-Leistung – Stadt Bremen (Männer und Frauen zusammen)**  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



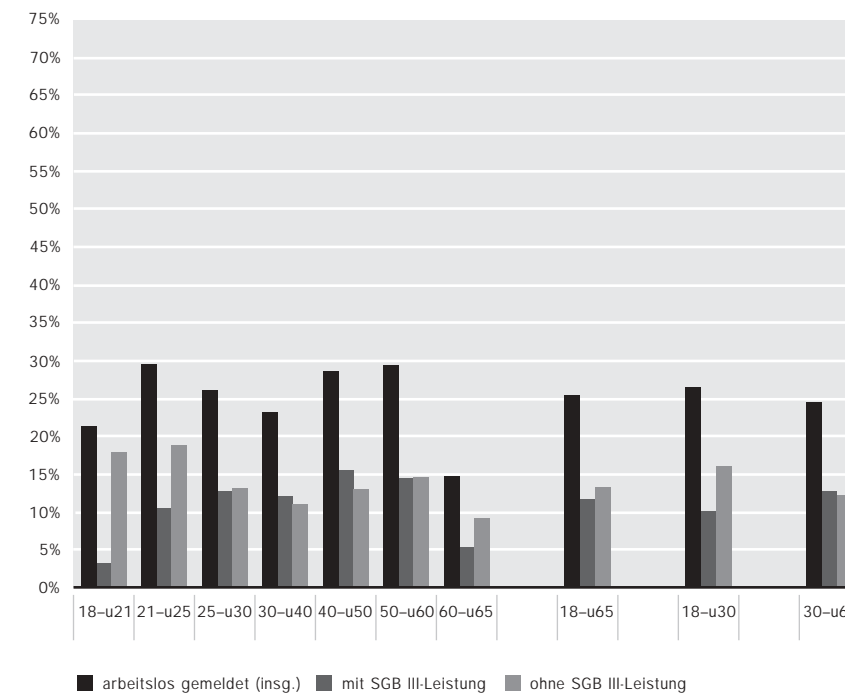
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 5/2001m: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit bzw. ohne SGB III-Leistung – Stadt Bremen (Männer)**  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



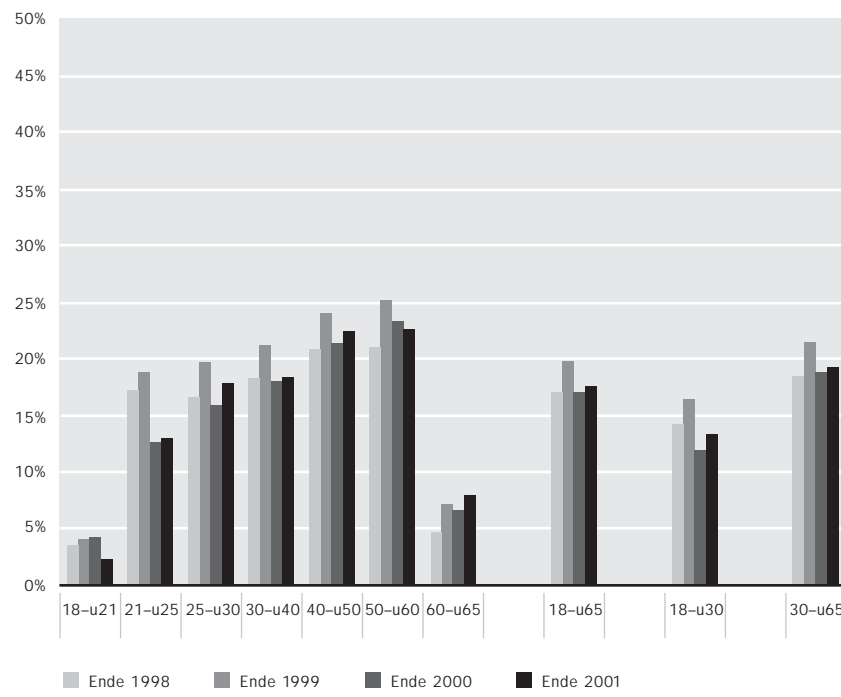
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 5/2001w: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit bzw. ohne SGB III-Leistung – Stadt Bremen (Frauen)**  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



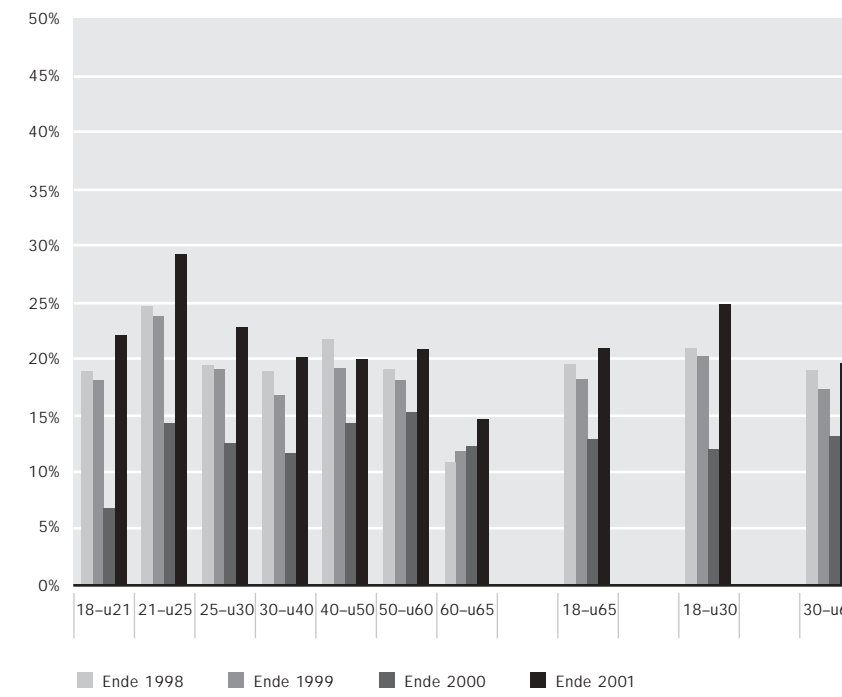
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 5a/ 1998–2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit SGB III-Leistung – Stadt Bremen (Männer und Frauen zusammen)**  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



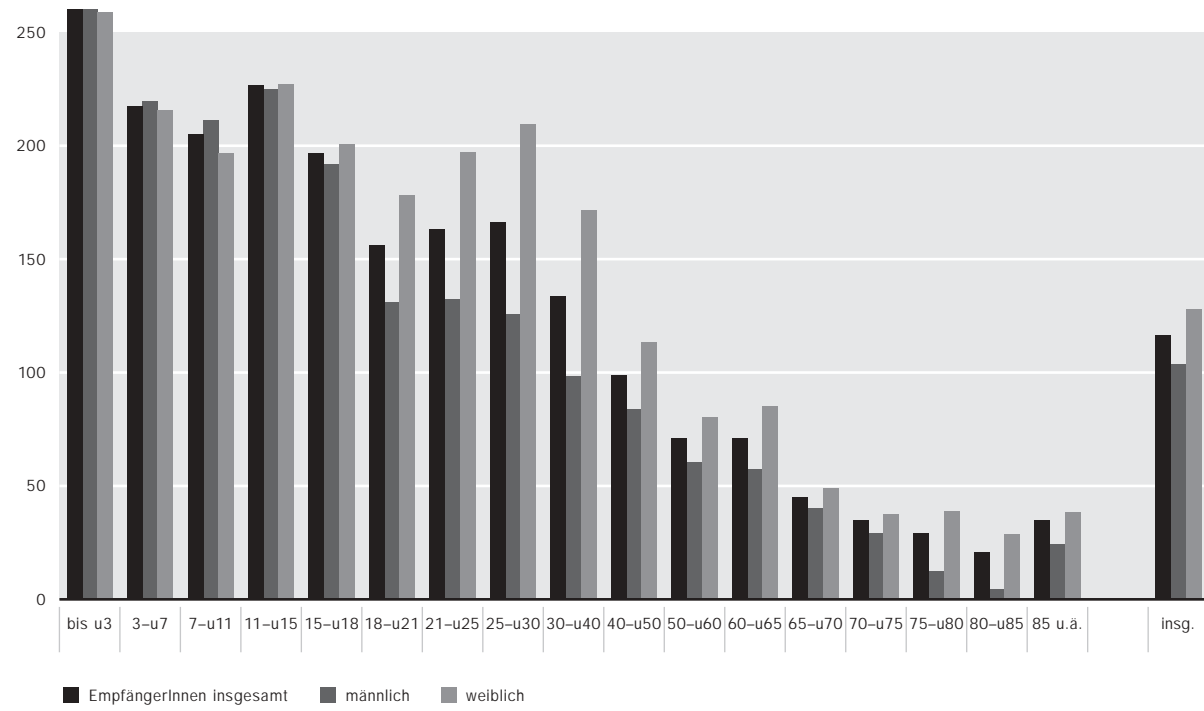
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 5b/ 1998–2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen ohne SGB III-Leistung – Stadt Bremen (Männer und Frauen zusammen)**  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



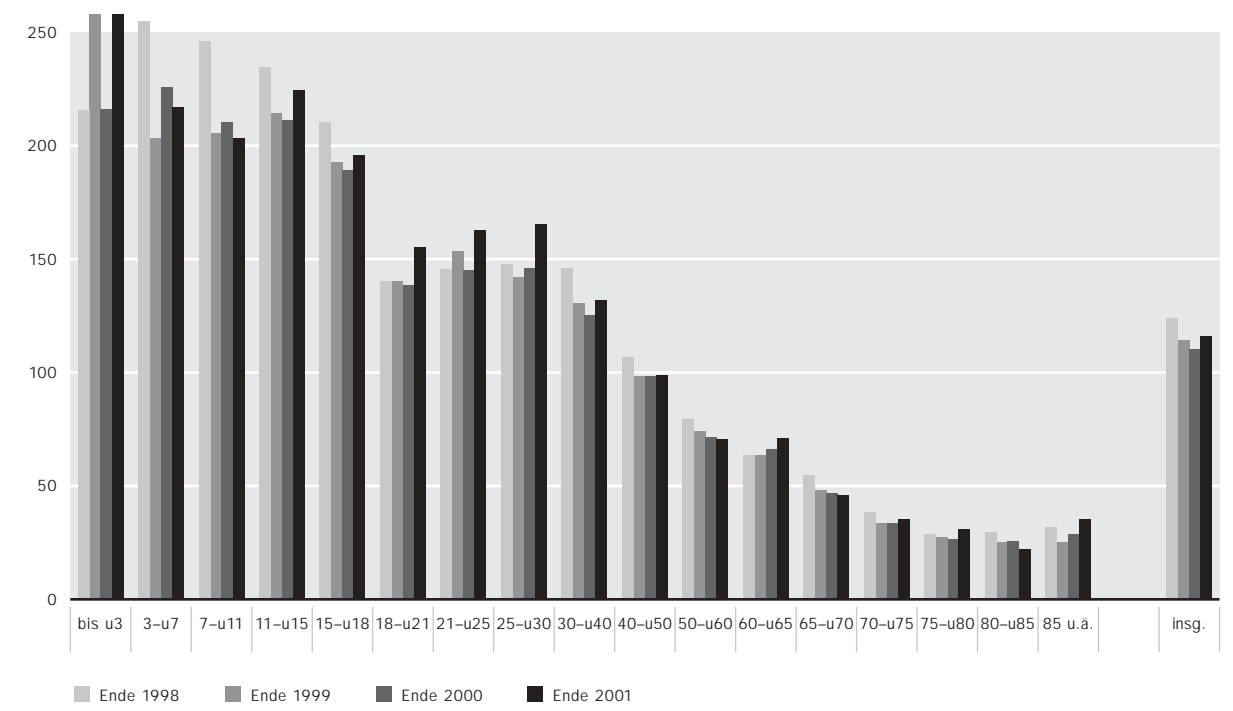
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 6/2001: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen und Geschlecht  
Stadt Bremerhaven EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 2001)**



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

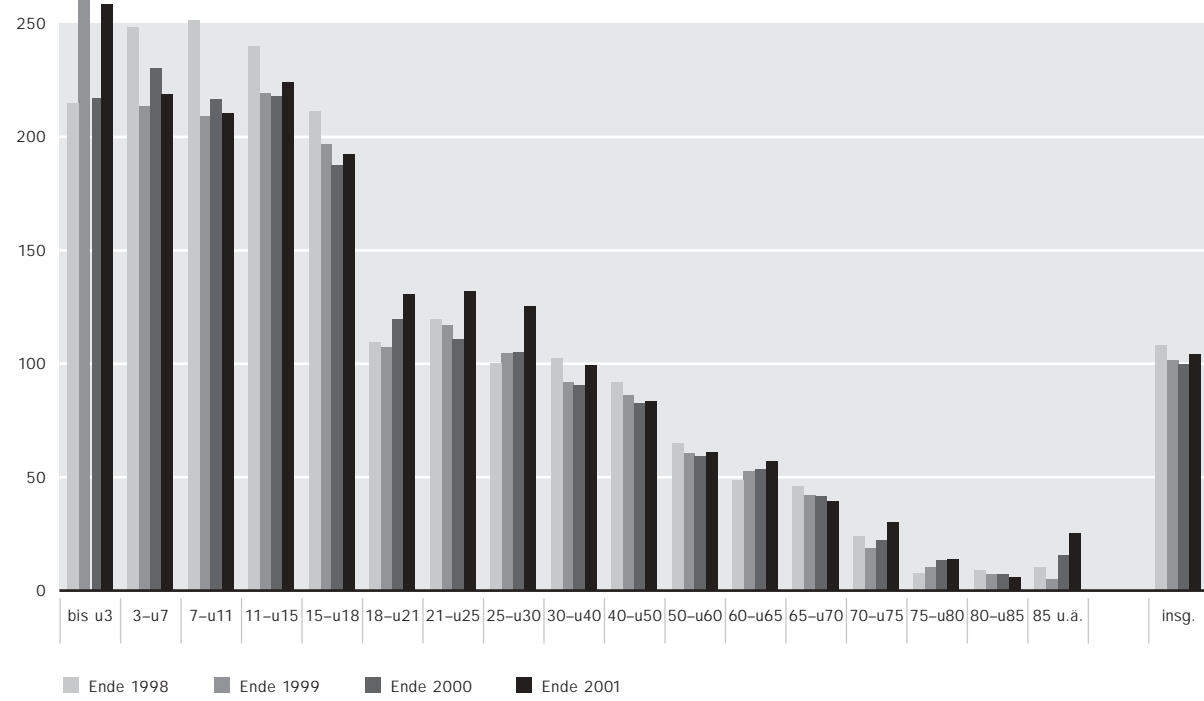
**Abbildung 6/1998-2001g: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen – Stadt Bremerhaven  
EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)**



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

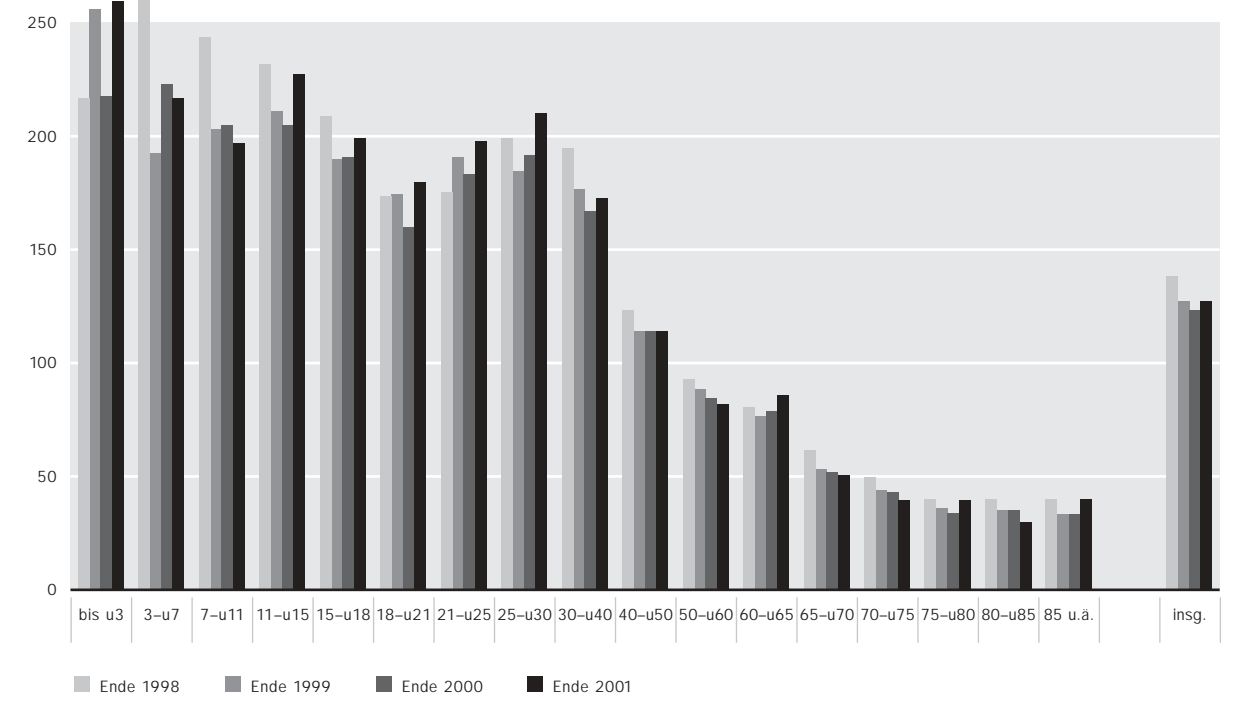


**Abbildung 6 / 1998–2001m: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen**  
**Stadt Bremerhaven (männlich)** Empfänger pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)



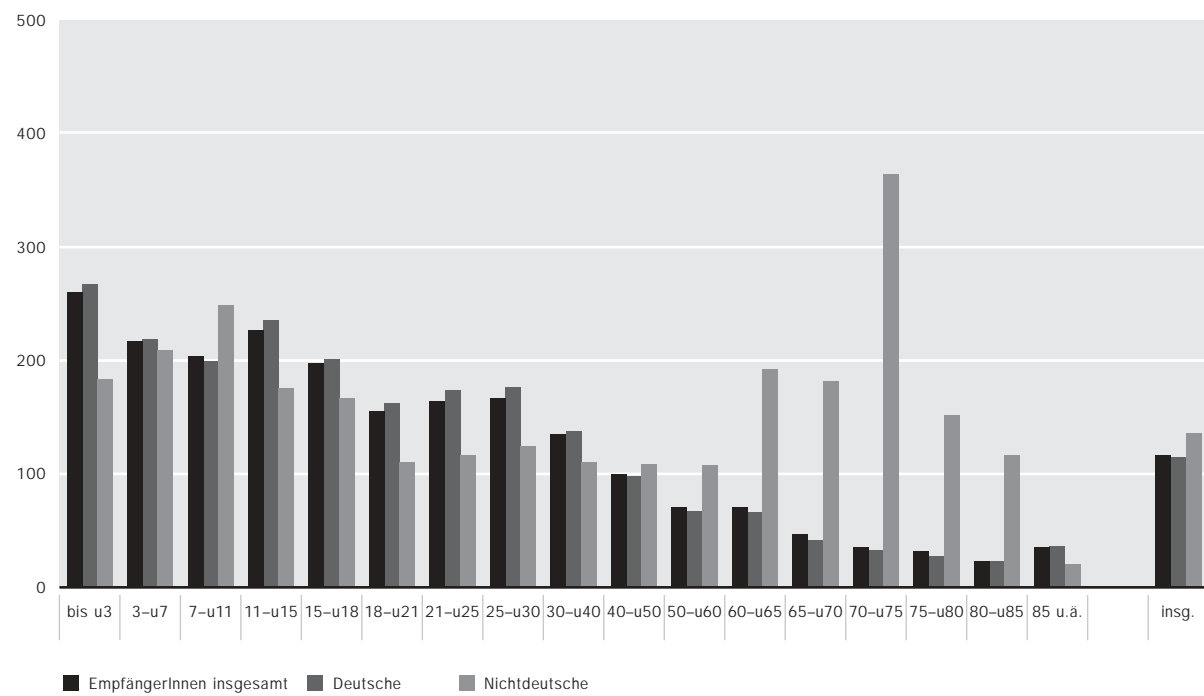
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 6 / 1998–2001w: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen**  
**Stadt Bremerhaven (weiblich)** Empfänger pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)



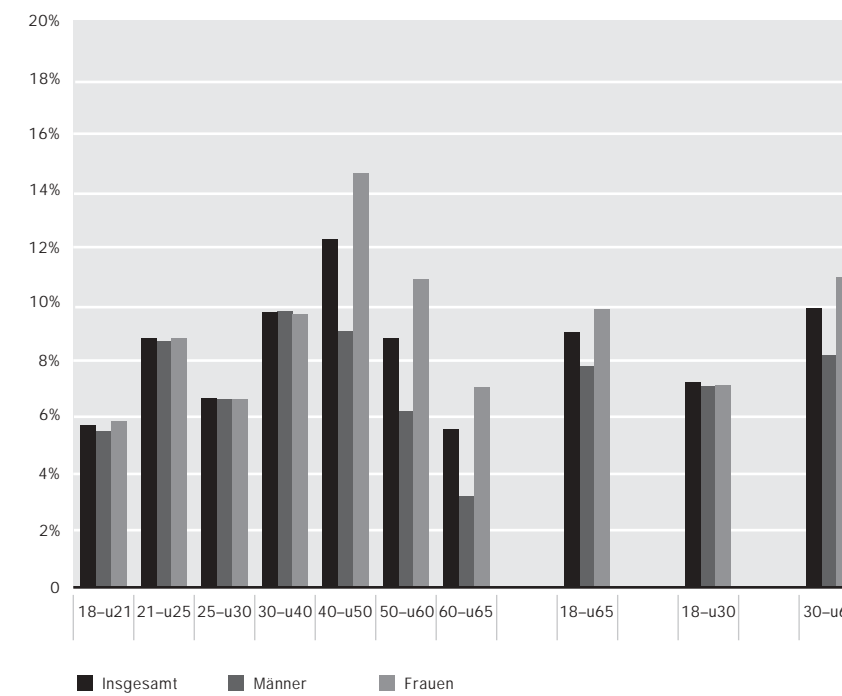
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 7/2001: Sozialhilfedichte nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit  
Stadt Bremerhaven** EmpfängerInnen pro 1.000 Einwohner (Ende 1998 bis Ende 2001)



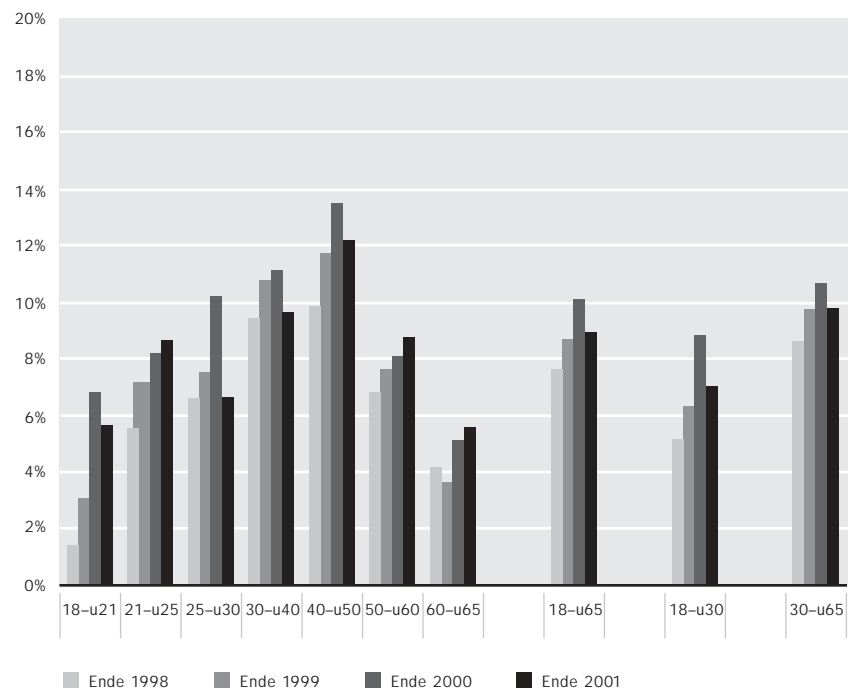
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 8/2001: Erwerbstätige SozialhilfeempfängerInnen in der Stadt Bremerhaven**  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



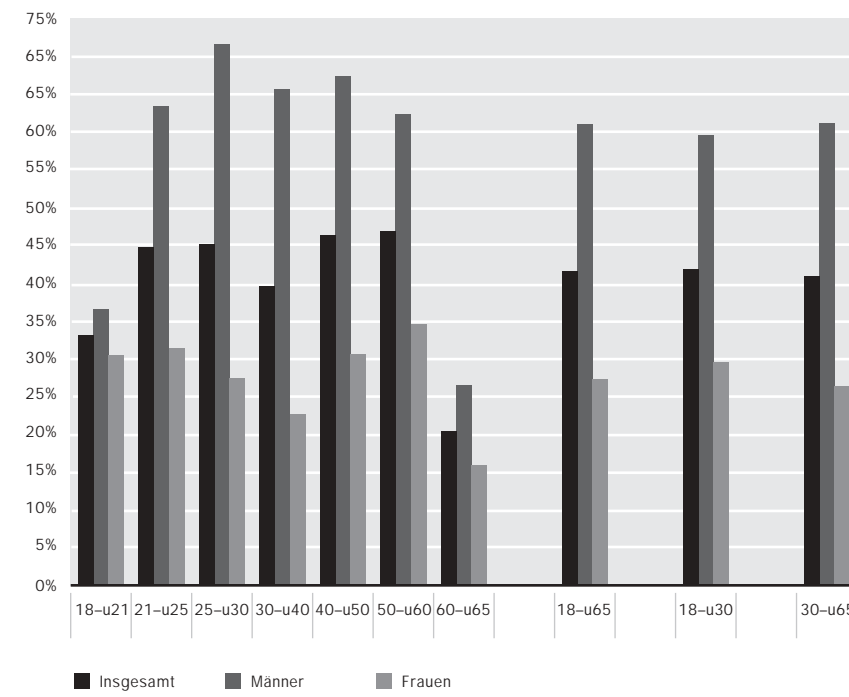
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 8/1998–2001: Erwerbstätige SozialhilfeempfängerInnen – Stadt Bremerhaven**  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



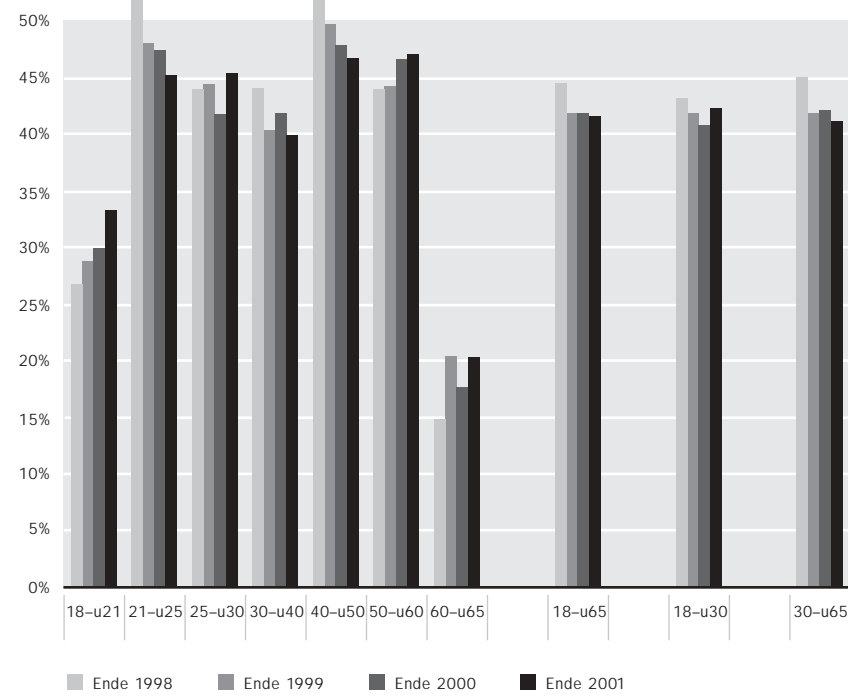
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 9/2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen – Stadt Bremerhaven**  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



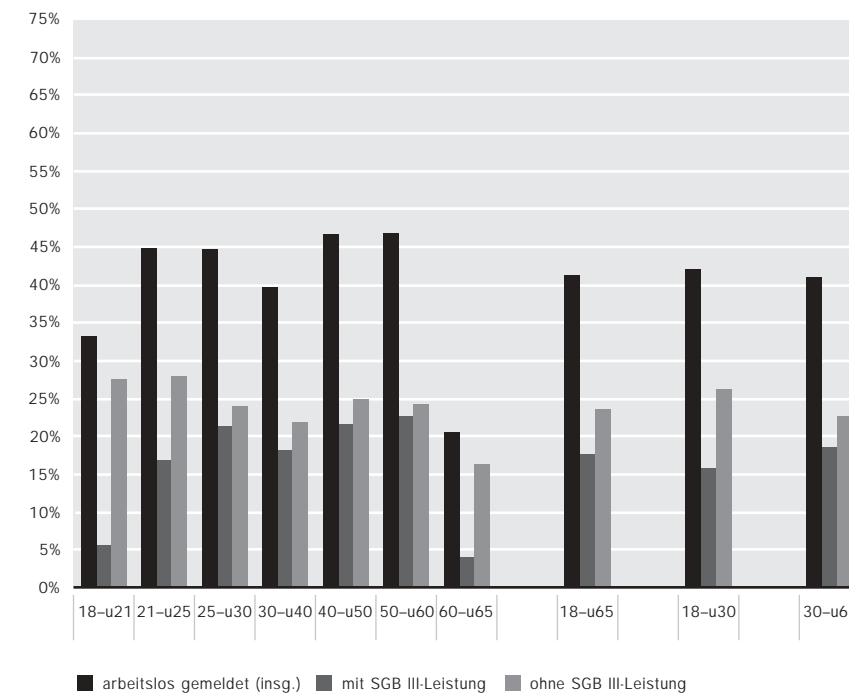
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 9 / 1998–2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen  
Stadt Bremerhaven**  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

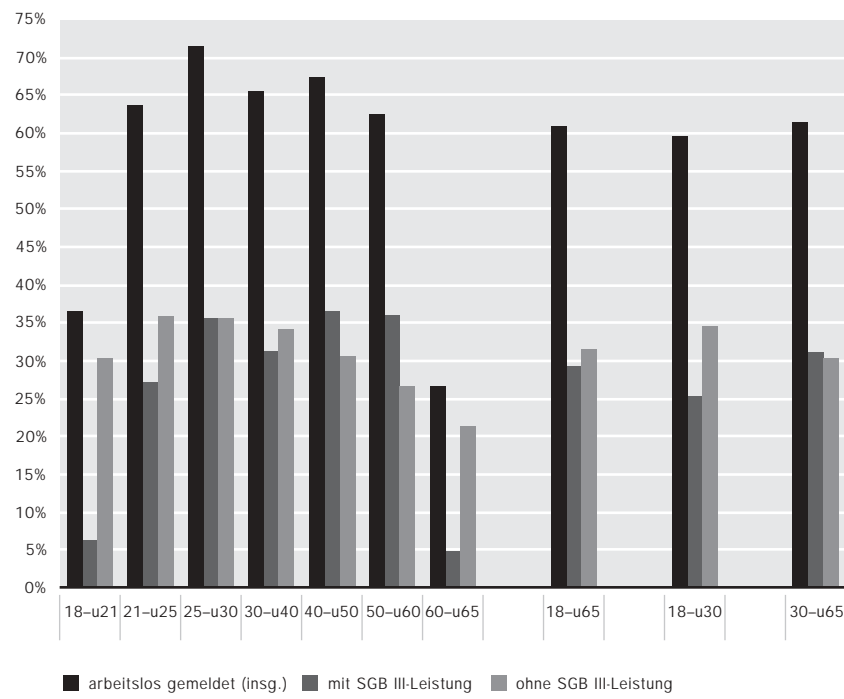
**Abbildung 10 / 2001g: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit bzw. ohne  
SGB III-Leistung Stadt Bremerhaven (Männer und Frauen zusammen)**  
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 10/2001m: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit bzw. ohne SGB III-Leistung Stadt Bremerhaven (Männer)**

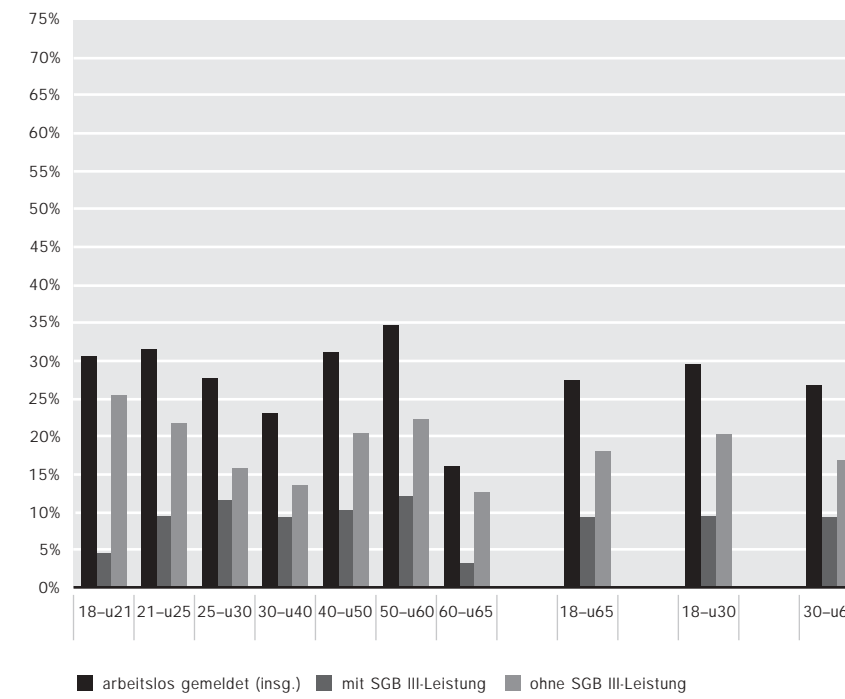
Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

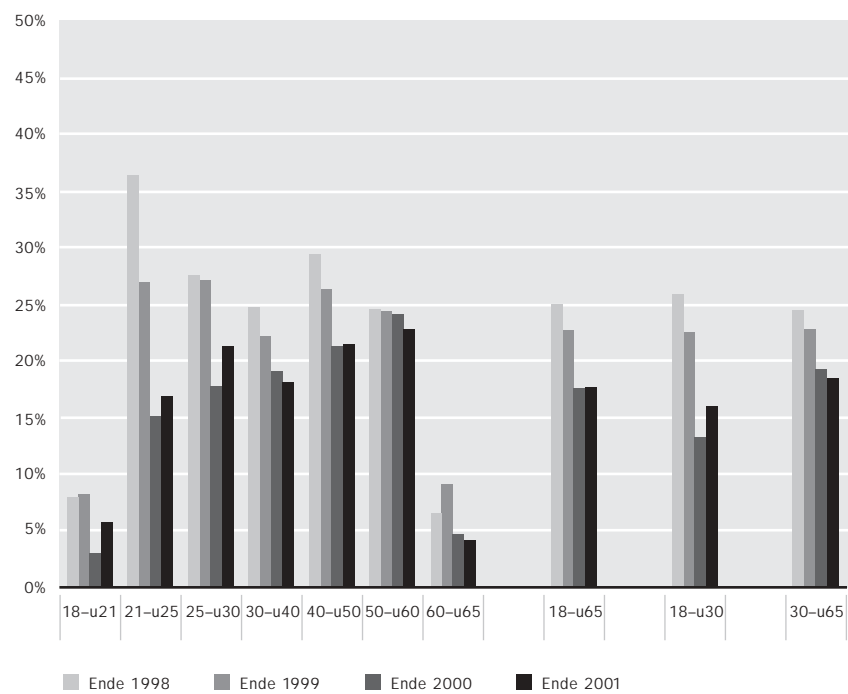
**Abbildung 10/2001w: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit bzw. ohne SGB III-Leistung in der Stadt Bremerhaven (Frauen)**

Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 2001)



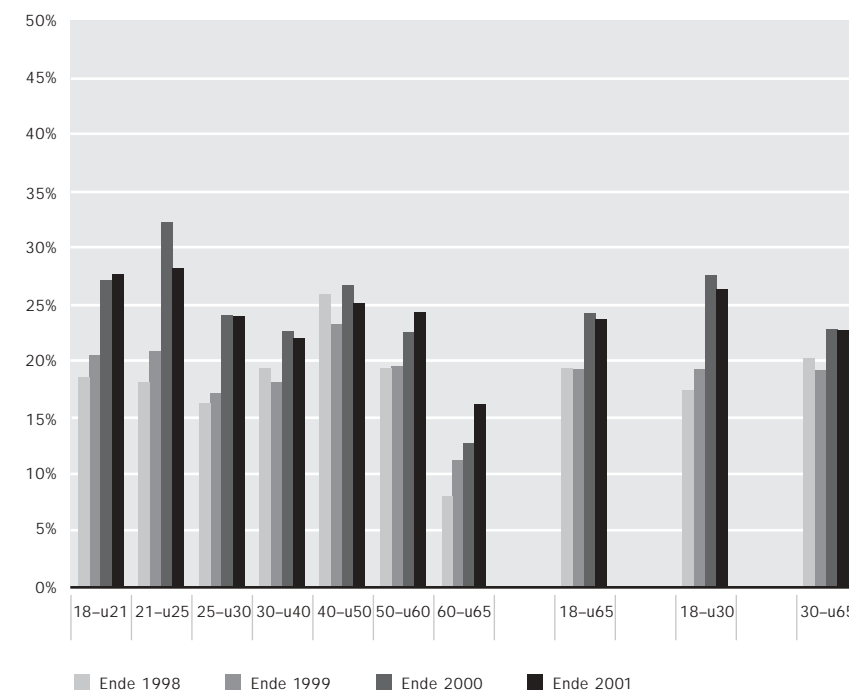
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.2001 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 10a/ 1998–2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen mit SGB III-Leistung – Stadt Bremerhaven** (Männer und Frauen zusammen)  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

**Abbildung 10b/ 1998–2001: Arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen ohne SGB III-Leistung – Stadt Bremerhaven** (Männer und Frauen zusammen)  
 Anteil an den EmpfängerInnen in der jeweiligen Altersgruppe (Ende 1998 bis Ende 2001)



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12.1998 ff. nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

### 3.3 Erläuterungen zum Zahlenwerk

»Armut ist ohne Geld nicht denkbar.«  
(Gerhard Polt)

Sozialhilfe  
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven  
Empfänger/innen laufender Hilfe zum  
Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen  
Sozialhilfedichte (Empfänger/innen pro 1.000  
Einwohner/innen)  
Geschlecht, Alter, Erwerbs- und ausländer-  
rechtlicher Status  
31.12.2001

Vorbemerkung: Die folgenden Anmerkungen zur Sozialhilfe beziehen sich im Wesentlichen auf Ende 2001. Die entsprechenden Daten für Ende 2002 werden vom Statistischen Landesamt Bremen erst in der 2. Jahreshälfte 2003 veröffentlicht. Sofern Sozialhilfedaten für das Jahr 2002 (bzw. Ende 2002) genannt werden, handelt es sich um vorläufige Ergebnisse der Sozialhilfestatistik, die vom Sozialressort der Freien Hansestadt Bremen zur Verfügung gestellt wurden.

#### Stadt Bremen Ende 2001

##### a) Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt

In der Stadt Bremen lebten Ende 2001 insgesamt 540.950 Menschen.<sup>1</sup> Insgesamt 46.839 Menschen darunter waren Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (im Folgenden kurz: Sozialhilfeempfänger/innen).<sup>2</sup> Dies waren 2.035 (4,2%) weniger als Ende 2000

und insgesamt 5.522 (10,5%) weniger als Ende 1998. Die vorläufigen Zahlen für Ende 2002 zeigen, dass sich dieser positive Trend seit etwa Mitte 2002 nicht weiter fortgesetzt hat. Im Dezember 2002 waren in der Stadt Bremen etwa genau so viele Menschen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt abhängig wie Ende 2001<sup>3</sup>. Diese Entwicklung bestätigt den relativ engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Sozialhilfeabhängigkeit und der Arbeitslosigkeit.<sup>4</sup>

Die Sozialhilfedichte, die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen in der Stadt Bremen, sank im Verlauf des Jahres 2001 von 91 auf 87. Mit anderen Worten, Ende 2001 waren 87 von 1.000 Einwohner/innen der Stadt Bremen auf laufende Hilfen zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) angewiesen. Ende 1998 betrug die Sozialhilfedichte in der Stadt Bremen 96 - insgesamt 52.361 von 543.279 Einwohner/innen waren auf Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) angewiesen.

Von den 46.839 Sozialhilfeempfänger/innen (Ende 2001) waren 17.337 (37,0%) Kinder im Alter von unter 18 Jahren. 26.402 (56,4%) waren zwischen 18 und unter 65 Jahre alt - Sozialhilfeempfänger/innen im sog. erwerbsfähigen Alter<sup>5</sup> - und nur 3.100 (6,6%) waren 65 Jahre und älter. 56,2% (26.315) der Sozialhilfeempfänger/innen waren weiblich. Von den 26.402 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren 59,9% (15.809) Frauen und nur 40,1% (10.593) Männer.

Die Sozialhilfedichte weicht sowohl alters- als auch geschlechtsspezifisch zum Teil

Sozialhilfeempfänger/innen lag 2002 mit 46.599 allerdings noch um 2,0% unter dem Jahresdurchschnitt 2001 (47.588). (Quelle: Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; Sozialplanungsdaten)

<sup>4</sup> Im Dezember 2001 waren in der Stadt Bremen 30.000 Arbeitslose registriert, 5.058 (14,4%) weniger als im Dezember 1998. Im Verlauf des Jahres 2002 (Dezember 2001 - Dezember 2002) stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 1.647 (5,5%) auf 31.647.

<sup>5</sup> Es wurde hier die Altersabgrenzung von 18 Jahren und nicht von 15 Jahren an gewählt, da im Land Bremen eine 12-jährige Vollzeitschulpflicht gilt, die in der Regel erst im 18. Lebensjahr endet.

extrem vom oben genannten Durchschnittswert 87 Ende 2001 ab.<sup>6</sup> Die Sozialhilfedichte nimmt mit zunehmendem Alter tendenziell deutlich ab, wobei das Erreichen der Volljährigkeit eine deutliche Zäsur darstellt. Die höchste Sozialhilfedichte bestand auch Ende 2001 mit 242 bei den Kindern im Alter von unter 3 Jahren. Bis zur Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen nimmt diese extrem hohe Sozialhilfedichte auf immer noch weit überdurchschnittliche 150 ab. In der jüngsten Altersgruppe nach Erreichen der Volljährigkeit, in der Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen sinkt die Sozialhilfedichte auf 88. Für diese und alle folgenden älteren Altersgruppen gilt: Die Sozialhilfedichte bei den Frauen liegt erheblich über der Sozialhilfedichte bei den Männern. Dies gilt insbesondere für die Altersgruppen der 18- bis unter 40-Jährigen, denn noch immer besteht für Frauen mit Kindern, insbesondere kleinen Kindern, ein überdurchschnittlich hohes Risiko, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein (vgl. Abbildung 1/2001 und Tabelle 1/2001; Anm.: Die Entwicklung der altersspezifischen Sozialhilfedichte von Ende 1998 bis Ende 2001 ist für die Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt und die Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen getrennt in den Abbildungen 1/1998-2001g, 1/1998-2001m und 1/1998-2001w dargestellt bzw. in den Tabellen 1/1998 bis 1/2001).

Von den 46.839 Sozialhilfeempfänger/innen in der Stadt Bremen waren Ende 2001 bei einem ausländischen Bevölkerungsanteil von 12,6% insgesamt 32,0% (14.966) Nicht-deutsche (der statistische Sammelbegriff für Ausländer/innen und Staatenlose).<sup>7</sup> Das

heißt, 220 von 1.000 ausländischen Bürger/innen der Stadt Bremen waren Ende 2001 auf Sozialhilfe angewiesen. Von den deutschen Bürger/innen waren dies "lediglich" 67.

Die oben getroffene Feststellung einer mit zunehmendem Alter deutlich sinkenden relativen Sozialhilfeabhängigkeit (Sozialhilfedichte) trifft für die ausländischen Bürger/innen der Stadt Bremen nur bis zur Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen zu. Mit einer Sozialhilfedichte von 122 ist die Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen unter den Ausländer/innen in der Stadt Bremen die Altersgruppe mit der geringsten Sozialhilfedichte aller in der amtlichen Sozialhilfestatistik ausgewiesenen Altersgruppen. Am höchsten ist die Sozialhilfedichte unter Ausländer/innen in der Stadt Bremen in der jüngsten Altersgruppe, den 0- bis unter 3-Jährigen Kindern. In der Stadt Bremen waren Ende 2001 insgesamt 472 von 1.000 ausländischen Kindern im Alter von unter 3 Jahren bzw. deren Eltern (Mütter/Väter) auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.<sup>8</sup> Bis zur Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen sinkt die Sozialhilfedichte unter den ausländischen Kindern auf 303. In den beiden jüngsten Altersgruppen nach Erreichen der Volljährigkeit, den Altersgruppen der 18- bis unter 21-Jährigen und der 21- bis unter 25-Jährigen, sinkt die Sozialhilfedichte unter den Ausländer/innen in der Stadt Bremen auf 158 bzw. 122. Die Sozialhilfedichte unter den Ausländer/innen steigt dann, anders als unter den Deutschen, in den folgenden (älteren) Altersgruppen bis zur Altersgruppe der 70- bis unter 75-Jährigen deutlich und

<sup>6</sup> Es muss an dieser Stelle unterstellt werden, dass die aus verschiedenen Erhebungen gewonnenen Daten zur Altersstruktur (Bevölkerungsstatistik, Sozialhilfestatistik) soweit übereinstimmen, dass sich daraus keine grundlegenden Verzerrungen der alters- und geschlechtsspezifischen Sozialhilfedichten ergeben.

<sup>7</sup> Es muss auch an dieser Stelle unterstellt werden, dass die aus verschiedenen Erhebungen gewonnenen Daten zur Staatsangehörigkeit und Altersstruktur (Bevölkerungsstatistik, Sozialhilfestatistik) soweit übereinstimmen, dass sich daraus keine grundlegenden Verzerrungen

der Aussagen hinsichtlich der spezifischen Sozialhilfeabhängigkeit Deutscher und Nichtdeutscher ergeben.

<sup>8</sup> Bei der Berechnung der Sozialhilfedichte wird die Vergleichbarkeit der Daten der Sozialhilfestatistik und der Bevölkerungsstatistik, insbesondere auch die Erfassung der Staatsangehörigkeit (deutsch/nichtdeutsch) unterstellt.

erreicht unter den 70- bis unter 75-Jährigen den extrem hohen, sonst nur bei den ausländischen Kindern beobachteten Wert von 367. Auffällig ist der sprunghafte Anstieg der Sozialhilfedichte in der Altersgruppe, in der für den überwiegenden Teil der Erwerbspersonen das Erwerbsleben endet. Die Sozialhilfedichte unter den Ausländer/innen in der Stadt Bremen steigt von 167 bei den 50- bis unter 60-Jährigen auf 264 bei den 60- bis unter 65-Jährigen. Die Sozialhilfedichte unter den Deutschen sinkt dagegen von 42 bei den 50- bis unter 60-Jährigen auf 36 bei den 60- bis unter 65-Jährigen. Der Vergleich der Sozialhilfedichte der deutschen und nichtdeutschen Bremer/innen (Stadt) im Alter von 65 Jahren und älter zeigt den extremen Unterschied in

der Sozialhilfeabhängigkeit. Während Ende 2001 von 1.000 deutschen Bremer/innen im Rentenalter (65 Jahre und älter) lediglich 21 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) erhielten, waren dies 287 von 1.000 ausländischen Bremer/innen. (vgl. Abb. 2/2001 und Tab. 2/2001)

Die extrem hohe Sozialhilfedichte unter den Ausländer/innen im Rentenalter deutet darauf hin, dass die Rentenansprüche, die diese im Laufe ihres Arbeitslebens erworben (erarbeitet) haben, zu niedrig sind, um im Alter ohne ergänzende Sozialhilfe leben zu können. Es gibt viele Gründe für die offensichtlich in vielen Fällen extrem niedrigen Renten von Ausländer/innen: die zum Teil kürzeren Beitragszeiten in der Bundesrepublik

Deutschland, die in der Regel deutlich niedrigeren Löhne und Gehälter, häufigere (schein)selbstständige Tätigkeiten ohne bzw. ohne ausreichende Alterssicherung, die häufigere erzwungene Unterbrechung der Erwerbstätigkeit durch Zeiten der Arbeitslosigkeit und die geringere versicherungspflichtige Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen.

Mit dem »Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)«, kurz: Grundsicherungsgesetz, das zum 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist, werden u.a. alle »Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, die ... das 65. Lebensjahr vollendet haben ... auf Antrag Leistungen nach diesem Gesetz erhalten ...«. <sup>9</sup>

#### **b) Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre)**

59,9% der 26.402 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter in der Stadt Bremen waren Frauen (Ende 2000: 59,2%). Das heißt, von 1.000 Frauen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren waren 90 auf Sozialhilfe angewiesen (Ende 2000: 94). Von 1.000 Männern im erwerbsfähigen Alter waren es dagegen "lediglich" 60 (Ende 2000: 64).

Von den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren gemäß Sozialhilfestatistik 38,8% (10.255) arbeitslos gemeldet. 3.180 (12,0%) gingen einer

Erwerbstätigkeit nach, davon 963 vollzeit und 2.217 teilzeit.

Da der Erwerbsstatus (»erwerbstätig«, »arbeitslos gemeldet«, »aus anderen Gründen nicht erwerbstätig«) keine entscheidende Bedeutung für die Gewährung von Sozialhilfe hat, wird allgemein von einer relativ geringen Genauigkeit dieser Daten zum Erwerbsstatus in der Sozialhilfestatistik ausgegangen. Die Daten gelten als »wenig gepflegt«. <sup>10</sup> Zudem besteht ein Vorrang für die Arbeitslosmeldung gegenüber der Erfassung als Erwerbstätige/r. Da keine Doppelzählungen erfolgen, wird bei Erfassung als »arbeitslos gemeldet« in der amtlichen Sozialhilfestatistik nicht erfasst, ob zugleich eine erlaubte und angemeldete Teilzeit-Erwerbstätigkeit vorliegt. Insofern ist davon auszugehen, dass die als »erwerbstätig« erfassten Sozialhilfeempfänger/innen nicht zugleich »arbeitslos gemeldet« sind. Trotz dieser Einschränkungen wurden in den folgenden Anmerkungen zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit diese amtlichen Daten der Sozialhilfestatistik zugrunde gelegt. Andere, zudem verlässlichere Daten, stehen nicht zur Verfügung.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Sozialhilfeempfänger/innen in der Stadt Bremen sind erheblich. Von den 15.809 Sozialhilfeempfängerinnen (Ende 2001) waren 13,6% erwerbstätig und von den 10.593 Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen Alter waren es lediglich 9,7%. Sowohl für die Sozialhilfeempfängerinnen als auch die Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter gilt: Der Anteil der

bis Ende 2001 um 1.978 (55,5%) auf 5.545 zu steigen. Diese in Abbildung 5b/1998-2001 dargestellte Entwicklung, die auch die Entwicklung des Anteils der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen in der Stadt Bremen insgesamt beeinflusst (vgl. Abb. 4/1998-2001), ist wenig plausibel (siehe dazu auch die Tabellen 4/1999, 4/2000 und 4/2001).

<sup>9</sup> § 1 GSiG; § 2 GSiG regelt, wer Anspruch auf "Leistungen der beitragsunabhängigen, bedarfsorientierten Grundsicherung" hat und wer nicht. Die Zahl der Empfänger/innen und die Ausgaben und Einnahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung werden in einer gesonderten Bundesstatistik erfasst. (§ 8 GSiG).

<sup>10</sup> Ein Beispiel für die zum Teil geringe Genauigkeit/Plausibilität dieser Daten: Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen ohne SGB III- (bzw. AFG-)Leistung sank in der Stadt Bremen von Ende 1999 bis Ende 2000 von 5.365 um 1.798 (33,5%) auf 3.567 um dann





Erwerbstätigen ist in der jüngsten Altersgruppe, den 18- bis unter 21-Jährigen mit 6,7% (Frauen) und 6,5% (Männer) am geringsten. Bei den Männern nimmt dieser Anteil bis zur Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen auf 12,4% zu und sinkt dann bis zur Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen auf nur noch 3,5%. Bei den Frauen steigt der Anteil der Erwerbstätigen an den Sozialhilfeempfängerinnen von 6,7% in der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen auf 19,5% bei den 40- bis unter 50-Jährigen und sinkt dann bis zur Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen auf 9,0%. Die absolute Differenz zwischen den jeweiligen Anteilen der Erwerbstätigen an den Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen Alter nimmt bis zur Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen auf 7,6 Prozentpunkte zu, die relative Differenz sogar bis zur Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen (vgl. Abb. 3/2001 und Tab. 3/2001). Erwerbstätige Sozialhilfeempfängerinnen sind jedoch, wie erwerbstätige Frauen insgesamt, wesentlich öfter teilzeitbeschäftigt als erwerbstätige Sozialhilfeempfänger. Ende 2001 waren von den insgesamt 2.152 erwerbstätigen Sozialhilfeempfängerinnen 79,7% (1.715) teilzeitbeschäftigt, von den 1.028 erwerbstätigen Sozialhilfeempfängern nur 48,8% (502).

Zwischen Ende 1998 und Ende 2001 hat sich der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen an den Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt nur geringfügig verändert. Beim Vergleich der Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen zeigen sich jedoch Unterschiede. Während

der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen in den Altersgruppen ab 40 Jahre und älter nach 1998 von Jahr zu Jahr zunahm, sank dieser Anteil in den Altersgruppen der 18- bis unter 40-Jährigen nach einem Anstieg in 1999 in den beiden Folgejahren 2000 und 2001. (vgl. Abb. 3/1998-2001 und Tab. 3/1998 bis 3/2001).

#### Exkurs I

Der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren lag Ende 2001 in den 16 Bundesländern zwischen 13,9% in Hamburg und 5,9% in Thüringen<sup>11</sup> (vgl. Tab. 9/2001). In Ostdeutschland (mit Berlin) ist der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen mit 6,7% deutlich niedriger als in Westdeutschland (10,2%). Mit einem Anteil von 11,3% liegt das Land Bremen in der Rangfolge der Länder mit dem höchsten Anteil von erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen an den Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt hinter Hamburg und Schleswig-Holstein mit 11,4% auf Rang 3 (Stadt Bremen: 12,0%; Bremerhaven: 9,0%). Die Unterschiede zwischen den entsprechenden Anteilen in den 10 westdeutschen Ländern sind jedoch relativ gering. Der niedrigste Anteil erwerbstätiger Sozialhilfeempfänger/innen an den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter wurde unter den 10 westdeutschen Ländern für Bayern (8,8%) und das Saarland (8,5%) ermittelt.

Der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfängerinnen an den Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter liegt in Westdeutschland (10,9%) über dem entsprechenden Anteil bei den Sozialhilfeempfängern (9,1%). In Ostdeutschland besteht dieser Unterschied nicht (Frauen: 6,6%; Männer: 6,8%). Im Land Bremen waren Ende 2001 12,7% der Sozialhilfeempfängerinnen (Stadt Bremen: 13,6%; Bremerhaven: 9,8%) und 9,2% der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig (Stadt Bremen: 9,7%; Bremerhaven: 7,8%).

In der Stadt Bremen waren Ende 2001 insgesamt 38,8% (10.255) der 26.402 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) arbeitslos gemeldet. Dieser Anteil hat sich in den vergangenen Jahren (seit Ende 1998), abgesehen von dem vermutlich lediglich methodisch bzw. erhebungstechnisch bedingten Rückgang Ende 2000<sup>12</sup>, kaum verändert. 4.710 der 10.255 arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen erhielten eine Lohnersatzleistung nach dem SGB III (Sozialgesetzbuch Drittes Buch).<sup>13</sup> In der Stadt Bremen erhielten Ende 2001 also insgesamt 45,9% der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter eine Lohnersatzleistung nach dem SGB III. Das heißt, die maßgeblich von der Höhe des Erwerbseinkommens (Bemessungsentgelt) abhängige Lohnersatzleistung, insbesondere die Arbeitslosenhilfe, war niedriger als ihr Anspruch auf Sozialhilfe. (vgl. Tab. 4/2001)

#### Exkurs II

Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen ist im Land Bremen im Verhältnis zu den im Land Bremen registrierten Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch. Rechnerisch<sup>14</sup> waren Ende 2001 insgesamt 35,0% (13.759) der im Land Bremen registrierten 39.302 Arbeitslosen Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen: 34,3%; Bremerhaven: 37,2%). Im Vergleich der 16 Bundesländer liegt das Land Bremen damit auf Rang 1 vor den beiden anderen Stadtstaaten Berlin (34,0%) und Hamburg (26,3%), Hessen (26,1%), Saarland (24,6%) und Schleswig-Holstein (21,2%). Die letzten fünf Ränge belegen die fünf ostdeutschen Länder (ohne Berlin) und Bayern (Rang 13). In Bayern waren Ende 2001 rechnerisch lediglich 12,7% der registrierten Arbeitslosen arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfänger/innen. Der geringste Teil von arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen an den registrierten Arbeitslosen wurde Ende 2001 mit 8,8% für das Land Thüringen errechnet (vgl. Tabelle 10).

Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen an den Sozialhilfeempfänger/innen ist lediglich in der jüngsten und ältesten Altersgruppe im erwerbsfähigen Alter deutlich niedriger als der genannte Durchschnitt von 38,8%, nämlich 25,5% in der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen und 22,8% in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen.

<sup>11</sup> Das bemerkenswerte an der Spitzenposition Hamburgs ist zudem, dass in Hamburg von den 9.702 erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen 82,6% vollzeit erwerbstätig gewesen sein sollen (Land Bremen: 31,1%; Westdeutschland: 37,5%; Bundesrepublik Deutschland: 41,9%); zu methodischen bzw. erhebungstechnischen Problemen siehe Anmerkung in Fußnote 10.

<sup>12</sup> vgl. dazu die Anmerkungen in Fußnote 10

<sup>13</sup> Der weit überwiegende Teil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen mit Lohnersatzleistung erhielt die gemäß Artikel 120

Grundgesetz vom Bund aus Steuermitteln finanzierte Arbeitslosenhilfe (im Anschluss an das höhere beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld). Aus den mit der amtlichen Sozialhilfestatistik nicht unmittelbar vergleichbaren PROSOZ-Daten zum Leistungsbezug arbeitslos gemeldeter SozialhilfeempfängerInnen ergibt sich, dass etwa 12 bis 13 Prozent der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen mit SGB III-Leistung Arbeitslosengeld erhalten.

<sup>14</sup> Es muss an dieser Stelle unterstellt werden, dass die in der Sozialhilfestatistik erfassten arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen auch in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit als Arbeitslose registriert sind.

Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen an den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter ist bei den Männern mit durchschnittlich 59,0% (Ende 2001) deutlich höher als bei den Frauen (25,3%). Bei den Männern ist dieser Anteil in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen mit 66,8% am höchsten. Er sinkt in den älteren Altersgruppen auf 59,7% in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen und 32,7% in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen. Bei den Frauen ist dieser Anteil in den Altersgruppen der 21- bis unter 25-Jährigen (29,8%) und 50- bis unter 60-Jährigen (29,5%) am höchsten und, abgesehen von den beiden »Randgruppen«, in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen mit 23,1% am niedrigsten (vgl. Abb. 4/2001 und Tab. 4/2001).

In der Stadt Bremen erhielten Ende 2001 insgesamt 17,8% der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter eine Leistung nach dem SGB III - 26,5% der Sozialhilfeempfänger und 12,1% der Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter. Am höchsten ist der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen mit SGB III-Leistung an den Sozialhilfeempfänger/innen in den Altersgruppen der 40- bis unter 60-Jährigen mit 22,6% (Männer: 32,0%; Frauen: 15,5% in der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen und 14,6% in der Altersgruppe der 50 bis unter 60-Jährigen; vgl. Abb. 5/2001g, 5/2001m und 5/2001w und Tab. 4/2001).

21,0% der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren arbeitslos gemeldet und erhielten keine Leistung nach dem

SGB III - 32,6% der Sozialhilfeempfänger und 13,3% der Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter. Am größten ist der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen ohne Anspruch auf eine SGB III-Leistung an den Sozialhilfeempfänger/innen in der Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen (29,1%; Männer: 47,0%; Frauen: 19,0%) und am kleinsten in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen (14,7%; Männer 21,6%; Frauen: 9,3%).

Betrachtet man lediglich die arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, so stellt sich das Verhältnis von Sozialhilfeempfänger/innen mit bzw. ohne Leistung nach dem SGB III Ende 2001 in der Stadt Bremen wie folgt dar: Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen mit SGB III-Leistung, der durchschnittlich 45,9% beträgt (Männer: 44,9%; Frauen: 47,6%), nimmt von der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen bis zur Altersgruppe der 40- bis 50-Jährigen deutlich zu. Während in der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen lediglich 13,4% (Männer: 11,3%; Frauen: 15,6%) und in der Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen lediglich 31,3% (Männer: 27,2%; Frauen: 36,3%) der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen einen Anspruch auf Leistung nach dem SGB III hatten, sind dies in der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen 52,9% (Männer: 51,8%; Frauen: 54,6%) und in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen 52,2% (Männer: 53,7%; Frauen: 49,6%).<sup>15</sup>

<sup>15)</sup> berechnet auf Basis der Daten in Tabelle 4/2001; vgl. auch Tab. 11/2001



Exkurs III: Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen mit SGB III-Leistung an den arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) ist im Land Bremen mit 45,1% (Ende 2001) höher als in allen anderen Bundesländern (Stadt Bremen: 45,9%; Bremerhaven: 42,7%). In der Rangfolge der Länder folgen nach Bremen die ostdeutschen Länder Brandenburg (40,8%), Berlin (39,7%), Mecklenburg-Vorpommern (39,0%), Sachsen (38,3%) und erst auf Rang 6 ein weiteres westdeutsches Land, das Saarland (37,3%). In den Ländern Schleswig-Holstein (29,8%), Bayern (27,0%) und Baden-Württemberg (25,3%) haben weni-

ger als 30% der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen Anspruch auf eine Leistung nach dem SGB III (vgl. Tabelle 11/2001). Der entsprechende Anteil beträgt im Land Bremen bei den Männern 45,7% und bei den Frauen 44,3%. Beim Vergleich der beiden bremischen Städte fällt auf, dass in Bremerhaven lediglich 34,3% der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfängerinnen Anspruch auf eine Leistung nach dem SGB III hatten bzw. gehabt haben sollen (Stadt Bremen: 47,6%). Bei den Männern lag das Land Bremen mit einem Anteil von 45,7% (Bremen Stadt: 44,9%; Bremerhaven: 48,1%) auf Rang 1 im Ländervergleich, vor dem

Saarland (43,1%), Niedersachsen (39,2%) und Berlin (38,6%). Bei den Frauen lag das Land Bremen dagegen mit einem Anteil von 44,3% hinter Brandenburg (46,1%) und vor den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern (44,1%), Sachsen-Anhalt (41,8%), Sachsen (41,4%) und Berlin (41,2%) auf Rang 2. Erst auf Rang 8 folgt hier mit Niedersachsen (34,2%) ein weiteres westdeutsches Bundesland.<sup>16</sup>

### Stadt Bremerhaven Ende 2001

#### a) Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt

In der Stadt Bremerhaven lebten Ende 2001 insgesamt 118.701 Menschen.<sup>17</sup> Insgesamt 13.839 Menschen waren Ende 2001 Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (im Folgenden kurz: Sozialhilfeempfänger/innen).<sup>18</sup> Dies waren, anders als in der Stadt Bremen, 2,0% (272) mehr als ein Jahr zuvor, aber 10,7% (1.661) weniger als Ende 1998 (Stadt Bremen: -10,5%). Die im Vergleich zur Stadt Bremen schlechtere Entwicklung im Jahr 2001 entspricht der deutlich schlechteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Bremerhaven.

Die Sozialhilfedichte, die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen, nahm im Verlauf des Jahres 2001 von 112 auf 117 zu. Die Sozialhilfedichte war damit in der Stadt Bremerhaven um ein Drittel höher als in der Stadt Bremen (87).

Von den 13.839 Sozialhilfeempfänger/innen (Ende 2001) waren 4.706 (34,0%) Kinder im Alter von unter 18 Jahren. 8.325 (60,2%) waren zwischen 18 und unter 65 Jahre alt - Sozialhilfeempfänger/innen im sog. erwerbsfähigen Alter<sup>19</sup> - und nur 808 (5,8%) waren 65 Jahre und älter. 55,9% (7.736) der Sozialhilfeempfänger/innen waren weiblich. Von den 8.325 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren 58,7% (4.887) Frauen und nur 41,3% (3.438) Männer.

Die Sozialhilfedichte weicht auch in der Stadt Bremerhaven sowohl alters- als auch geschlechtsspezifisch zum Teil extrem vom oben genannten Durchschnittswert 117 ab. Die Sozialhilfedichte nimmt mit zunehmendem Alter tendenziell deutlich ab, wobei das Erreichen der Volljährigkeit in der Stadt Bremerhaven infolge der überdurchschnittlich<sup>20</sup> hohen Sozialhilfedichte unter den 18- bis unter 30-Jährigen eine deutlich geringer ausgeprägte Zäsur darstellt als in der Stadt Bremen. Die höchste Sozialhilfedichte bestand Ende 2001 mit 260 bei den Kindern im Alter von unter 3 Jahren, die niedrigste in der Altersgruppe der 80- bis unter 85-Jährigen (22).

Die Sozialhilfedichte bei den Frauen ist auch in der Stadt Bremerhaven erheblich höher als die bei den Männern. Dies gilt insbesondere für die Altersgruppen der 18 bis unter 40-Jährigen, denn noch immer besteht für Frauen mit Kindern, insbesondere kleinen Kindern, ein überdurchschnittlich hohes Risiko, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein (vgl. Abbildung 5/2001 und Tabelle 5/2001; Anm.: Die Entwicklung der altersspezifischen

Sozialhilfedichte von Ende 1998 bis Ende 2001 ist für die Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt und die Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen getrennt in den Abbildungen 5/1998-2001g, 5/1998-2001m und 5/1998-2001w dargestellt bzw. in den Tabellen 5/1998 bis 5/2001).

In der Stadt Bremerhaven, mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von 10,2%, waren Ende 2001 von den 13.839 Sozialhilfeempfänger/innen 12,0% (1.660) Nichtdeutsche (der statistische Sammelbegriff für Ausländer/innen und Staatenlose).<sup>21</sup> Die Unterschiede zwischen der Sozialhilfeabhängigkeit der deutschen und der nichtdeutschen Bevölkerung sind im Vergleich zur Stadt Bremen sehr gering. Während die Sozialhilfedichte unter der nichtdeutschen Bevölkerung Ende 2001 in der Stadt Bremen etwa 228% (!) höher war als die der deutschen (220 zu 67) betrug der Unterschied in Bremerhaven nur etwa 20% (137 zu 114).

Die oben getroffene Feststellung einer mit zunehmendem Alter deutlich sinkenden relativen Sozialhilfeabhängigkeit (Sozialhilfedichte) trifft für die ausländischen Bürger/innen in Bremerhaven, anders als in der Stadt Bremen, bis zur Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen zu.<sup>22</sup> In der Stadt Bremen ist dies nur bis zur Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen der Fall. Auffallend ist zudem, dass in der Stadt Bremerhaven die Sozialhilfedichte der nichtdeutschen Bevölkerung im Alter von unter 40 Jahren, bis auf die Altersgruppe der 7- bis unter 11-Jährigen, immer, und zum Teil sehr deutlich, unter der Sozialhilfedichte der deutschen

Bevölkerung liegt. Die Sozialhilfedichte unter den älteren Ausländer/innen steigt in der Stadt Bremerhaven von 107 in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen auf den extrem hohen, sonst in keiner anderen Altersgruppe erreichten Wert von 365 bei den 70- bis unter 75-Jährigen. Wie in der Stadt Bremen nimmt die Sozialhilfedichte unter der ausländischen Bevölkerung in Bremerhaven in der Altersgruppe, in der für den überwiegenden Teil der Erwerbspersonen das Erwerbsleben endet, sprunghaft zu. Die Sozialhilfedichte unter den Ausländer/innen in der Stadt Bremen steigt von 107 bei den 50- bis unter 60-Jährigen auf 193 bei den 60- bis unter 65-Jährigen. Die Sozialhilfedichte unter den Deutschen sinkt dagegen geringfügig von 67 bei den 50- bis unter 60-Jährigen auf 65 bei den 60- bis unter 65-Jährigen. Der Vergleich der Sozialhilfedichte der deutschen und nichtdeutschen Bremerhavener/innen im Alter von 65 Jahren und älter zeigt den extremen Unterschied in der Sozialhilfeabhängigkeit. Während Ende 2001 von 1.000 deutschen Bremerhavener/innen im Rentenalter (65 Jahre und älter) lediglich 32 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) erhielt, waren dies 188 von 1.000 ausländischen Bremerhavener/innen (vgl. Abb. 6/2001 und Tab. 6/2001 und die Ausführungen über die Sozialhilfedichte älterer Ausländer/innen in der Stadt Bremen).

<sup>16</sup> Der hohe Anteil von arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen mit SGB III-Leistung an den arbeitslos gemeldeten SozialhilfeempfängerInnen im Land Bremen (und der sehr niedrige Anteil in Baden-Württemberg und Bayern) steht offensichtlich in engem Zusammenhang mit dem hohen Anteil von Arbeitslosenhilfeempfänger/innen an den LeistungsempfängerInnen (bei Arbeitslosigkeit), die wiederum in engem Zusammenhang mit der relativen Höhe der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote) steht. Eine Abhängigkeit von Leistungen der Sozialhilfe entsteht bei Arbeitslosen mit Anspruch auf eine SGB III-Leistung oft »erst« mit dem

Ende der Anspruchsdauer auf das deutlich höhere, aber befristete Arbeitslosengeld.

<sup>17</sup> Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2001 nach Alter und Geschlecht

<sup>18</sup> außerhalb von Einrichtungen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 - j/01, Juli 2002: vgl. Tabelle 5/2001 (und für die Vorjahre die Tabellen 5/1998 bis 5/2000)

<sup>19</sup> Es wurde hier die Altersabgrenzung von 18 Jahren und nicht von 15 Jahren gewählt, da im Land Bremen eine 12-jährige Vollzeitschulpflicht gilt, die in der Regel erst im 18. Lebensjahr endet.

<sup>20</sup> überdurchschnittlich, gemessen an der Sozialhilfedichte von 117 in der Stadt Bremerhaven

<sup>21</sup> Es muss auch an dieser Stelle unterstellt werden, dass die aus verschiedenen Erhebungen gewonnenen Daten zur Staatsangehörigkeit und Altersstruktur (Bevölkerungsstatistik, Sozialhilfestatistik) soweit übereinstimmen, dass sich daraus keine grundlegenden Verzerrungen der Aussagen hinsichtlich der spezifischen Sozialhilfeabhängigkeit Deutscher und Nichtdeutscher ergeben (vgl. Tabelle 6/2001).

<sup>22</sup> vgl. Abbildung 7/2001 und Fußnote 21



### b) Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter (18- bis unter 65 Jahre)

58,7% der 8.325 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter in der Stadt Bremerhaven waren Frauen (Ende 2000: 59,7%). Von 1.000 Bremerhavenerinnen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren waren 136 auf Sozialhilfe angewiesen (Ende 2000: 131). Von 1.000 Männern im erwerbsfähigen Alter waren in Bremerhaven 90 auf Sozialhilfe angewiesen (Ende 2000: 83). Das heißt, die Sozialhilfedichte bei den Frauen im erwerbsfähigen Alter war in Bremerhaven 51,1% größer als die der Männer. Seit Ende 1998, als

die Sozialhilfedichte bei den Frauen im erwerbsfähigen Alter noch 61,8% über der Sozialhilfedichte der Männer lag, hat sich der Abstand von Jahr zu Jahr verringert und in etwa den Ende 2001 auch in der Stadt Bremen gemessenen, immer noch sehr großen Abstand erreicht (Bremen Ende 2001: 50%, Ende 1998: 47,8%).

Der Abstand zwischen der Sozialhilfedichte von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter in den Städten Bremerhaven und Bremen hat sich jedoch 2001 weiter vergrößert. Mit 136 lag diese bei den Frauen in Bremerhaven um 51,1% und bei den Männern um 50,0% über der entsprechenden

geschlechtsspezifischen Sozialhilfedichte in der Stadt Bremen. Im Verlauf der drei Jahre von Ende 1998 bis Ende 2001 hat sich dieser Abstand erheblich vergrößert. Ende 1998 lag die Sozialhilfedichte bei den Frauen im erwerbsfähigen Alter um 41,2% und bei den Männern um 29,0% über der entsprechenden Sozialhilfedichte in der Stadt Bremen.

Von den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren gemäß Sozialhilfestatistik 41,4% (3.450) arbeitslos gemeldet. 746 (9,0%) gingen einer Erwerbstätigkeit nach, davon 259 vollzeit und 487 teilzeit.<sup>23</sup> Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen ist in Bremerhaven größer und der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen kleiner als in der Stadt Bremen (Stadt Bremen: 38,8% bzw. 12,0%).

Von den Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter waren Ende 2001 9,8% erwerbstätig, von den Sozialhilfeempfängern lediglich 7,8%. Sozialhilfeempfängerinnen im Alter von 40 bis unter 50 Jahre sind in Bremerhaven am häufigsten erwerbstätig (14,6%), Sozialhilfeempfänger (Männer) im Alter von 60 bis unter 65 Jahren am seltensten (3,2%). In den Altersgruppen bis zu den 30- bis unter 40-Jährigen bestehen, abgesehen von der bei den Frauen überwiegenden Teilzeitbeschäftigung<sup>24</sup>, keine geschlechtsspezifischen Unterschiede im Ausmaß der Erwerbstätigkeit. In den älteren Altersgruppen sind Sozialhilfeempfängerinnen jedoch deutlich häufiger erwerbstätig als Sozialhilfeempfänger (vgl. Abb. 8/2001 und Tab. 7/2001).

<sup>23</sup> Zur Qualität der Erfassung des Erwerbsstatus von Sozialhilfeempfänger/innen vgl. die Ausführungen zur Sozialhilfe in der Stadt Bremen.

<sup>24</sup> Ende 2001 waren von den insgesamt 478 erwerbstätigen Sozialhilfeempfängerinnen 76,4% (366) teilzeitbeschäftigt, von den 268 erwerbstätigen Sozialhilfeempfängern nur 45,1% (121).

In den Jahren 1999 und 2000, in deren Verlauf die Arbeitslosigkeit in der Stadt Bremerhaven sank, nahm der Anteil der Erwerbstätigen unter den Sozialhilfeempfänger/innen in Bremerhaven von 7,7% (Ende 1998) auf 10,1% (Ende 2000) zu. Im Verlauf des Jahres 2001, in dessen Verlauf die Arbeitslosigkeit in Bremerhaven wieder zunahm, sank dieser Anteil auf 9,0% (Ende 2001; vgl. Abb. 8/1998-2001 und Tab. 7/1998 bis 7/2001).

Der Anteil der arbeitslos Gemeldeten unter den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) hat sich nach einem deutlichen Rückgang von 44,4% auf 41,9% im Verlauf des Jahres 1999 in den beiden Folgejahren nur noch leicht verringert. Ende 2001 waren in Bremerhaven insgesamt 41,4% der 8.325 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos gemeldet. 42,7% (1.473) der 3.450 arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen erhielten eine Lohnersatzleistung nach dem SGB III (Sozialgesetzbuch Drittes Buch). Das heißt, bei diesen Sozialhilfeempfänger/innen war die maßgeblich von der Höhe des Erwerbseinkommens (Bemessungsentgelt) abhängige Lohnersatzleistung, insbesondere die Arbeitslosenhilfe, niedriger als ihr Anspruch auf Sozialhilfe (vgl. Tab. 8/2001).

Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen an den Sozialhilfeempfänger/innen ist auch in Bremerhaven lediglich in der jüngsten und ältesten Altersgruppe im erwerbsfähigen Alter, also in den »Randgruppen«, deutlich niedriger als der genannte Durchschnitt von 41,4%, nämlich

33,1% in der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen und 20,3% in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen.

Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen an den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter ist bei den Männern mit durchschnittlich 61,1% (Ende 2001) deutlich höher als bei den Frauen (27,6%). Bei den Männern ist dieser Anteil in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen mit 71,6% am höchsten. Er sinkt in den älteren Altersgruppen auf 62,6% in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen und nur noch 26,7% in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen. Bei den Frauen ist dieser Anteil in den Altersgruppen der 21- bis unter 25-Jährigen (31,4%) und 50- bis unter 60-Jährigen (34,6%) am höchsten und, abgesehen von den beiden »Randgruppen«, in der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen mit 23,2% am niedrigsten (vgl. Abb. 9/2001 - und Tab. 8/2001).

In Bremerhaven erhielten Ende 2001 insgesamt 17,7% der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter eine Leistung nach dem SGB III - 29,3% der Sozialhilfeempfänger und nur 9,5% der Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter. Am höchsten ist der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen mit SGB III-Leistung an den Sozialhilfeempfänger/innen in den Altersgruppen der 50- bis unter 60-Jährigen mit 22,8% und den Altersgruppen der 40- bis unter 50-Jährigen (21,6%) und den 25- bis unter 30-Jährigen (21,3%; vgl. Abb. 10/2001g, 10/2001m und 10/2001w und Tab. 8/2001). 23,7% der Sozialhilfe-

empfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren arbeitslos gemeldet und erhielten keine Leistung nach dem SGB III - 31,7% der Sozialhilfeempfänger und 18,2% der Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter. Am größten ist der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen ohne Anspruch auf eine SGB III-Leistung an den Sozialhilfeempfänger/innen in der Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen (28,1%; Männer: 36,4%; Frauen: 22,0%) und am kleinsten in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen (16,2%; Männer 21,5%; Frauen: 12,7%).

Betrachtet man lediglich die arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren, so stellt sich das Verhältnis von Sozialhilfeempfänger/innen mit bzw. ohne Leistung nach dem SGB III Ende 2001 in der Stadt Bremerhaven wie folgt dar: 42,7% der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen erhielten eine SGB III-Leistung. Von den arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfängern waren dies 48,1% von den arbeitslos gemeldeten Frauen lediglich 34,3%. Damit war der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfängerinnen, die eine SGB III-Leistung erhält, in Bremerhaven Ende 2001 deutlich niedriger als in der Stadt Bremen (47,6%). Insbesondere in den Altersgruppen ab 40 Jahre und älter ist die Differenz extrem groß. In der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfängerinnen erhielten in Bremerhaven lediglich 33,6% eine SGB III-Leistung. In der Stadt Bremen waren dies 54,6%.<sup>25</sup>

<sup>25)</sup> berechnet auf Basis der Daten in Tabelle 8/2001, vgl. auch Tab. 11/2001



### 4. Schwerpunkt: Armut trotz Arbeit

Wenn man seinen Blick über den Ansgarikirchhof und den Domshof gleiten lässt, sieht man viele Menschen – zum Teil unter offenem Himmel - ihren Broterwerb verdienen, bei denen man sich allgemein vorstellt, dass die ausgeübten Tätigkeiten im Niedriglohnssektor angesiedelt sind: Da werden Blumen, Gemüse, Brötchen, Zeitungen, Zigaretten, Würstchen und vieles mehr verkauft, man sieht Waren anliefernde Kraftfahrer, Menschen die Regale bestücken, die Müll und Reststoffe entsorgen, die in Schwindel erregender Höhe Gebäude reinigen und sie von innen sauber halten, man sieht Menschen in Uniformen die in gepanzerten Fahrzeugen Geld transportieren, Gebäude bewachen oder als private Wachdienstler die Gegend im Auge behalten. Das ist ein kleiner Ausschnitt aus der Welt, wo mit harter Arbeit jedenfalls nicht das große Geld zu machen ist.

Arbeit gilt gemeinhin als die entscheidende Form der Existenzsicherung. So ist es denn auch für den ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung, der mit Arbeit nicht nur seine Existenz, sondern zudem eine gehörige Portion Luxus sichert. Trotzdem stimmt diese Wahrheit nie so ganz und sie stimmt tendenziell immer weniger. Der Anteil derer, die arbeiten und mit ihrem Einkommen ihre bzw. die Reproduktion ihrer Familie nicht mehr sichern können, nimmt zu. Eine größer werdende Zahl von Menschen ist trotz Arbeit auf Transferleistungen wie Sozialhilfe oder Wohngeld angewiesen, eine noch größere Zahl muss die eigene defizitäre Einkommenssituation im Haushaltskontext ausgeglichen bekommen. Ihnen gemeinsam ist, dass sie einkommensmäßig um die Armutsgrenze herum angesiedelt sind.

Der politische Druck auf das Lohn- und Gehaltsniveau ist gewaltig. Immer mehr Erwerbstätige werden in eine Abwärtsspirale hineingepresst. Das geschieht auf vielfältigste Weise, immer unter dem Motto: Arbeit muss bezahlbar werden. Unternehmen

gründen Betriebsteile aus, koppeln diese von den Tarifverträgen der Altbetriebe ab und senken damit das Einkommensniveau. Oder sie verlassen als Gesamtbetrieb den jeweiligen Arbeitgeberverband, um den Tarifverträgen zu entfliehen. In den tariffreien Zonen – von denen es nicht wenige gibt – gelten ohnehin schon teilweise Wildwest-Methoden. Von der politischen Seite wird dieser Prozess unterstützt und gesetzlich gefördert: mit der Etablierung eines Niedriglohnssektors, der Ausweitung von Leiharbeit, der Forcierung von »Zwangsarbeit« vermittelt über die Transfersysteme und ähnliche Maßnahmen. Von allen Seiten wird der Druck verschärft und wirkt zunehmend auf das Gesamtgefüge von Löhnen und Gehältern.

#### Was ist Niedriglohn?

Vorab zur Definition: In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion gilt das, was die Europäische Union 1991 festgelegt hat, als weitgehend unumstritten. Danach gilt als arm, dessen Einkommen unter 50 Prozent des nach Haushaltsmitgliedern gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens liegt. Nach dieser Definition erhält die erste Person ein Bedarfsgewicht von 1, weitere Personen ab 15 Jahren ein Gewicht von 0,7 und Kinder unter 15 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,5. Ein Paar ohne Kinder braucht danach also das 1,7-Fache und ein Paar mit zwei Kindern unter 15 Jahren das 2,7-Fache eines Alleinstehenden.

Diese Definition auf die realen Einkommensverhältnisse zu übertragen ist schwierig. Zum einen gibt es keine regionalisierten Daten und die, die es gibt, basieren auf dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) von 1998, spiegeln also die rasanten Entwicklungen dieses Sektors in den letzten fünf Jahren nicht wider. Des Weiteren ist der Forschungsstand zu diesem Thema noch nicht sehr entwickelt und die diesbezüglichen Definitionsansätze sind zum Teil noch sehr strittig. Wir orientieren uns im Folgenden an der neuesten Arbeit von Wolfgang Strengmann-Kuhn

(Armut trotz Erwerbstätigkeit, Frankfurt, 2003), legen seine Zahlen und Definitionen zu Grunde, wohl wissend, dass z.B. die OECD von anderen Zahlen ausgeht, auf die wir uns an anderer Stelle auch beziehen.

Danach liegt das monatliche Netto-Durchschnittseinkommen (Sonderzahlungen eingerechnet) bei 1384 Euro. Die Armutsgrenze im Sinne der o.g. Definition der Europäischen Union liegt damit für alle Einkommensarten bei 692 Euro netto, auch für Erwerbseinkommen. Auf die Stunde umgerechnet, der durchschnittliche Stundenlohn liegt bei 8,30 Euro netto, beginnt der Armutslohn bei 4,15 Euro netto.

Überträgt man die Zahlen auf eine Familie mit zwei Kindern unter 15 Jahren muss ein Einkommen von über 1.868 Euro netto (minus Kindergeld) erreicht werden, um die Armutsgrenze zu überspringen. In einem Doppelverdiener-Haushalt ist das die Regel. In einem Alleinverdiener-Haushalt müsste der Stundenlohn aber mindestens 11,20 Euro netto (minus Kindergeld) betragen, um nicht unter die Armutsgrenze zu geraten.

Klar ist, dass wer die definitorischen Grenzmarken knapp übertrifft, damit noch lange nicht in ökonomisch sicheren Schuhen dasteht. Einerseits wird das Einkommenssegment zwischen 50 und 75 Prozent als prekäre Einkommenssituation bezeichnet, andererseits wird immer stärker eine 68-Prozent-Grenze in die Diskussion eingeführt. Diese Grenze entstammt einer Norm der Europäischen Sozialcharta des Europarates von 1960, nach der in den Signatarstaaten, wozu alle Länder der Europäischen Union gehören, kein Lohn unter 68 Prozent des nationalen Durchschnittslohns gezahlt werden soll, weil alle Löhne darunter als nicht ausreichend angesehen werden, um den Arbeitnehmern und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Die 68-Prozent-Marke würde den Niedriglohn bei 941 Euro netto im Monat bzw. 5,64 Euro netto in der Stunde beginnen lassen. Die Bundesregierung, die alle zwei Jahre einen

Umsetzungsbericht an den Europarat abliefern, konnte bisher empirisch nicht feststellen, dass gegen diese Marke verstoßen worden ist, in der Hoffnung darauf, dieses über 40 Jahre alte Dokument ist vergessen, verdrängt oder zumindest nicht mehr Gegenstand politischer Diskussionen. Damit mag sie Recht haben, aber ob sie damit auch künftig Recht behalten wird ist eine andere Frage.

Wenn es hier um Einkommensarmut und Niedriglöhne geht, dann sind überwiegend nicht die hinzuverdienenden Minijobs gemeint, nicht der wohl situierte Rentner, der auf 400,00 Euro-Basis den Tennisplatz in der Nachbarschaft in Ordnung hält, nicht die Zahnarztgattin, die in der Galerie aushilft, oder der Student, der in der Kneipe hinter dem Tresen steht. Gemeint sind auch nicht die Auszubildenden, die mit ihren Ausbildungsvergütungen fast vollständig im niedrigsten Einkommenssegment angesiedelt sind. Gemeint sind die Erwerbspersonen, die trotz Vollzeit, oder erzwungener Teilzeit kein existenzsicherndes Einkommen erzielen. Gemeint ist die Fischverpackerin in Bremerhaven, die mit einem Stundenlohn von 7,07 Euro nach Hause geht, der Gebäudereiniger, der 7,75 Euro erhält, der Kellner, die Putzfrau, der Bauhilfsarbeiter, der Wachdienstler und die vielen anderen, die um die 7 Euro herum als Stundenlohn bekommen, über die es aber leider kaum Daten gibt und man insofern keine gesicherten Aussagen machen kann, wie viel Bremerinnen und Bremer in diesem Einkommenssegment angesiedelt sind.

Dabei hängen Niedriglöhne und Einkommensarmut oft ganz eng, oft aber auch überhaupt nicht miteinander zusammen. Entscheidend bei der Armutsfeststellung ist der Haushaltskontext. Gut drei Viertel der Erwerbstätigen mit individuellem Niedriglohn-Einkommen gelten insofern auch nicht als arm, weil das Haushalts-Gesamteinkommen die Situation anders aussehen lässt. Dies gilt insbesondere für Frauen, die ohnehin nur mit 76 Prozent des männlichen Durchschnitts-

einkommens entlohnt werden, in großen Teilen also im Niedriglohnsegment angesiedelt sind, also gesellschaftlich eher einen Zuverdienerstatus zugewiesen bekommen haben und durch ihre besserverdienenden Männer aufgefangen werden (von denen, die einen Netto-Armutslohn erzielen sind 64 Prozent Frauen). Bei weiterer Auflösung der tradierten Familienstrukturen kommt auf Frauen in der Zukunft noch ein größeres Problem zu. Untersuchungen von Wolfgang Strengmann-Kuhn verweisen darauf, dass auf Basis des Stundenlohns gerechnet, die Niedriglohnquote von Frauen fast doppelt so hoch ist wie die der Männer. Insgesamt geht er davon aus, dass annähernd 20 Prozent derer, die im Niedriglohnsektor ihr Einkommen erzielen müssen zur Armutspopulation gehören. Das heißt aber auch umgekehrt, dass gut 80 Prozent der Niedriglöhner nur wenig mit Armut zu tun haben. Oder andersrum: Zwei Drittel der einkommensarmen Bevölkerung sind keine Niedriglöhner, sondern die, die man Normalverdiener nennt. Die jeweilige Haushalts-situation ist es, die sie arm macht.

### Sozialtransfers trotz Arbeit

Die größte Dunkelziffer in der Sozialhilfe findet man schon lange nicht mehr in dem gesellschaftlichen Segment, wo sie noch vor Jahren anzutreffen war und nach Volkes Meinung heute immer noch zu finden ist, nämlich bei alten Menschen. Heute findet man sie bei Erwerbstätigen, die keine Sozialhilfeansprüche geltend machen, weil sie davon ausgehen, dass wer arbeitet keine weiteren Ansprüche geltend machen kann.

Die Sozialhilfestatistik bietet grundsätzlich zwei Betrachtungsweisen, einmal nach dem angerechneten Einkommen und zum anderen nach dem Erwerbsstatus. Wenn es um das angerechnete Einkommen geht wird die Statistik nach Fällen geführt, gibt also keine genaue Kenntnis über die Gesamtzahl der Personen, die sich hinter den Fällen verbirgt. So gab es im Jahre 2002 in der Stadt

Bremen 3.915 Fälle von Sozialhilfe beziehenden Personen bei denen das Erwerbseinkommen angerechnet wurde. Insgesamt gab es in 2002 25.497 Fälle, damit lag der Anteil bei 15,4 Prozent. Im Jahr 2001 gab es mit 3.901 bei insgesamt 25.967 Fällen einen Anteil von rund 15 Prozent. Insgesamt also eine leichte Steigerung.

Die Betrachtungsweise nach Erwerbsstatus weist aus, dass in 2001 von durchschnittlich 29.129 Hilfeempfängern im Alter zwischen 15 und 65 Jahren jahresdurchschnittlich 3.571 Personen Sozialhilfe bezogen haben, die einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgingen. Das entspricht einem Anteil von 12,3 Prozent. In 2002 ist dieser Anteil leicht auf 12 Prozent zurückgegangen. Hier haben von den 28.533 Hilfeempfängern zwischen 15 und 65 Jahren jahresdurchschnittlich 3.424 Personen ergänzende Sozialhilfe bezogen. Diese Zahlen sind aussagekräftig genug, und trotzdem sind sie mit Vorsicht zu genießen, in der Realität werden sie deutlich höher sein. Weil im Alltagsgeschäft der Sozialhilfebearbeitung das Merkmal »Erwerbsstatus« nicht berechnungsrelevant ist, wird dieses nicht immer sorgfältig gepflegt.

12 Prozent der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger sind trotz Erwerbstätigkeit Sozialhilfebezieher, der Anteil derer die dabei eine Vollzeitbeschäftigung ausgeübt haben ist deutlich angestiegen und geht in Richtung 40 Prozent. Wenn man bedenkt, dass es im Jahre 2002 noch über 14.000 Menschen gab die ohne oder nur mit ergänzender Sozialhilfe und oftmals trotz Erwerbstätigkeit Wohngeld bezogen haben, dann hat man in etwa eine Vorstellung von der Dimension des Gesamtproblems.

Diese Gesellschaft hat in den letzten 50 Jahren einen gewaltigen Wandlungsprozess von der Alleinverdiener- und Hausfrauenehe hin zur Doppelverdiener-Partnerschaft durchlaufen. Das zeichnet zunehmend die Standard-Familie aus, durch Doppelverdienst wird das Haushaltseinkommen und der dazu-

gehörige Lebensstandard bestimmt. Ein Alleinverdiener-Haushalt kann mit dieser neuen gesellschaftlichen Durchschnittlichkeit nicht standhalten, erst recht nicht, wenn noch Kinder hinzukommen. Dieser Familientypus ist es denn auch, der trotz Vollerwerbstätigkeit und durchschnittlichem Einkommen des Alleinverdieners in starkem Maße armutsgefährdet ist: Je stärker, desto mehr Kinder im Familienverband leben. Ausgehend von der obigen Berechnung müsste ein Alleinverdiener-Haushalt mit zwei Kindern unter 15 Jahren 1.868 Euro netto im Monat zur Verfügung haben, um die Armutsgrenze zu übertreffen. Liegt man darunter, wird es besonders prekär: Je mehr Kinder dann noch hinzukommen, umso stärker ist der Abkoppelungsprozess. Mit anderen Worten: Im Prinzip sind all die armutsgefährdet, die als Alleinverdiener Kinder haben, es sei denn, das Einkommen liegt weit über dem Durchschnitt oder es kommen andere Einkommensarten hinzu. Es gibt mittlerweile den eingebauten gesellschaftlichen Zwang zum Hinzuverdienst durch den Partner, überwiegend der Frau. Wird der Zuverdienst eingeschränkt durch große Kinderzahl oder durch Nichterreichbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, ist eine solche Familie oftmals von Armut betroffen.

#### **Armutsgefährdet: Der Alleinerzieher-Haushalt**

In Bremen gibt es über 30.000 Familien mit nur einem Elternteil, wobei in weit über 90 Prozent der Fälle die Frau das allein erziehende Elternteil ist. Angesichts einer Quote von mal gerade 7 Prozent öffentlicher Kinderbetreuung für unter Dreijährige und ebenso geringen 15 Prozent im Hortbereich, angesichts der durch Auflösung der Familienbande immer schwieriger werdenden familiären Unterstützung bei der Kinderbetreuung, aber auch angesichts des unflexiblen Arbeitsmarktes gegenüber den mütterlichen Verpflichtungen sind viele Frauen entweder gänzlich aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen, oder aber auf Teilzeitarbeitsverhältnisse

verwiesen, die oftmals nicht existenzsichernd sind, insbesondere, wenn von dem Erwerbseinkommen auch noch Kinder zu versorgen sind.

Da Frauen in der Regel ohnehin nur drei Viertel des Durchschnittseinkommens der Männer erzielen, bedeutet eine Teilzeitbeschäftigung oftmals ein Einkommen in der Nähe oder unterhalb der Armutsgrenze und wirft für so manche Frau die Frage auf, ob unter diesen Bedingungen nicht eher auf Erwerbsarbeit verzichtet und der Gang zum Sozialamt angetreten werden sollte, weil dann wenigstens die Kinderbetreuung sichergestellt ist. Sich diese Rechnung aufzumachen sind viele Menschen gezwungen und nicht wenige entscheiden sich für das Sozialamt. Das sind dann diejenigen, auf die dann öffentlich und denunziatorisch verwiesen wird, dass sie sich vor Arbeit drücken und in der Hängematte ausruhen. Das sind dann die Fälle, wo die Bild-Zeitung zur Stelle ist und die wütende Verkäuferin zitiert: »Für harte Arbeit kriege ich weniger als vom Sozialamt.«

Verschiedene Untersuchungen zu dieser Fragestellung weisen nach, dass allein erziehende Frauen, so sie keine Spitzenverdienste erzielen, keine entsprechende materielle Unterstützung durch den Ex-Partner erhalten oder durch familiäre Hilfssysteme aufgefangen werden ein prinzipiell armutsgefährdetes Erwerbspersonen-Potenzial darstellen. Ein kurzer Blick in die Sozialhilfestatistiken unterstreicht diese These.

#### **Mit Niedriglöhnen gegen Arbeitslosigkeit**

Nach den Bundestagswahlen 2002 und dem Hartz-Konzept ist die Ausweitung des Niedriglohnbereichs zu einem Wundermittel gegen Arbeitslosigkeit erklärt worden. Die politischen Diskussionen schlagen hohe Wellen, die Vorschläge in diese Richtung überschlagen sich. Der Präsident des Ifo-Instituts Prof. Hans-Werner Sinn plädiert laut WESER KURIER gar dafür (man glaubt es

kaum) »Hungerlöhne« einzuführen. Es sei genügend Arbeit vorhanden, so heißt es bei den Befürwortern, nur müsse sie bezahlbar gemacht werden, in dem sie billig gemacht wird. Wenn denn auch noch Zwangsinstrumente eingesetzt werden, so mag es sein, dass ein paar Arbeitslose aus der Statistik gedrängt werden, aber ob damit ein nennenswerter Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht wird, ist doch sehr zweifelhaft. Was in jedem Fall auf diesem Weg erreicht wird ist, dass noch mehr Menschen in den Niedriglohnsektor und an die Armutsgrenze gepresst werden, der Absenkungsdruck auf Arbeitslosengeld und Sozialhilfe erhöht und auch das Lohn- und Gehaltsniveau insgesamt nach unten gerissen wird. Wahrscheinlich ist das auch die eigentliche Absicht des

Konzeptes, denn auch dessen Protagonisten wissen, dass mit dem Ausbau des Niedriglohnsektors keine Wende auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden kann. Der Zug nimmt denn auch Geschwindigkeit auf und die Ausweitung der Leiharbeit ist bereits in trockenen Tüchern. Mit dem anvisierten Mindestlohn für Leiharbeit, der um die sieben Euro pro Stunde liegen soll und damit ein Einkommen bei Vollerwerbstätigkeit (von Teilzeit soll hier gar keine Rede sein) unterhalb der Armutsgrenze markiert sind dann schon einige Dämme gebrochen.

Die Arbeitnehmerkammer Bremen hält die Ausweitung des Niedriglohnsektors für eine verheerende Entwicklung. Dieser Sektor ist jetzt schon groß genug – zu groß. Schon





jetzt müssen viele Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze leben, obwohl sie arbeiten, müssen zum Sozialamt oder zum Amt für Wohnung und Städtebauförderung gehen um Unterstützungsleistungen zu beantragen. Das trifft bislang im Wesentlichen Frauen und wird sie in Zukunft noch mehr treffen. Anstatt ein am männlichen Normalarbeitsverhältnis orientiertes existenzsicherndes Einkommen anzustreben, werden sie verstärkt in berufliche Randbereiche abgedrängt, ihr Zuverdienerstatus und das überkommene Familienbild wird zementiert, eine zukunftsgerichtete Beschäftigungspolitik verschenkt.

Es ist nicht so, dass wir wie die warnende Cassandra allein dastehen (Cassandra hatte im Übrigen mit ihren Befürchtungen Recht) und dass diese Zusammenhänge bei denen die sie vorantreiben nicht bekannt wären. Peter Glotz zum Beispiel sieht, dass durch weitere Produktionszuwächse viele Arbeitsfähige überflüssig gemacht werden, die nirgendwo mehr einen Platz bekommen, auch nicht zu Dumpingpreisen und warnt vor einer Zweidrittelgesellschaft auf dem Arbeitsmarkt. Er weiß, wie es alle wissen, die es wissen wollen, dass, würde die heute schon verfügbare Technik in der Produktion eingesetzt werden, die Arbeitslosigkeit bei 38 Prozent liegen würde. Dass diese Produktivitätsreserven über kurz oder lang mobilisiert werden und noch weitere erschlossen werden, darüber muss man sich keine Illusionen machen. Auch die niedersächsische Landesregierung sieht das messerscharf: »Die in den letzten zwanzig Jahren erfolgte Zunahme von Kindern, Jugendlichen und Familien, die über kürzere oder längere Zeiträume an oder unter der Armutsgrenze leben müssen wird vor allem bestimmt durch Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebedürftigkeit, Einelternfamilien, unzureichende Entlastung der Eltern« und als letztem entscheidenden Grund durch »eine Zunahme von Beschäftigten im Niedriglohnsektor und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.« Genauso sehen wir das auch.

Armut trotz Arbeit, in den USA unter dem Schlagwort der »Working Poor« seit langer Zeit in der Diskussion wird auch bei uns immer mehr zu einem Thema werden. Damit bekommt auch die Armutsdiskussion eine neue Dimension. Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, dass die Bemühungen der Europäischen Union einen Mindestlohn festzulegen neue Impulse erhalten. Das, was in neun EU-Ländern, darunter auch in den großen Ländern Frankreich, England, Spanien und Portugal zum Teil schon seit langer Zeit Praxis ist, gilt es auch für Deutschland einzufordern, ein Mindestlohn der dynamisch jeweils an der 50-Prozent-Marke des Durchschnittslohns orientiert ist, so wie das in Frankreich der Fall ist. Damit würde über Vollerwerbstätigkeit zumindest immer die Armutsgrenze erreicht werden und es könnten die darunter liegenden Transfers geschützt werden. Mindestlöhne sind gesellschaftlich, sprich politisch zu vereinbaren, sie sprengen die Möglichkeiten des Tarifvertragssystems. Von daher kommt es darauf an die EU-Diskussionen hier aufzunehmen und eigenständig zu befördern.



### 5. Ausblick: Mit neuen Konzepten gegen Armut

Wahrscheinlich hat sich die Deutsche Städtetour nichts dabei gedacht, als sie die Großplakate der Diakonie-Katastrophenhilfe im Bremer Stadtgebiet verklebt hat, auf denen auf das drohende Desaster im südlichen Afrika hingewiesen wird: »13 Millionen Menschen hungern«. Ausgerechnet gegenüber dem Eingang des Papageien-Hauses gucken hungernde Kinder die Besucher oder Bewohner des Hauses an, wo die ärmsten der armen Bremer eine Suppe, eine Dusche oder ein Bett finden.

Diese Situation ist sicherlich ein Zufall, trotzdem weist sie darauf hin, vor welchem Hintergrund unser hiesiges Armutsproblem zu sehen ist. Hier muss keiner verhungern, hier kann jeder ein Dach über dem Kopf haben, hier hat jeder Zugang zu Gesundheit und Bildung. Das ist gegenüber der weltweiten Not und angesichts existenzieller Bedrohungen immer noch ein extrem privilegierter Zustand – auch für arme Menschen in unserem Land. Hier stellt sich Armut anders dar, vor allem im Verhältnis zur gesellschaftlichen Durchschnittlichkeit und zum Reichtum, als dem anderen Pol dieser Gesellschaft, und nur im seltensten Fall als ein Problem absoluter Verarmung. Das nimmt nichts davon weg, dass Armut auch in diesem reichen Land ein politischer Skandal ist und für die Betroffenen eine bittere Notlage mit oftmals verbauter Zukunft bedeutet.

Die Armut in Deutschland – darin sind sich alle Experten einig – ist in allererster Linie eine Folge der hohen Arbeitslosigkeit. Alle anderen Gründe spielen entweder eine vermittelte, oder eine untergeordnete Rolle. Die Teilhabe am Erwerbsleben entscheidet in dieser am Erwerbsleben orientierten Gesellschaft über vieles, auch über die materielle Stellung, aber eben längst nicht nur über diese. Wer nur am Rande der Erwerbsgesellschaft steht oder gar außen vor ist,

der steht auch ansonsten am Rande der Gesellschaft oder ist außen vor. Je länger dieser Zustand anhält, desto schwerer wird es, die Reintegration zu schaffen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass daraus ein Dauerzustand wird und dieser auch auf die Nachkommen übergeht.

Bei einer Arbeitslosigkeit, die seit Jahren auf einem Niveau von vier Millionen registrierten Arbeitslosen verharrt, zu denen man unumstritten nochmals zwei Millionen als stille Reserve hinzurechnen kann, sind die Ursachen für die Armutproblematik schnell gefunden. Wenn man zudem noch das seit 30 Jahren sinkende Arbeitsvolumen feststellt, das aufgrund von Produktivitätsfortschritten auch weiterhin abnehmen wird, dann ist auch die Ursache für die Ursache im Wesentlichen gefunden. Hinzu kommen dann noch die Absenkung der Transferleistungen und die damit verbundene Abkoppelung vom gesellschaftlichen Durchschnitt, die gesellschaftlichen Veränderungen, wie die Auflösung der Familienbindungen, die von den gesellschaftlichen Strukturen nicht hinreichend nachvollzogen wurden, und schon ist das Gesamtproblem relativ genau eingegrenzt.

Diese Ursachenbeschreibung ist denn auch bekannt, wird weitgehend geteilt und kaum bestritten. Auch der entscheidende Lösungsansatz, die Absenkung der Arbeitslosigkeit, findet breite Unterstützung. Allein der Weg ist umstritten, daran scheiden sich die Geister, daran spaltet sich die Gesellschaft in ideologische Lager, daran haben sich unterschiedliche Regierungskonstellationen auf allen staatlichen Ebenen bislang die Zähne ausgebissen. Alles was in den letzten 20 Jahren unternommen worden ist, von wem und auf welcher Ebene auch immer, das Ergebnis ist katastrophal. 16 Jahre CDU/FDP-Regierung haben mit den gleichen Rezepten die jetzt auch aus der Opposition als Allheilmittel gepriesen werden nichts bewirkt, genauso wie in über vier Jahren Rot/Grüner Regierung, zwar mit neuen Akzenten aber der gleichen Rezeptur nichts

bewirkt wurde. In diesem Jahr soll die Arbeitslosigkeit ein neues Rekord-Niveau erreichen.

Die Wirklichkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert, die altbekannten Therapien sind allesamt gescheitert und werden trotzdem landauf, landab als der Königsweg gepriesen, auf dem es in eine blühende Zukunft gehen soll. Das ist schon fast gespenstisch, macht aber deutlich, welch gewaltige, auch irrationale Kraft ein politischer mainstream entwickeln kann, der alle alternativen, auch erfolgreichen europäischen Konzeptionen, an denen es ja keinen Mangel gibt wegschütten kann. Günter Grass beschreibt diesen Zusammenhang auf seine Weise: »Es ist dem Neoliberalismus gelungen, sich mit dem Rückgriff auf die rüden Methoden des Frühkapitalismus in allen Parteiprogrammen, auch verschämt im sozialdemokratischen, breit zu machen und den Freiheitsbegriff auf das ungehemmte Ausleben individueller Bedürfnisse, mehr noch, auf das Recht des Stärkeren, den sanktionierten Egoismus zu verkürzen. Seitdem ist das einst angestrebte Ziel »Sozialstaat« zum Schimpfwort verkommen. Die Distanz zwischen Arm und Reich hat sich zur wie ein Naturereignis hingegenommen Kluft ausgewachsen.«

Oskar Negt beschreibt noch eine weitere Dimension: »Gesellschaftsordnungen, in denen ein günstiger Nährboden für Existenzängste besteht und das Klima von zerstörten Hoffnungen und gebrochenen Lebensperspektiven bestimmt ist, produzieren autoritätsgebundenes Mitläufertum und verführen dazu, Ersatzschuldige für die Misere zu suchen. Schließlich richten sich die ungelösten inneren Konflikte aggressiv auf den Außenfeind oder, was häufig noch bedrohlicher für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, toben sich in inneren Ausgrenzungen aus.«

Noch mal: Die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordniveau und das Arbeitsvolumen geht stetig zurück. Daran hat die ebenfalls auf ein

Rekordniveau gesunkene Steuer- und Abgabenbelastung nichts geändert, daran haben die vielfältigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme nichts geändert, daran hat die Absenkung der Sozialtransfers nichts geändert, daran hat die Ausweitung des Niedriglohnssektors nichts geändert, daran hat die Reallohnabsenkung nichts geändert, daran hat die Deregulierung des Arbeitsmarktes nichts geändert. Nichts von all dem was seit 20 Jahren als Problemlösung angeboten wird hat auch nur irgendwas geändert. Was sich allerdings geändert hat, ist die soziale Verfasstheit dieser Gesellschaft. Unter dem Blickwinkel der Armutsentwicklung, haben wir mehr Arbeitslose, vor allem auch Langzeitarbeitslose, deren Lohnersatzleistungen sind abgesunken, ein größerer Teil erhält überhaupt gar keine Leistungen mehr, die Zahl der Sozialhilfebezieher ist extrem hoch, gleichzeitig sinken ihre Bezüge und sie werden vom gesellschaftlichen Durchschnitt weiter abgekoppelt. Damit sind nur die Fakten beschrieben, nicht die damit verbundenen Lebenslagen, die zum Teil weitaus dramatischer sind, als dies durch Zahlen vermittelt werden kann.

Angesichts dieser Bilanz, drängt sich der Eindruck auf, dass diese Gesellschaft an einer Schnittstelle angelangt ist, an der es sich entscheidet, ob der Weg in die gesellschaftliche Spaltung weiter gegangen, oder eine Wende eingeleitet wird, ob der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit neuen, Erfolg versprechenderen Konzepten geführt, oder nicht vielmehr unter täuschender Überschrift ein Kampf gegen die Arbeitslosen ausgefochten wird. Noch mal Günter Grass: »Nur die Zivilisierung des außer Kontrolle geratenen Kapitalismus kann einige Voraussetzungen dafür schaffen, dass soziale Gerechtigkeit wieder zum Maßstab politischen und wirtschaftlichen Handelns wird.«

Für die Arbeitnehmerkammer Bremen ist und bleibt klar: Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, neue Wege im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu finden und zu gehen, wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass die

Kluft in dieser Gesellschaft nicht noch größer wird, dass die Menschen, die unter Armutsbedingungen ihr Leben organisieren müssen, dies nicht in der Ausgegrenztheit, sondern dies wenigstens in der Nähe gesellschaftlicher Durchschnittlichkeit tun können.

### Arbeit teilen

Angesichts dramatischer Arbeitslosenzahlen und einem stetigen Rückgang des Arbeitsvolumens, angesichts des Scheiterns aller Versuche der letzten 20 Jahre die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, angesichts verbreiteter Ideenlosigkeit und mangelnder Konzeptionen unterbreiten wir beharrlich unseren Vorschlag, die vorhandene Arbeit neu aufzuteilen, auf allen denkbaren Ebenen und in allen denkbaren Formen. Abbau von Überstunden, Verkürzung von Wochen- und Lebensarbeitszeiten, Sabbat-, Erziehungs- und Bildungszeiten, es gibt viele Varianten die Bereitschaft von Menschen zu mobilisieren auf Arbeitszeiten und Einkommen zu verzichten, um anderen Menschen eine Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen. Nur muss dies gefördert werden, müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Bereitschaft auch abgerufen werden kann. Das Gesetz zur Förderung von Teilzeitarbeit ist ein großer Schritt in diese Richtung und hat die Teilzeitquote in den letzten zehn Jahren um fast sieben Prozent auch auf 21 Prozent erhöht. Das ist viel, und doch ist es angesichts der Entwicklung in den europäischen Nachbarländern wenig. Da ist noch viel Spielraum. Was fehlt ist eine gesellschaftliche Kampagne, eine groß angelegte Werbeaktion, um die vorhandene Bereitschaft auch tatsächlich umzusetzen und um die Betriebe dabei zu unterstützen, verstärkt Teilzeitarbeitsplätze einzurichten. Statt des aktuellen Slogans »MEHR arbeiten! LÄNGER arbeiten!« brauchen wir das Motto: »Mehr Teilzeit-Arbeit!«

Ein neuer Gesellschaftsvertrag über die Neuverteilung von Arbeit, würde nicht nur

vielen Menschen den Weg in die Erwerbsarbeit eröffnen und damit die Arbeitslosigkeit spürbar abbauen, das wäre auch der Weg, um die sozialen Sicherungssysteme zu entlasten und auf eine neue Finanzierungsbasis zu stellen, damit würden auch die öffentlichen Haushalte von Lasten befreit und mit zusätzlichen Steuermitteln ausgestattet. Vielen Menschen, die unter einem Zuviel an Arbeit leiden, würden genauso wie denen, die unter zu wenig Arbeit leiden neue Perspektiven eröffnet. Und nicht zuletzt: auch das Armutsproblem würde sich neu stellen. Zum Teilen von Arbeit gibt es keine wirkliche Alternative.

### Mindestlöhne contra Ausbau des Niedriglohnssektors

Angesichts des rasanten Ausbaus des Niedriglohnssektors in verschiedenartigster Gestalt mit Arbeitsentgelten an oder unterhalb der Armutsgrenze, angesichts des damit verbundenen Drucks auf das gesamte Lohn- und Gehaltsgefüge, angesichts der damit einhergehenden Probleme für die sozialen Transfersysteme und der im gesellschaftlichen Armutssegment lebenden Menschen, treten wir dafür ein in Deutschland ähnlich wie in den meisten EU-Ländern einen Mindestlohn festzusetzen, der sich am Durchschnittslohn orientiert und dynamisch mindestens 50 Prozent dieses Lohnes ausmacht. Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Bremen genauso wie im Bund auf, die diesbezüglichen Bemühungen der Europäischen Union zu unterstützen und mit eigenen Initiativen diesen Prozess voranzutreiben.

### Soziale Grundsicherung gegen Armut

Angesichts der mit Hochdruck betriebenen Absenkung aller Transferleistungen, angesichts der weiteren Abkoppelung aller Transfer-Empfänger vom gesellschaftlichen Durchschnitt, angesichts der massiven ideologischen Offensive gegen Transfersysteme

und Empfänger scheint die Zeit ungünstig, auf den Vorschlag zurückzugreifen, den die gegenwärtigen Regierungsparteien während ihrer Zeit in der Opposition als entscheidenden Lösungsansatz in der Armutsfrage auf die Tagesordnung gesetzt hatten: die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung jenseits der Armutsgrenze. Um das weitere Auseinanderbrechen dieser Gesellschaft aufzuhalten, um die weitere Verfestigung einer Armutsgesellschaft in der Reichtumsgesellschaft zu verhindern, um Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit auch als demokratisches Gut wenigstens im Ansatz wieder herzustellen, um die Not vieler Menschen am Rande der Gesellschaft auch im Sinne von Solidarität zu mildern, halten wir es gerade in dieser Zeit für notwendig, auch wenn es gegen den Zeitgeist ist, die soziale Grundsicherung erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Solange Menschen trotz aller Bemühungen aus dem Erwerbsprozess ausgeschlossen bleiben und keine Chance erhalten, sich ihre Existenz eigenständig zu sichern, solange muss diese Gesellschaft dafür sorgen, diese Menschen wenigstens in der Nähe zur gesellschaftlichen Durchschnittlichkeit zu halten, auch um ihnen Wiedereinstiegsmöglichkeiten zu erhalten. Diese Nähe zu erhalten beinhaltet vieles, dazu zählen Bildungs- und Qualifizierungsangebote, genauso wie Mobilitätsunterstützung, Förderung von sozialer und kultureller Teilhabe etc. Dazu gehört aber unabdingbar eben auch, dass die Betroffenen in ihrer materiellen Existenz nicht zu weit unter die Armutsgrenze gedrückt werden.

### Armut und Solidarität

Das geflügelte Wort von denen im Schatten, die man nicht sieht, bewahrheitet sich immer wieder neu. Zahlreiche Menschen sind von Armut betroffen, aber weder zeigen sie ihre Armut, noch wehren sie sich. Das macht es so leicht, über das Problem hinweg zu sehen, oder wenn man will, das Problem und damit auch die Menschen noch weiter an den

Rand zu drängen. Man kann sie ohne Widerspruch zu Schuldigen ihrer eigenen Situation machen und wenn man will, sogar zu Schuldigen an der gesellschaftlichen Misere. Das war schon immer so und zurzeit erfährt es eine neue Blüte.

Es gibt ein anderes geflügeltes Wort, nach dem immer der die Schuld hat, der die Macht hat. Macht jedenfalls haben die Armen nicht und ja auch ansonsten nicht viel. Diesen Zusammenhang reflektiert Bundespräsident Johannes Rau sehr genau, wenn er sagt: »Wir brauchen auch in Deutschland eine Diskussion darüber, wie viel soziale Ungleichheit wir hinnehmen können.« Wir also, die wir nicht betroffen sind, werden aufgefordert zu diskutieren und zu entscheiden. Die Arbeitnehmerkammer Bremen will dieser Aufforderung nachkommen, wir wollen mit diesem Armutsbericht Diskussionen anstoßen und Entscheidungen befördern, wir wollen mit dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse unseren Beitrag dazu leisten, dass die »Gerechtigkeitsfrage« in die Gesellschaft zurückkehrt, dass soziale Ungleichheit abgebaut wird.



Gärtner: 9,38 Euro



## Reportagen aus dem Alltag von Armut

### Um des lieben Friedens willen

#### Stellenanzeigen zum Frühstück schlagen auf die Stimmung

Das könne schon mal gleich morgens auf die Stimmung beim Frühstück schlagen, sagt E., wenn sie von der finanziellen Situation der Familie erzählt. »Ich bin nicht unbedingt für die klassische Rollenverteilung, aber irgendwer muss sich ja um das Kind kümmern, auch wenn es schon zur Schule geht.« Dass das nicht der Vater ist, ist ihm vollkommen klar, denn schließlich muss er die Familie ernähren und also viel arbeiten. Weit mehr als 40 Stunden in der Woche, denn zu der normalen Arbeitszeit kommt noch laufende Fortbildung, die zu Hause am Wochenende und am Abend stattfindet. Trotzdem ist das Gehalt in den vergangenen Jahren nicht mehr, sondern sogar noch etwas weniger geworden und reicht gerade noch für das Nötigste. Auch ein Studium sichert nicht unbedingt einen gut bezahlten Job, weil immer mehr Nachwuchs da ist, der für weit weniger Geld arbeitet, um überhaupt einen Einstieg in den Beruf zu bekommen. »Ich kann nicht für das Gehalt arbeiten, das einer frisch von der Uni und ohne Berufserfahrung bekommt«, sagt E.'s Mann. »Das ist ein ganz heikles Thema, da muss ich ganz vorsichtig vorgehen«, erklärt E., und meint die Möglichkeit des Rollentausches. »In meinem Beruf verdiene ich noch weniger, aber es gibt wenigstens einen Feierabend.« So gilt es regelmäßig Spannungen auszuhalten, weil sich immer wieder Frust aufstaut über eine zeitaufwendige Arbeit, die kaum Platz für Familienleben lässt und doch die Familie mehr schlecht als recht mit dem Einkommen zurecht kommt.

„Wenn dann zum Frühstück auf meinem Platz die Stellenanzeigen liegen, fängt der Tag gleich wieder Klasse an.“ E. bleibt erst einmal ruhig, aber die ständige, untergründige Disharmonie zerrt an den Nerven. »Klar, kann ich das verstehen, wenn bei so viel Arbeit nicht mal genügend herkommt. Aber soll ich deshalb jeden Nebenjob zu den unmöglichsten Bedingungen und Zeiten annehmen?« E. könnte sich einen Tausch vorstellen: Sie geht zurück in ihren ungeliebten ersten Lehrberuf und arbeitet dort ganztags. »Das wäre zwar nicht nett, aber ich sehe schon, dass ich mal dran bin.« Und E.'s Mann verlässt den nervenaufreibenden Arbeitsplatz, um sich beruflich umzuorientieren, in eine Sparte, die ausreichend Einkommen bietet. »Immer, wenn ich das vorgeschlagen habe, hieß es, ich würde ja noch weniger verdienen. Das reiche dann gar nicht mehr. Und immer weiter am Tropf bei meinen Eltern zu hängen, geht auch nicht.« Das bisschen Ersparnis schmilzt eh schon erschreckend dahin. »So troll ich mich denn und gucke nach den kleinen Nebenjobs.« Die finden meist in privaten Haushalten statt und bringen auch nicht viel Geld. »Aber ein paar Stunden am Vormittag oder mal ein Nachmittag, das lässt sich mit dem Kind machen. Ist zwar auch Hausarbeit, als hätte ich davon nicht schon genug. Bringt auch fast nichts ein. Aber um des lieben Friedens willen.«

## Die Wohnung sollte schon bleiben

### Warum sollte ich dann noch in die Oper?

»Die Wohnung sollte schon bleiben. Das war ein ganz schönes Zittern, als das Haus verkauft wurde.« P. wohnt zentral und laut, aber mit Garten und billig. »Der Vermieter tut nichts hier am Haus. Der verlässt sich immer auf uns. Aber auf der anderen Seite hat er bisher kaum die Miete erhöht.« Und das ist sehr wichtig, denn P. wohnt nicht nur zur Miete wie vor 15 Jahren, auch das Einkommen hat sich seither nicht wesentlich verändert. »Ich werde älter und das Arbeiten fällt mir schwerer. Da muss ich schon gucken, dass bei einem Job auch der Stundenlohn stimmt.« Längst hat es P. aufgegeben, engagiert nach den Inhalten der Arbeit zu fragen. »Gern habe ich mit Kindern gearbeitet. Aber das kostet echt Nerven und wer mit Kindern arbeitet, bekommt schlecht bezahlt.« Auch diese Tatsache kostet P. Nerven. Beim Herumsuchen im sozialen Sektor war schnell klar, je anstrengender und damit schlechter angesehen die Klientel ist, desto niedriger ist auch das Ansehen der Stelle und das Gehalt. »Was hatten wir für Träume, als wir das Abitur nachgemacht haben und dann sogar ein Studium abgeschlossen.« P. kennt nicht viele, die nach dem Studium gut bezahlte Arbeit gefunden haben. »Immer nur befristete Stellen. So wie ich auch halt.« Mit jeder Stelle sank hinterher das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe. »Ich habe das jetzt aufgegeben und mich arrangiert.« Eine vornehme Umschreibung für eine kleine Resignation. »Eigentlich bin ich ein ganz ehrlicher Mensch, aber mit der Unterstützung und der Anrechnung aller Einkommen komme

ich nie über eine bestimmte Grenze. Und die reicht nicht.« P. hat die heutzutage typischen Patchwork-Arbeitstage. »Das ist manchmal ein ganz schönes Gehetze von einem Job zum nächsten. Am Ende vom Tag bin ich total fertig und habe gerade mal vier Stunden gearbeitet. Aber die Wege dazwischen sind auch so lang.« Deshalb ist P. dazu übergegangen, Jobs nach dem Stundenlohn und dem Stadtteil auszusuchen. »Straßenbahn fahren mag ich eh nicht. Ich fahre lieber Rad. Außerdem kann ich mir eine Monatskarte auch gar nicht immer leisten.« Auch in diesem Punkt hat sich P. gewisse Gewohnheiten zugelegt. »Also, eh ich mich in ein muffiges Kino setze oder ins Theater gehe, mache ich lieber einen Spaziergang im Park. Da gibt es auch manchmal Gratis-Konzerte.« Mit Profi-Blick werden zu Beginn eines jeden Monats die Veranstaltungsblätter durchgesehen, wo und wann Konzerte mit freiem Eintritt angeboten werden. Wer sich keine Monatskarte leisten kann, kann schon gar nicht Geld für teure Eintritte ausgeben. »Es gibt da ja reichlich Kultur, die nichts kostet. Zum Beispiel bin ich immer mal in die Kunsthochschule gegangen. Da gibt es echt gute klassische Musik zu hören. Warum sollte ich dann noch in die Oper und viel Geld für eine Karte ausgeben?«

## Sparen kostet Zeit

### Hauptsache das Kind ist glücklich

»In Urlaub fahren wir nicht, aber es gibt ja auch immer hier schönes Ferienprogramm.« U. jammert nicht, sondern geht das Leben ganz pragmatisch an. »Bei den schlechten Löhnen kann ein Mann ja auch nicht alleine seine Familie ernähren.« Deshalb geht U. »dazuverdienen«. Ganz traditionell in der Grauzone eines typischen Frauenberufes. Schließlich hält U. auf Traditionen: Der Mann ist der Ernährer der Familie. Dass sein Gehalt nicht reicht, ist nicht sein Verschulden, er arbeitet schließlich hart und weit mehr als 38,5 Stunden in der Woche. Also geht auch U. arbeiten, ein bisschen, ein bisschen heimlich. Immer auf der Hut, dass es die Nachbarn nicht merken. Gar nicht mal wegen der Grauzone, sondern wegen des Ansehens. Eigentlich sei es eine Schande, denn früher konnte ein Mann allein die Familie durchbringen. Nun bringen sie zu zweit die Familie durch und halten für sich und die Umwelt das Bild von der klassischen Rollenverteilung aufrecht. »Mehr als ein Kind möchte ich nicht haben; das ginge auch gar nicht«, sagt U. wieder ganz pragmatisch. Denn das Kind gedeihe prächtig, wachse also ständig. »Da bin ich halt immer auf der Suche nach Sonderangeboten. Auch auf Geschenke spare ich nicht, sondern kaufe immer schon mal eine Kleinigkeit.« So wird zum Beispiel für Weihnachten gleich nach den Sommerferien geguckt. »Immer mal ein kleines Teil fällt nicht so ins Gewicht«, sagt U. und meint, die kleinen Beträge lassen sich aufbringen. Ein ganzes Weihnachtsfest lässt sich nicht von ein bis zwei Gehältern und dem »Dazuverdienten« bestücken. »Auch die Geburtstage plane ich immer gründlich. Aber das tut ja wohl jede gute Hausfrau.« Wenn sich das Kind, wie alle anderen in dem Alter auch, ein Haustier wünscht, werden erst einmal Verschenkenanzeigen studiert. »Wir sind dann mal zum Tierheim gefahren und haben

uns welche angesehen.« Aber U. ist eben eine gute Hausfrau und kalkuliert die laufenden Kosten. »Nee, immer das Futter kaufen und das Heu und dann vielleicht noch zum Tierarzt. Aber bei uns geht es ja eh nicht mit einem Tier mit Fell wegen meiner Tierhaarallergie.« Manchmal kann eine Krankheit auch eine Hilfe sein. Der Nachwuchs musste einsehen, dass der Tierwunsch nicht in Erfüllung gehen kann. »Sparen kostet Zeit«, erklärt U. und erzählt von der Odyssee durch die Läden der Stadt, weil es nun Fische sein sollten. »Fische fressen nicht viel und ein kleines Aquarium tut's auch. Passt auch besser in unsere kleine Wohnung.« Unter den Verschenkenanzeigen fand sich kein Aquarium, also ging es ans Preisvergleichen. »In der Schule hatte ich immer keine große Lust, aber deshalb bin ich ja nicht dumm«, erklärt U. und rechnet die verschiedenen Aquariumsangebote vor. »Das Wasser und das Saubermachen übernehme ich dann. Hauptsache das Kind hat ein Tier und ist glücklich.«

## Immer alles teilen

### Die Kunst geht nach Brot

»Wenn ich ins Kino gehe, dann dienstags, denn da ist Kinotag.« Es sei schon schrecklich für eine Kulturschaffende, sich selbst keine Kultur leisten zu können. Oder eben nur einmal im Monat am Dienstag.

Nicht selten kommen A. Zweifel, ob nicht doch die Verwandtschaft Recht hatte, als sie unisono die Hände über dem Kopf zusammenschlug und vom Einschlagen des gewählten Weges abriet.

Denn A. hatte ein Handwerk gelernt, was sich gut in die Familientradition einpasste. Zwar harte, körperliche Arbeit, was die liebe Verwandtschaft auch erst ablehnte. Schließlich sei eine solche Arbeit zu schwer für eine Frau. Doch als die junge Frau dann mit Auszeichnung Gesellin wurde, hatte die Familie ihren Frieden mit den Eskapaden der jungen Wilden geschlossen.

Ein Kunststudium war da schon eine ganz andere Herausforderung. An die Toleranz der Verwandtschaft und an das Durchhaltevermögen der angehenden Künstlerin. Aber das ist lange Jahre her und A. hat sich inzwischen einen Namen gemacht – gilt fast schon als etabliert.

»Manchmal muss ich mich entscheiden, ob ich den Kühlschrank auffülle oder neues Material kaufe.« Ein Name in der Kunstszene und in der Öffentlichkeit ließe sich schließlich nicht aufs Brot schmieren und damit ließe sich auch kein Material für die Weiterarbeit bezahlen.

»Ich hatte mir das nicht so schwer vorgestellt«, sagt A., die lange Jahre noch als Handwerkerin arbeitete, um die Kunst zu finanzieren.

»Aber irgendwann kommt die Entscheidung. Entweder, du willst ernsthaft von der Kunst leben, sie zum Beruf machen, oder du willst immer nur so ein bisschen nebenher Kunst

machen.« A. wollte und will von der Kunst leben, gerade da sie viele Preise gewonnen hat und besonders auch aus dem Ausland häufig zum Ausstellen eingeladen wird.

Aber die Kunst geht nach Brot, wie es in »Emilia Galotti« heißt. »Dass es schwer sein würde, als Künstlerin Fuß zu fassen, war mir klar. Dass es aber noch viel schwieriger ist, dann auch damit seinen Lebensunterhalt zu verdienen, hatte ich nicht gedacht.« In der Szene gebe es viele, die mit Nebenjobs das tägliche Leben finanzierten. Und es gebe viele, die das nicht so laut sagten. Denn erst wer von der Kunst leben kann, gelte als »richtige« Künstlerin.

Wenn sie zum Ausstellen eingeladen werde, stimme solange die Kasse. »Aber das Schlimme sind die Kosten vorher.« Denn was ausgestellt werden soll, muss erst gemacht werden, dann transportiert und versichert. Vorher werden meist Fotos von den Werken erwartet.

A., die noch immer zu den im Handwerk üblichen Zeiten arbeitet, musste schon Ausstellungen absagen, weil sie den Transport nicht bezahlen konnte. »Manchmal überschneiden sich Ausstellungen, dann werden auch schon mal Nächte durchgearbeitet.«

Mittlerweile kann A. die romantisierenden Vorstellungen von dem Menschen, der nur für seine Kunst lebt, nicht mehr gut finden. Da nützten dann irgendwann alle Preise und Belobigungen nichts mehr, wenn das Einkommen nie so recht reiche. »Das hat auch etwas mit Selbstwertgefühl zu tun.« Immer wenn A. gerade aufgeben wollte, wurde ein Kunstwerk gekauft und sie darin bestätigt, doch richtig gewählt zu haben.

»Zum Glück kann ich ganz bescheiden leben«, sagt A. unromantisch. Neue Kleidung gebe es von der Familie zu den üblichen Festen. Dann gebe es auch mal ein Festessen. Sonst werde immer alles mit anderen geteilt, um zu sparen: das Auto, die Wohnung, das Atelier, der Kühlschrank.

## Frische Luft ist umsonst

### Spazieren gehen als Lebensphilosophie

Handwerk hat goldenen Boden, sagt der Volksmund und hat nicht unbedingt immer recht. »Das müsste doppelten Boden heißen, sag ich immer!«. N. hat zwei Gesellenbriefe und in beiden Berufen Arbeitserfahrung, aber keine Arbeit.

Schon lange keine Arbeit in den Lehrberufen. Den einen gibt es vorrangig auf Werften, aber es gibt kaum noch Werften in Bremen. In den anderen hinein wurden jahrelang so viele umgeschult, dass es kaum noch Stellen gibt. »Stell dir vor, es gibt lauter Leute, die erst Lehramt studiert haben und sich dann zum Tischler haben umschulen lassen.«

N. hat sich arrangiert, sich eingelebt in ein Leben, das viel mit doppeltem Boden zu tun hat. »Das ist natürlich eine ganz schöne Trickserie.« Denn schnell war herausgefunden, dass alle staatlichen Leistungen, egal aus welchem Amt sie kommen, aus welchem Topf sie fließen, immer an einer bestimmten Grenze enden.

»Das reicht nie«, erklärt N. »Da kannst du machen, was du willst. Das kann gar nicht reichen.« Gemeint ist die Mischung aus Arbeitslosenhilfe und Wohngeld oder Sozialhilfe und »Blaue Karte«. Denn N. sieht eine Menge an Möglichkeiten zu arbeiten, die aber leider nicht bezahlt werden.

»Es gibt so viel zu tun. Für einen alten Mann bin ich immer einkaufen gegangen. Und dann war da noch einer im Rolli, den habe ich spazieren gefahren.« Dafür gab es keine Bezahlung, aber ein kleines Plus zur

Sozialhilfe. »Ich habe auch schon mal in so einem Krankenhaus mit Kindern gebastelt. Die mochten mich und es hat Spaß gemacht.«

Mit den Jahren hat sich N. von seinen beiden Berufen weit entfernt. Auch lässt mit den Jahren die Gesundheit nach. »Mein Rücken ist kaputt. Hoffentlich fahre ich nicht bald selbst im Rolli. Na ja, jetzt kann ich immerhin noch laufen.«

Das Spaziergehen ist fast zur Lebensphilosophie für N. geworden. »Da habe ich alles umsonst. Sport, frische Luft und die Fahrkarten gespart.« Denn alles, was über Lebensmittel hinaus angeschafft werden muss, kauft N. entweder im Sonderangebot oder auf Flohmärkten. »Da gibt es klasse Sachen und du kommst mit den Leuten ins Gespräch.«

Ein Sonderangebot in einem Supermarkt ein paar Wegesstunden – also in einem anderen Stadtteil – entfernt, schreckt N. nicht. »Ich suche mir immer den Weg so aus, dass er möglichst nur durchs Grün geht.« Bremen mit seiner an der Weser entlang gestreckten Form, biete da eine Menge Möglichkeiten. »Und weil ich mit den Rückenschmerzen oft nicht lange liegen kann, stehe ich eh ganz früh auf. Wenn ich dann ein paar Stunden gelaufen bin, geht es mir besser und ich komme immer noch rechtzeitig zur Geschäftsöffnung. Egal, wo der Laden ist.«



## Kein Blick zurück im Zorn

### »Hoffentlich reicht dann die Rente«

»Materielle Einschränkungen finde ich nicht so schlimm. Es reicht zum Leben und ich habe Zeit für meine Hobbys, zum Beispiel lesen.« Ohne Blick zurück im Zorn erzählt G. aus einem langen Berufsleben, das mit einem Hauptschulabschluss begann und dann über Jahrzehnte und viele Arbeitsfelder und Fortbildungen in einen wissenschaftlichen Uni-Abschluss mündete.

»Klar, lebe ich etwas ungewöhnlich für mein Alter: kein Führerschein, kein Reihenhaus mit Terrasse.« Im Alter von über 50 Jahren in einer Hausgemeinschaft nur ein Zimmer zu bewohnen, empfindet G. nicht als ungewöhnlich, denn schließlich ist das seit 20 Jahren so. »Beim Wohnen habe ich wenig Veränderungen«, wird lakonisch erklärt.

Dass die »materiellen Einschränkungen« sich ertragen lassen, liegt auch am billigen Wohnen, denn die Arbeitslosenhilfe ist nicht üppig. Selbst mit akademischem Abschluss nicht. Auch arbeitet G. wieder – im Ursprungsberuf. Aber das Einkommen wird auf die AloHi angerechnet, sodass sich nur ein paar Euro mehr dadurch ergeben.

»Na ja, da bin ich halt etwas spät eingestiegen.« Wer seine Berufslaufbahn mit einer Ausbildung hinter einem Ladentresen beginnt, dann in Abendschule die mittlere Reife nachholt, um dann ein paar Jahre später die Nichtabiturientenprüfung abzulegen, womit die Zulassung zu einem Studium erreicht ist, kann nach erfolgreicher Beendigung des Studiums einfach nicht mehr ganz jung sein.

»Mir ist meine Freizeit viel wert«, sagt G. und weiß von Jahren zu berichten, in denen es weit weniger davon gab. »Ich musste

ja immer für meinen Lebensunterhalt arbeiten. Da ging dann nur Abendschule.« G. habe immer alle Entscheidungen bezüglich des Berufes »aus dem Bauch« getroffen. So auch die mit dem Studium. Leider waren nach der Studienzeit alle vorher erworbenen Ansprüche auf Arbeitslosengeld verfallen.

Also hieß es, Sozialhilfe beantragen. »Erst hatte ich ja zwei Jahre lang eine Kneipe. Die lief auch ganz gut.« Aber dann stiegen die Kolleginnen aus, weil sie Kinder bekamen und die Gaststätte musste verkauft werden. Zunächst bekam G. noch eine nach BSHG § 19 geförderte wissenschaftliche Stelle. Aber nur für ein Jahr.

Danach stand dann wieder der Gang zum Arbeitsamt an. »Ich habe dann sogar noch einen Computerkurs gemacht.« Inzwischen hat G. sich mit der AloHi und einer so genannten geringfügigen Stelle arrangiert, um nicht ganz arbeitslos zu sein.

»Ich habe schon seit Jahren keinen Urlaub mehr gemacht. Geleistet habe ich mir aber einen neuen Fußbodenbelag in meinem Zimmer.« Das Studium sei schon gut gewesen, nur sei der Wunsch, anschließend mit dem Gelernten Geld zu verdienen, halt nicht in Erfüllung gegangen. »Mir geht es jetzt soweit gut. Nur meine große Sorge ist das Alter. Hoffentlich reicht dann die Rente.«

## Fortuna lächelt entschuldigend

### Noch in der Lebensmitte von den Eltern abhängig

»Das war ein ganz schöner Frust«, erklärt der Mann mittleren Alters ruhig. Hinter der Fassade von Gelassenheit sitzt die Enttäuschung tief. »Die hatten uns gesagt, das sei eine ganz sichere Sache. Aus dem Kurs vor uns haben alle, die die Prüfung geschafft haben, eine Stelle gefunden.«

Nach einem naturwissenschaftlichen Studium hatten sich nicht die großen Industriebetriebe und die Forschungslaboratorien um ihn gerissen, sondern die hoffnungslose Arbeitslosigkeit gewartet. »Es ist nicht schön, zum Sozialamt gehen zu müssen. Und die haben richtig Druck gemacht.« Druck, sich nicht von der Gesellschaft durchfüttern zu lassen, sondern selbst seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Bald war auch eine Stelle gefunden. Mit öffentlichen Mitteln gefördert, im Computerbereich. »Doch dann ging die Firma pleite

und ich hatte wieder keine Arbeit.« Eine Aussage, die naturwissenschaftlich, leidenschaftslos vorgetragen wird, die aber schon die beginnende Resignation andeutet. »Meine Computerkenntnisse waren nach wie vor gefragt, aber es reichte nie für eine Stelle, weil die meisten jungen Betriebe im Aufbau selbst finanziell auf tönernen Füßen stehen.« Da kam das Angebot einer qualifizierten Fortbildung im Computerbereich gerade recht. »Bei der ersten Bewerbungsrunde war ich in der engeren Auswahl, aber es wurde per Los entschieden, weil es so viele waren.« Fortuna lächelte entschuldigend und mit den kleinen Jobs »unter der Hand« ging ein weiteres Jahr ins Land. Wieder kein Urlaub und die große Freude über kleine elterliche Zuwendungen.

»Für einen Mann in der Lebensmitte ist es nicht erstrebenswert, noch von den Eltern abhängig zu sein.« Wieder eine nüchterne Aussage, hinter der sich ziemlich ungemütliche Lebensumstände verbergen. »Aber dann hatte ich Glück und kam in den Kurs. Das war ein Jahr knallhartes Büffeln. Mit Hausarbeiten und regelmäßig Klausuren. Ein 60-Stunden-Job.« Zu dem am Wochenende noch



kleinere Jobs kamen, denn das Unterhaltsgeld während des Kurses lag etwa auf Sozialhilfeniveau. »Das war ein hartes Jahr. Da habe ich fast rund um die Uhr gearbeitet.«

Mit dem Abschlusszeugnis in der Tasche musste der ruhige Mann erfahren, dass seine Qualifikation nun doch auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt war. Da half auch das massive Schreiben von Bewerbungen und Anfragen nichts. »Wir haben uns dann zu dritt entschlossen, uns selbstständig zu machen.« In einer Küche wurde die neue Firma gegründet und nahm ihre Arbeit auf.

»Aber wir sind nicht die Einzigen in dem Bereich. Und mit gar keinem Kapital anzufangen, hat fast gar keinen Zweck.«

Die Arbeitslosenhilfe sei so gering, dass sie noch mit Wohngeld aufgestockt werden muss, um überhaupt die eigene Miete zu bezahlen. »Der einzige Luxus, den ich mir noch leiste, ist das klapprige, alte Auto. Die Reparaturen mach ich selbst. Urlaub ist nicht drin und zum Neueinkleiden gehe ich mit den Zuwendungen meiner Eltern zu Weihnachten oder zum Geburtstag.«

## Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen

»Armut ist keine Schande«, sagt der Volksmund und hat nicht recht. Armut ist vererbbar, wurde in der ersten Armutsbroschüre festgestellt – also mit anderen Worten: Armut ist keine Frage von Schuld, sondern eher der Herkunft und der Bedingungen.

Und doch drängt sich bei der Suche nach InterviewpartnerInnen für die zweite Armutsbroschüre massiv der Verdacht auf, dass zumindest arme Leute Scham über ihre Situation verspüren. Scham, die so groß ist, dass zwar im informellen, vertraulichen Gespräch von der eigenen Armut und deren Auswirkungen erzählt wird. Aber kaum jemand ist bereit, diese Armut öffentlich zu machen, und sei es in anonymisierter Form. Im Gegenteil, wird von armen Menschen sehr viel dafür gearbeitet, ihre Armut nicht sichtbar werden zu lassen. So gestaltete sich denn die Suche schwierig, die Suche nach Menschen, die arm, aber nicht untätig sind, will sagen: arbeiten und doch nicht ausreichend Geld für ein akzeptables Leben und gesellschaftliche Teilhabe zur Verfügung haben. Es zeigte sich, dass sogar in Selbst-

hilfeeinrichtungen untereinander die eigene missliche materielle Lage nicht gern eingestanden, ja sogar beschönigt wird.

Armut ist eine Schande. Die Armut an sich grenzt schon aus weiten Bereichen des öffentlichen Lebens aus, das Bekenntnis zur eigenen Armut scheint diese Ausgrenzung zu manifestieren und zu potenzieren. Insofern ist es als wichtige aufklärerische Arbeit anzusehen, Armut sichtbar zu machen, nicht nur in Zahlen, sondern auch im Alltag.

Die Interviews – den InterviewpartnerInnen sei für ihren Mut und ihre Offenheit gedankt – sollen einen Beitrag dazu leisten. Sie sind in doppelter Weise Zeugnis über die Mühen der Ebene, will sagen: des Alltags in einer Gesellschaft mit zunehmend rauem Klima. »Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen« sagte eine arme Frau ohne Bitterkeit, sondern mit hemdsärmeliger Burschikosität. Sie gab damit nicht nur eine treffende Beschreibung ihres Alltags, sondern auch der Entstehung der Interviews.



## Wenn gleich am ersten Tag gesammelt wird

### Selbstwertgefühl hat auch mit Geld zu tun

»Besonders schlimm ist es, wenn gleich am ersten Tag gesammelt wird. Etwa für ein Geburtstagsgeschenk oder für die Kaffeekasse. Ich wollte mich da ja auch nie anschließen, bin auch ab und zu zum Essen mitgegangen. Aber das ist schon hart, in Gedanken zu rechnen, wie das Geld für die Miete zusammen kommt und dann gleich etwas bezahlen zu müssen.« M. hat eine »zerfledderte« Berufsbiographie, die mit einem erfolgreichen kaufmännischen Abschluss vor fast 20 Jahren unheilvoll auf dem Arbeitsamt mit den vernichtenden Worten begann: »Mit 30 sind Sie für einen Büroberuf viel zu alt. Ich weiß nicht wohin ich Sie vermitteln soll.« Zwar hat M. im Laufe der Jahre, »in denen ich ja nicht jünger geworden bin«, eine Menge begehrter Zusatzqualifikationen im EDV-Bereich erlangt. Eine Arbeitsstelle, deren Entlohnung für das Single-Leben reicht, ohne auf staatliche Zuschüsse angewiesen zu sein, bisher nicht. »Immer wenn ich mal eine ABM-Stelle hatte, reichte das Geld. Einmal habe ich sogar einen Sparvertrag angefangen. Das stellte sich aber fast zwei Jahre später als Fehler heraus. Aber ich konnte doch nicht wissen, dass auch die Stelle nach einem Jahr enden würde.« Als M. wieder einmal beim Arbeitsamt vorstellig wurde, um Arbeitslosenhilfe (AloHi) zu beantragen, wurden ihr die Prämie und die Zinsen aus den vorhergehenden Jahren auf die Leistungen angerechnet. »Was ich zwei Jahre vorher bekommen hatte, musste ich nun zurückzahlen. Wovon, war die Frage.« Wovon, war eigentlich immer die Frage. »Ich habe gelernt, wenn ich einen neuen Zeitvertrag beginne, gleich beim Sozialamt HLU zu beantragen und Wohngeld. Denn die Zeit zwischen dem Ende eines Jobs und der ersten Zahlung des Arbeitsamtes muss schließlich auch überbrückt werden.« M. hat inzwischen auch herausgefunden dass

es nicht gut ist, neue KollegInnen gleich wissen zu lassen, dass sie auf Sozialhilfe angewiesen ist. »Ich gehe damit ganz locker um, aber die Kollegen und Kolleginnen benehmen sich anders, wenn sie wissen, dass ich zum Sozialamt gehen muss.« Es sei ziemlich schwierig, eine Vollzeitstelle zu haben und dabei unbemerkt mit Behörden zu verhandeln. In der Mittagspause schnell aus dem Büro schlüpfen und eine Telefonzelle zu suchen, denn für ein Handy reicht der Sozialhilfesatz nicht. »Ich will ja nichts weiter, als eine sinnvolle Arbeit. Dann habe ich auch immer das Gefühl, etwas zu können und zu schaffen.« Allerdings hat M. die Erfahrung machen müssen, dass es wohl reichlich Arbeit im Bürobereich gibt, auch für Menschen jenseits der 30, dass die Bezahlung aber nicht immer reichlich ist. »Das Schlimmste waren die Jobs bei den Zeitarbeitsfirmen.« Das Arbeitsamt vermittelte M. immer wieder an Zeitarbeitsfirmen. »Eine wurde in einer Fortbildung vorgestellt. 20 DM Stundenlohn, Überstundenzuschlag und Fahrtkosten, hörte sich gut an.« Als M. dort einen Vertrag bekam, war der Stundenlohn auf 18 DM brutto zusammengeschmolzen und es gab auch nur für 30 Wochenstunden Arbeit und Entlohnung. »Überstunden, Nachtzuschläge und Fahrtkosten waren gar nicht mehr im Gespräch.« Selbstwertgefühl habe auch etwas mit Geld zu tun. »Ich weiß schon, was ich kann und wer ich bin, aber immer wenn wieder ein Job zu Ende ist, kommen schon die tiefen schwarzen Löcher.« Schließlich reiche weder die Sozialhilfe noch die AloHi Rücklagen zu bilden. »Das ist auch gar nicht gewollt, als Arbeitslosenhilfempfängerin, sonst hätte das Arbeitsamt ja nicht alles von dem Sparvertrag wieder abgezogen.« Wenn M. einen Job hat und leicht über dem Sozialhilfesatz liegt, bleibt auch kein Geld zum Sparen. »Immer wenn ich eine Arbeitsstelle habe, muss ich erst einmal in meine Garderobe investieren. Alle zwei Jahre ein Paar neue Schuhe. Vor zwei Jahren habe ich mir sogar einen Urlaub geleistet. Der Einzige in acht Jahren. Ich war ganze zwei Wochen aus Bremen weg.«

## Selbst mal ausprobieren

»Es machen sich viele ein falsches Bild davon, was es heißt, von der Sozialhilfe zu leben. Ich habe auch viel Missgunst erlebt.« Selbst im Bekanntenkreis sei O. häufig offener Neid entgegengebracht worden, weil die Leute nicht wussten, dass das Gehalt, das Kindergeld und auch der Unterhalt für das Kind auf die Sozialhilfe angerechnet werden. »Die dachten, ich lebe in Saus und Braus. Als sich ein Freund mal die Mühe gemacht hat, sich genau einzuarbeiten und nachzurechnen, war der ganz schön überrascht.« O. mache sich ein schönes Leben mit Kind und Job, war und ist das Vorurteil. »Früher, als ich noch nicht selbst in dieser Notsituation gesteckt habe, habe ich auch immer so gedacht.« Aber als O. das erste Mal zu einem Amt gehen und Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen musste, wurde klar, wie unangenehm eine solche Situation ist. Nicht nur, dass das Geld gerade für Billigessen und Kleidung vom Flohmarkt reicht und einen Kinobesuch in sechs Jahren, sondern dass es in den Ämtern Menschen gibt, die Meinen, es sei ihr Geld, dass sie da ausgeben. »Ich solle mich halt mit dem Vater meines Kindes vertragen, damit dieser für unseren Unterhalt aufkommt, wurde mir gesagt.« O. wurde krank von den Anforderungen, ein Kind allein großzuziehen und zu ernähren und von den Erniedrigungen auf den Ämtern. »Bis mir eine Frau riet, ich

solle es machen wie die Behörden – immer alles schriftlich erledigen. Seitdem bin ich gelassener.« Eine Kur brachte dann auch noch gesundheitliche Erholung und O. begann, wieder zu arbeiten. In dem Rahmen, den die Versorgung mit Kinderbetreuung zulässt. »In meinem Beruf verdiene ich nicht viel mehr als eine Babysitterin, also bin ich auf günstige Kinderbetreuung angewiesen.« Dass der Verdienst fast ganz auf die Sozialhilfe angerechnet wird und also mit oder ohne Arbeit die finanzielle Situation gleich schwierig ist, ist für O. nicht entscheidend. Selbst der Abbruch einer begonnenen Karriere verblasse hinter dem Glück mit dem Kind. O. hat sich fortgebildet und hofft, wenn das Kind älter ist, wieder voll berufstätig zu werden. »Aber in meinen Beruf kann ich dann nicht zurück. Da wird so wenig verdient, da würde ein Gehalt nicht für uns zwei reichen.« Im Moment ist O. erst einmal froh, nicht mehr von den Mitmenschen als »Nur-Mutter« belächelt zu werden. »Wenn ich gefragt werde, sage ich meinen Beruf und nicht: Sozialhilfeempfängerin. Das tut gut.« Oft sei aus der Umgebung von oben herab gesagt worden: »Geh doch arbeiten. Was musst du denn von der Sozialhilfe leben.« So etwas könnten nur Menschen sagen, die keine Kinder haben. Und die die Tarife in O.s Beruf nicht kennen. »Und mein Beruf ist nicht billig. Wir müssen immer gepflegt aussehen.« Kleidung vom Flohmarkt werde nicht akzeptiert. Auch der Wunsch nach Arbeitszeiten während der offiziellen Kinderbetreuungszeit wird oft nicht akzeptiert. »Ich bin so froh, dass ich nach einem Jahr endlich einen Arbeitgeber gefunden habe, der mich trotz Kind genommen hat.« Obwohl O. offen zugegeben hatte, dass es mal Fehlzeiten geben könnte, wenn das Kind krank wird. »Wenn mir wieder jemand so dumm sagt, von der Sozialhilfe zu leben sei doch klasse, dann antworte ich: Er solle es halt selbst mal ausprobieren!«

## B. hat es im Rücken

### Und monatliche mütterliche Schecks

B. hat es im Rücken. In vielerlei Hinsicht. »Mit Familie im Rücken, ist es nicht so schlimm«, sagt B. Aber auch: »Das Haus hab ich schon immer im Rücken. Die Sorge, ob auch nichts kaputtgeht. Die Heizung oder das Dach, das wäre schon schlimm.« Und dann hat B. es noch so schlimm im Rücken, dass eine regelmäßige Tätigkeit im Ursprungsberuf, im Handwerk, nicht mehr möglich ist. Das ist wirklich schlimm, denn der zweite Beruf mit dem Namen, der nach großem Geld klingelt, ist längst zu einer Sackgasse für die meisten HochschulabgängerInnen geworden. Oder der Weg in einen schlecht bezahlten, befristeten Job mit endlos Überstunden. »Ich habe das noch nie so gesehen, das mit der Armut«, erklärt B. und hat sich zum ersten Mal für dieses Interview die eigene materielle Lage objektiv vergegenwärtigt. »Ich fühle mich nicht arm. Klar, kann ich nicht mehr einfach so am Käse- oder Wursttresen einkaufen wie früher, als ich eine Arbeit hatte. Aber beim Aldi gibt es auch Käse. Das reicht.« Seit ein paar Jahren nicht mehr in Urlaub gefahren zu sein »nervt schon«, aber es wäre finanziell vielleicht sogar drin gewesen. Vielleicht. B.s Armut trägt ungewöhnliche Züge, denn B. besitzt ein Haus mit vier Wohnungen, drei davon sind vermietet. »Ich habe lange in Wohngemeinschaften gelebt und da hatten wir immer unangenehme Vermieter und horrenden Mieten.« Mit einer kleinen Erbschaft, die mit größeren Darlehen aufgestockt wurde, kaufte B. ein altes Haus und begann, dieses zu renovieren und zu modernisieren. »Die Wohnungen sind klein und ich nehme nicht viel Miete dafür. Preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen halte ich für eine wichtige soziale Aufgabe«, sagt B. in der eigenen 40-Quadratmeter-Wohnung über zwei Ebenen sitzend. Wohn-, Koch- und Essraum sind eine Einheit. B. lebt vom monatlichen mütterlichen Scheck und gelegentlicher Arbeit im Handwerk. »Ich habe

ja auch kaum Ausgaben. Ich brauche nicht viel.« Anscheinend nicht einmal eine Rentenversicherung, denn B. zahlt nur den Mindestsatz an die Krankenkasse – sonst nichts. In der Mitte des Lebens ist es für B. weder unangenehm, finanziell noch vom Elternhaus abhängig zu sein, noch sieht B. die Notwendigkeit für eine Rentenversicherung. »Ich habe ja das Haus und vielleicht schaffe ich es irgendwann, noch eines zu kaufen. Ein altes, heruntergekommenes, das ganz billig ist.« Schließlich hat B. viel Zeit. Tage, Wochen und ganze Monate stehen vollkommen frei zur Verfügung. Die könnten mit Renovierungsarbeiten gefüllt werden. Wenn B. nach dem Beruf gefragt wird, wird zwar mit dem Hochschulabschluss geantwortet, aber dort jemals Fuß zu fassen hat B. längst aufgegeben. »Ich fühle mich nicht ausgegrenzt, aber das liegt vielleicht auch daran, dass ich viele kenne.« B. meint viele mit demselben Abschluss und mit derselben Menge an Freizeit. »Ich gehe nicht oft mit Leuten weg, aber immerhin kann ich mir dann auch noch zwei statt nur ein Bier leisten. Ich kenne welche, die gehen gar nicht mehr mit anderen in die Kneipe, weil sie sich das nicht leisten können.«

## Sich nicht aufgeben

### Vom unguuten Gefühl über die Freigiebigkeit des Freundeskreises

»Viele Leute geben sich so auf. Die haben dann keine Chance.« C. bezeichnet sich als »Kämpfernatur«, weshalb das von außen betrachtet karge, anstrengende Leben, eigentlich ein schönes sei. »Ich habe Selbstbewusstsein und das gebe ich auch meinem Kind weiter.« Selbstbewusstsein werde schon gebraucht als armer Mensch. Wer das nicht ausreichend habe, bekomme Schuldgefühle, »weil wir in einer Leistungsgesellschaft leben«. Da komme schon schnell Scham auf, wenn Sozialhilfe in Anspruch genommen werden muss. Scham, von den anderen zu leben. »Meine Freunde arbeiten 40 oder 50 Stunden in der Woche und verdienen viel Geld. Aber, wenn sie mir etwas schenken wollen, denke ich immer daran, wie hart sie dafür gearbeitet haben.« Der eigene Alltag mit Studium, Kind und Jobs werde da gar nicht als so hart empfunden, obwohl mehr als 50 Stunden Arbeit in der Woche zusammen kommen. »Ich bin es seit Jahren so gewohnt, dass es bei uns nicht danach geht, was wir brauchen, sondern, was wir uns leisten können.« Ein Buch oder eine CD sei schon eine größere Anschaffung, die länger bedacht wird und für die sich C. auch schon mal mit Schuldgefühlen trägt. »Wir werden so viel über gesunde Ernährung und andere gesunde Dinge aufgeklärt. Ich würdigen, wenn es ginge, mehr im Bioladen einkaufen. Besonders auch für das Kind, denn so ein Kinderkörper wächst ja noch und braucht gesundes Essen.« Ein unguutes Gefühl hat C. auch manchmal über die Freigiebigkeit des Freundeskreises. Zu Weihnachten spendeten Freunde die Hälfte ihres

Weihnachtsgeldes an C., um zu wissen, dass das Geld auch bei Leuten ankommt, die es gebrauchen können. Auch die Ausstattung für das Studium ist zum Teil Dauerleihgabe oder ganz geschenkt. »Wenn ich mal richtig viel verdiene, werde ich es genau so machen«, sagt C. »Arme Leute, oder die, die mal arm waren, können besser teilen und abgeben.« Aber die Zeiten zum Abgeben liegen noch weit in der Zukunft. »Ich erfahre viel Solidarität, auch moralische«, was sehr wichtig sei. C. empfindet die Abhängigkeit von anderen und das Annehmen von Geschenken als etwas Demütigendes, das abhängig mache. Da brauche es viel harte Arbeit, um das Selbstwertgefühl und die eigene Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. »Dabei sind wir ganz viele. Wenn nicht alle so vereinzelt wären, und Armut kann vereinzeln, dann wäre es keine Schande mehr, arm zu sein.« C. lebt in einem »intakten, guten Umfeld mit vielen langjährigen Freundschaften«, was die Armut enorm erleichtere. »Viele Arme isolieren sich und sind dann zusätzlich auch noch einsam.« Dabei sei Armut ein Problem, das sehr viele – manche längerfristig, manche nur kurzfristig – betreffe. »Arme haben aber auch Rechte und sollten sich nicht scheuen, diese in Anspruch zu nehmen.«